

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

VIII Legislatura - VIII. Gesetzgebungsperiode
1978-1983

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

SEDUTA **46.** SITZUNG

11. 12. 1980



Indice

Inhaltsangabe

Disegno di legge n. 48:

“Bilancio di previsione della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1981

pag. 2957

Gesetzentwurf Nr. 48:

“Haushaltsvoranschlag der Region Trentino-Südtirol für das Finanzjahr 1981“

Seite 2957

Interrogazioni e interpellanze

pag. 3087

Anfragen und Interpellationen

Seite 3087



Presidenza del Presidente PARIS

Ore 9. 40

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

MARZARI (segretario questore - P.C.I.): *(fa l'appello nominale)*

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 4.12.1980

MARZARI (segretario questore - P.C.I.): *(legge il processo verbale)*

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.
Sono assenti i signori consiglieri: Angeli, Matuella, Benedikter, Gebert-Deeg, Ladurner, Magnago.

Comunicazioni: Con riferimento alla risposta interlocutoria data dall'Assessore competente all'interrogazione n. 64, il Consigliere regionale prof. Giancarlo Tomazzoni in data 26 novembre 1980 ha presentato l'interrogazione n. 82, per sollecitare una risposta definitiva in merito alla gestione degli introiti delle Camere di

commercio relativi all'Accordo preferenziale Trentino-Alto Adige - Tirolo-Vorarlberg.

Il testo delle interrogazioni e della relativa risposta scritta farà parte integrante del verbale stenografico della seduta odierna.

In data 2 dicembre 1980 il Consigliere regionale Wilhelm Erschbaumer ha presentato l'interrogazione n. 83, riguardante il rilascio delle deliberazioni di Giunta ai Consiglieri comunali.

In data 10 dicembre 1980 il Governo ha restituito, munita del proprio visto, la seguente legge regionale: "Autorizzazione alla sottoscrizione di ulteriori quote di capitale sociale della società per azioni 'Autostrada del Brennero'".

Riprendiamo la seduta con la discussione generale del *disegno di legge n. 48: "Bilancio di previsione della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1981"*.

Ha chiesto di parlare il cons. Lunger, ne ha facoltà.

LUNGER (P.D.U.): Geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen! Kolleginnen sind keine da!

Unterbrechung

LUNGER (P.D.U.): Der Präsident des Regionalausschusses hat in seinem Begleitbericht eine große Anzahl von Themen angeschnitten.

Wenn in mehreren auch nichts Neues gesagt worden ist, so sind doch einige Punkte, die es verdienen, hervorgehoben zu werden und zu welchen das eine und das andere zu sagen ist, denn bei einigen Punkten haben sich wirklich Neuigkeiten ergeben.

An mehreren Punkten des Berichtes werden die Beziehungen zu anderen Regionen angeschnitten und auch die Beziehungen zu den Regionen des Alpenlandes. Ich bin der Meinung, daß es nützlich ist, die Beziehungen zuerst einmal zu den Regionen mit Sonderstatut und auch zu den Regionen mit Normalstatut des Staates zu pflegen. Darüberhinaus ist es auch gut, die Beziehungen zu den Regionen des Alpenbogens auszubauen, wobei hier allerdings zu erwähnen ist — und als Beispiel möchte ich unter anderem die Arge Alp nehmen —, daß sich diese Beziehungen bisher zum Großteil nur zwischen den Regierungsvertretern abgewickelt haben mit Ausschluß — ich sage vorwiegend — der Vertreter anderer politischer Richtungen, also der Vertreter der Opposition. Um diese Beziehungen wirklich auf eine demokratische Ebene zu bringen, wäre es gut, Formen zu finden, bei welchen auch Vertreter der Opposition bei diesen Kontaktnahmen mittun könnten. Darüberhinaus ist es meines Erachtens sehr nützlich, daß die Beziehungen auch, abgesehen von jenen Regionen Österreichs, die zur Arge Alp gehören, zu Gesamtösterreich und somit zu allen österreichischen Bundesländern, intensiviert werden. Da kann ich die Bemühungen des Präsidenten Pancheri im letzten Jahr nur begrüßen und hinzufügen, daß es gut ist, diese noch weiter auszubauen. Dies um so mehr, wenn man bedenkt,

daß in den vergangenen Jahren zum Beispiel die Beziehungen der Provinz Bozen, bzw. der S.V.P. vorwiegend nach Bayern usw. gerichtet waren, wobei die Beziehung zu Österreich zeitweise schwerwiegend vernachlässigt wurde. Ich muß dazu auch sagen, daß dabei wenigstens einmal eine Form gefunden worden ist, wo auch Vertreter der Opposition mittun konnten. Ich meine dabei unter anderem die Reise der 1. Gesetzgebungskommission mit den Mitgliedern des Regionalausschusses nach Wien zur Studierung technischer Neuerungen auf dem Sektor des Grundbuchwesens. Ich konnte auch dabei sein als Mitglied dieser 1. Gesetzgebungskommission und muß sagen, daß die Mitteilungen und die Informationen, die wir dort bekommen haben, nicht nur interessant, sondern einfach beispielgebend waren für eine Erneuerung auf dem Gebiet des Grundbuchwesens. Allerdings ist im Bericht sehr wenig enthalten, wie weit in der Zwischenzeit konkret die Vorbereitungen für die Einführung eines derartigen Systems auf dem Gebiet des Grundbuchwesens bei uns fortgeschritten sind. Ich glaube, man sollte da wirklich, ohne Zeit zu verlieren, die Ergebnisse dieser Studienreise ausnützen und so bald wie möglich auch unser Grundbuch auf dieses System umstellen, nachdem in Österreich und besonders in Wien große Fortschritte erzielt wurden und die Sache nach zehnjährigen Studien und Vorarbeiten schon weit gediehen ist. Ich glaube, es wäre schlimm, wenn es — obwohl wir durch diese Erfahrungen die Sache einfacher machen können — bei uns etwa auch noch zehn Jahre dauern würde, bis das ganze Grundbuchwesen auf ein Computersystem umgebaut wird, um die ganzen Vorgänge zu erleichtern und zu vereinfachen. Man bedenke die Eintragungen bei vielen Wohnbauzonen, wie sie in

letzter Zeit in der Provinz Bozen und sicher auch in der Provinz Trient vor sich gehen. Dies bedeutet ungeheuer viel Arbeit für die Grundbuchsführer, die auf die Dauer nicht zu lösen ist und somit Vereinfachungen oder Änderungen durchgeführt werden müssen. Daher muß ich bemängeln, daß über diesen Bericht fast nichts oder ganz wenig erwähnt wird. Es ist angegeben, daß weitergearbeitet wird, aber was bis jetzt konkret geschehen ist, geht nicht richtig hervor. Also eine Intensivierung der Beziehungen auf diesem Gebiet vor allem zu Österreich und zum Alpenbogen ist sicher gut und gerade hier kann die Region wertvolle Tätigkeit und Aufgaben erfüllen.

Weil wir schon bei Reisen sind, muß ich aber schon noch etwas dazu sagen. Es hat heuer nicht nur, wie gesagt, einige Reisen ins benachbarte Österreich und Deutschland und Gegenbesuche gegeben, sondern es hat eine viel diskutierte Reise einer gewissen Gruppe nach China gegeben. Da stellt sich schon wirklich die Frage, wie weit solche Reisen gerechtfertigt sind. Man muß dazu vorausschicken, daß diese Reisen vom Steuerzahler gezahlt werden, also aus Steuergeldern bestritten werden und somit muß ein konkreter Sinn dahinterstehen, damit solche Reisen gerechtfertigt sind, wie damals bei der Gesetzgebungskommission nach Wien, um die dortigen Fortschritte auf dem Gebiet des Grundbuchwesens zu studieren, um dieselben dann auch bei uns durchführen zu können. So etwas ist gerechtfertigt und hat seinen Sinn. Darüber hinaus, sagen wir, direkte Kontakte mit unseren Nachbarn, besonders mit denen wir geschichtlich seit Jahrhunderten verbunden waren, haben einen konkreten Sinn. Und vor allem gereicht die Völkerverständigung zum gegenseitigen Vorteil. Wenn aber nach China gefahren wird auf regio-

ner Ebene, dann muß man sich fragen: Welcher Sinn steckt nur dahinter? Welchen Vorteil hat die Allgemeinheit von einer solchen Reise? Denn wenn von Steuergeldern so etwas gemacht wird, muß für die Allgemeinheit, muß für die Bevölkerung, muß für die Steuerzahler auch ein Vorteil dabei sein, sonst ist eine solche Reise nicht gerechtfertigt. Bei dieser Reise nach China sehe ich diese Rechtfertigung, sehe ich diesen Vorteil für den Steuerzahler, sehe ich konkrete Ergebnisse einfach nicht! Wenn in diesem Zusammenhang von breiten Kreisen der Bevölkerung von Verschleuderung von Steuergeldern gesprochen wird, dann muß man den Leuten einfach recht geben, denn so geht das nicht. Man muß schon ein bißchen abgrenzen, wenn man solche Reisen macht. Es muß ein konkreter, einsichtiger Sinn dahinter sein; es muß ein konkreter Vorteil damit verbunden oder zumindest möglich sein, bzw. daß man versucht, denselben zu erreichen. Aber ich wüßte nicht, was bei der Reise nach China etwa möglich gewesen wäre an Vorteilen oder an konkretem Sinn für die Region Trentino-Südtirol. Da geht die Sache, wie viele gesagt haben, wirklich in die Richtung eines vierzehntägigen Urlaubes auf Steuerkosten. Daher muß man sich schon überlegen, was man tut. Denn durch solche Auswüchse werden dann auch notwendige Reisen, wie die der 1. Gesetzgebungskommission, in ein schlechtes Licht gerückt und werden wahrscheinlich mit der Zeit auch fast nicht mehr möglich sein, weil die Bürger zu Recht sagen: Aha, sind wieder einmal ein paar auf Steuerkosten irgendwohin gefahren! Das soll nicht sein, sondern es muß ein konkreter Sinn dahinter stehen, ein konkreter Vorteil. Es muß eine Abgrenzung zwischen Reisen und Reisen gemacht werden. So geht es nicht!

Der Präsident hat die noch fehlenden

Durchführungsbestimmungen zum Paket angeschnitten und natürlich, wie dies von allen Seiten gemacht wird, eine rasche Verabschiedung der noch ausstehenden Paketdurchführungsbestimmungen gefordert. Ich bin auch der Meinung, daß es höchst an der Zeit ist, hier endlich einen Abschluß zu finden, um den einen und den anderen jedmöglichen Stoff für Hetzereien und für andere eventuelle Aktionen zu nehmen. Ich muß allerdings hier noch einmal wiederholen, was ich schon besonders im Südtiroler Landtag wiederholt gesagt habe! Daß nämlich sicherlich der Staat sein gutes Maß an Schuld hat für die Verzögerungen, aber Schuld hat auch die S.V.P., denn die hat wiederholt ganz offensichtlich gezeigt — wenigstens in den vergangenen Jahren —, daß sie gar nicht interessiert war an einem schnellen Abschluß der Paketverhandlungen. Sie hat oft genug in offensichtlicher und auch ganz niederträchtiger Weise diese noch nicht abgeschlossenen Paketdurchführungsbestimmungen als Wahlpropaganda mißbraucht, um die Südtiroler aufzurufen, die S.V.P. zu wählen und sozusagen zusammenzuhalten. Man hat ja offensichtlich gesehen, daß die Herren vor dem Augenblick Angst haben, wenn einmal dieses Argument nicht mehr da ist. Ja, es ist einmal ganz offen gesagt worden von Landeshauptmann Magnago, ganz offen, meine Herren, daß wenn einmal das Paket abgeschlossen ist, dann können wir über eine Opposition reden, aber bis dahin, nein, bis dahin geht es nicht.

Unterbrechung

LUNGER (P.D.U.): Zum Glück bin ich da, aber gegen den Willen und trotz dieser massiven Propaganda, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß ihr, meine Herren, den mangelnden Paketdurchführungsabschluß zur massiven Wahlpropaganda mißbraucht habt, zur Diffamierung der Opposition mißbraucht habt und gesagt habt: Ja, wenn das einmal abgeschlossen ist, ja, dann können wir eventuell über eine Opposition reden! Nachdem aber eure Haltung nach wie vor die ist, daß ihr versucht, jeder Opposition das Existenzrecht abzusprechen, geht daraus notwendigerweise hervor, daß ihr gar nie interessiert wart, die Durchführungsverhandlungen schnell abzuschließen, weil ihr dieses Argument, das ihr immer gebraucht habt, dann nicht mehr hättet, meine Herren! Ein bißchen mehr Ehrlichkeit und Offenheit von eurer Seite wäre schon angebracht! Deswegen hat die Volkspartei ihr ganz großes Maß an Schuld an diesen Verzögerungen. Dies ist ganz klar: das geht aus dem ganzen Zusammenhang und aus der Entwicklung der Dinge ganz eindeutig hervor. Dann ist es auch immer wieder so, daß von der S.V.P. in einzelnen Punkten tatsächlich Forderungen gestellt werden, die sicher über das Paket hinausgehen und gar nicht gut wären, wenn sie die Volkspartei in die Hände bekäme bzw. das Land. Ich erinnere hier nur an gewisse Zuständigkeiten auf dem Gebiete der RAI, welche die Herren der S.V.P. haben wollen oder wollten. Vielleicht haben sie es inzwischen aufgegeben. Denn mit dem Monopol, das die Volkspartei ausübt, mit diesem Macht- und Meinungsmonopol, wie sie es bis jetzt gebraucht und gebraucht hat, wäre es für Südtirol geradezu schädlich, und zwar schädlich für die Meinungspluralität in Südtirol und schädlich für das demokratische Leben in Südtirol, wenn die S.V.P. bzw.

die Landesregierung mit ihrer Mehrheit, Machtbefugnisse auf dem Gebiet der RAI bekämen. Einfluß haben sie eh schon zu viel! Diese Forderungen sind aus dem Text des Paketes auch nicht herauszulesen. In diesem Punkt ist es sicherlich eindeutig, daß man über die Paketbestimmungen hinausgehen will. Wenigstens in diesem Punkt verzögert man künstlich den Abschluß des Paketes, indem man Forderungen stellt, die zwar den machtpolitischen Bestrebungen der S.V.P. entsprechen, aber im Paket nicht drinnen sind und — wie die S.V.P. bisher regiert hat — auch nicht dem Wohle Südtirols dienen würden.

Ein anderes Gebiet des häufigen Streites ist die Anwendung der Sprache bei Gericht — und auch diesen Punkt hat Präsident Pancheri in seinem Bericht erwähnt, auch nur kurz, aber erwähnt — und hier gibt es schon seit längerer Zeit Streit zwischen dieser und jener Gruppe. Ich möchte dazu klar den Standpunkt unserer Partei darlegen: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Recht eines jeden Bürgers auf Gebrauch seiner Muttersprache auch und gerade bei Gericht in jeder Instanz gewährleistet sein muß. Ich sage: das Recht! Aber aus einem Recht darf niemals eine Pflicht gemacht werden. Manche Forderungen, die besonders vom Landesrat Benedikter in letzter Zeit, in den letzten Monaten vorgebracht wurden, gehen in diese Richtung, und zwar in dem Sinne, daß die Forderung aufgestellt wurde, daß wenn ein Bürger deutscher Muttersprache einen Anwalt italienischer Muttersprache nimmt, welcher des Deutschen nicht mächtig ist, dann der gesamte Prozeß in italienischer Sprache abgewickelt werden müßte. Das heißt, der Bürger müßte auf sein persönliches Recht verzichten, vor dem Richter deutsch zu sprechen, wenn er einen

Anwalt nimmt, der nicht der deutschen Sprache mächtig ist. Warum sollte es hier nicht möglich sein, daß der Anwalt, wenn er nicht deutsch kann, italienisch spricht, daß der Bürger aber deutsch spricht. Und umgekehrt, wenn ein italienischer Bürger einen deutschen Anwalt nimmt, (ja, gut, alle deutschen Anwälte können italienisch, das stimmt, was umgekehrt nicht der Fall ist, aber es könnte auch umgekehrt sein), warum sollte in einem solchen Fall der Anwalt nicht deutsch und der Bürger nicht italienisch sprechen können? Ich erinnere weiters daran, daß es Fälle gibt, in welchen Bürger auch Anwälte aus anderen Provinzen nehmen, wo man dann nicht erwarten kann, daß der betreffende Anwalt deutsch kann, wo man aber dem Bürger das Recht nehmen würde, vor dem Richter in seiner Muttersprache zu sprechen. Ich erinnere an den Prozeß Steinkasserer, meine Herren! Niemand wird es ihm verübeln, daß er sich Prof. Nuvolone aus Mailand herbeigezogen hat. Oder? Was würde bei einer solchen Regelung passieren? Daß er entweder auf diesen berühmten, international berühmten, Strafverteidiger oder auf die Möglichkeit verzichten müßte, vor dem Richter in Bozen deutsch zu sprechen.

Unterbrechung

LUNGER (P.D.U.): Erstens kann er sicher nicht so gut deutsch, daß er einen so komplizierten Prozeß in deutsch abwickeln könnte und zweitens (ich nehme aber nur ein Beispiel, es gibt noch andere berühmte Strafverteidiger) geht es darum, ob es möglich ist, einen solchen berühmten Fachmann aus einer anderen Provinz, wenn er nicht deutsch kann, zu nehmen, bzw. was denn die Folgen sind. Das

ist die Frage: Warum soll es nicht möglich sein, daß der Anwalt italienisch spricht, daß der Angeklagte aber deutsch spricht?

UNTERBRECHUNG

LUNGER (P.D.U.): Zu dem werden dann die Formen des doppelten Protokollführens gefunden werden, der Übersetzung, weil die Akten müssen, wenn sie nach Rom gehen, sowieso übersetzt werden. Wenn der Prozeß in deutsch geführt wird; warum soll das Protokoll nicht sofort übersetzt werden, dann wird es der Anwalt schon verstehen. Aber die Frage ist eben: Haben wir ein Recht, in einem solchen Fall, wenn der Bürger einen solchen Fachmann nimmt, ihn zu zwingen, selber auch italienisch zu reden? Meines Erachtens ist eine solche Formulierung nicht eine Sicherung des Rechtes auf die Muttersprache, sondern die Folge wäre, daß wir unter gewissen Umständen ihn zwingen, auf sein Recht auf Gebrauch der Muttersprache zu verzichten, wenn er nicht auf sein weiteres Recht, jenen Anwalt zu nehmen, den er will, verzichtet. Die Probleme sind also nicht so einfach, wie sie Landesrat Benedikter darzulegen versucht. Noch einmal: ein Recht ist ein Recht und muß immer gewahrt sein. Aber aus einem Recht ist niemand berechtigt, eine Pflicht zu machen. Das ist ein Unterschied!

Präsident Pancheri hat unter anderem auch das Problem der Enteignungen angeschnitten, wo er schreibt, daß die Region gewisse Kompetenzen wahrnehmen könnte, um die Verfahren zu beschleunigen oder eine Vereinheitlichung zu finden. Ich muß dazu nur sagen, daß eine Vereinheitlichung hier dringend nötig wäre. Ich meine nicht etwa die beiden Provinzen; ich meine die Lage innerhalb der einzel-

nen Provinzen — ich weiß nicht genau, wie es im Trentino ist —, in Südtirol ist es jedenfalls so, daß drei verschiedene Gesetze angewandt werden (und zwar nur in bezug auf die Festlegung der Enteignungsentschädigungen), je nach dem, ob das Gesetz der Autonomen Provinz Bozen angewandt wird (bei der Mehrheit der Fälle), ob das Regionalgesetz aus dem Jahre 1957 angewandt wird (bei gewissen Enteignungen wie Güterwegen) oder ob es sich um Enteignungen zugunsten des Staates handelt. In den ersten beiden Fällen ist es so, daß immer die Provinz die Enteignung durchführt und dabei zwei verschiedene Gesetze anwendet, mit verschiedenen Ergebnissen über die entsprechende Höhe der Entschädigung. Das wird wohl eine objektive Ungerechtigkeit sein! Denn der Bürger, der seinen Grund für ein sogenanntes Werk im öffentlichen Interesse hergeben muß, befindet sich objektiv immer in derselben Lage und ist somit immer gleich zu behandeln, unabhängig davon, wer gerade enteignet und unabhängig davon, zu welchem Zweck dies geschieht. Die Volkspartei hätte vor kurzem die Möglichkeit gehabt, hier eine Vereinheitlichung durchzuführen, hat dies aber abgelehnt. Wir hoffen, daß dies langsam erreicht wird. Wenn hier auch die Region tätig werden kann, um so besser. Diese objektive Ungerechtigkeit herrscht in unserem Lande, vor allem aus Schuld der S.V.P. seit 8 Jahren, jawohl, aus Schuld der S.V.P., denn von der S.V.P. allein wurde 1972 das Wohnbaureformgesetz beschlossen, von elf Vertretern der S.V.P. ganz allein. Denn alle anderen haben sich entweder enthalten oder dagegen gestimmt, und somit habt ihr es verantwortet oder zum Teil eure Vorgänger, daß diese ungleichen Situationen entstanden sind, welche nie beseitigt worden sind, obwohl sie zumindest

zwischen Regionalgesetz und Landesgesetz leicht hätten beseitigt werden können, wie auch aus einem Gutachten von Dr. Salghetti hervorgeht.

Der Präsident hat auch die Sache mit den Handelskammern angeschnitten. Sicher ist hier eine weitere Regelung nötig, vor allem aber wäre es hier nötig, daß die Kompetenzen der Handelskammern wieder erweitert und gestärkt werden, denn die Tendenz in den letzten Jahren ging dahin, die Handelskammern nach Möglichkeit zu entmachten und Kompetenzen von den Handelskammern, wenigstens in Südtirol, an den Landesauschuß zu übertragen. Die Erfahrung war die, daß die Kompetenzen bzw. Sachbereiche, die übernommen wurden, dann durchschnittlich schlechter funktioniert haben als vorher, solange sie bei den Handelskammern waren. Die Handelskammern sind alte Einrichtungen mit großer Erfahrung, haben sich sehr bewährt. Somit ist eher eine Stärkung, eine Verbreiterung von deren Kompetenzen erforderlich als eine Verminderung.

Präsident Pancheri hat sich dann ausführlich auch mit der Tätigkeit der Genossenschaften auseinandergesetzt und hat vorgeschlagen, daß neue Wege des Genossenschaftswesens und eine Verbesserung der Gesetzeslage bezüglich des Genossenschaftswesens gefunden werden. Ich bin der Meinung, daß dies gut ist. Aber bei einer solchen Regelung müssen auch gewisse Punkte in Betracht gezogen werden, die ich kurz darlegen möchte. Vor allem ist eine klare Abgrenzung der Tätigkeit der einzelnen Genossenschaften notwendig. Ich meine hier erstens die Abgrenzung und zweitens vor allem Bestimmungen, die eine Bildung von Monopolen verhindern, und ich nenne jetzt für beide Punkte die VIVES. Nicht zu Unrecht haben sich vor kurzem die Metzger in schwerwiegender Weise

darüber beklagt, daß durch die VIVES immer mehr ein Monopol entsteht und der freie Markt, Angebot und Nachfrage, gerade auf diesem Gebiet zum Teil ausgeschaltet wird. Nur nebenbei bemerkt: Im Vinschgau wurden zu einem bedeutenden Teil die dortigen früher vorgesehenen Märkte entwertet, ausgehöhlt; Versteigerungen werden im Vinschgau höchstens zwei im Frühjahr für Jungtiere abgehalten; ansonsten müssen die Tiere nach Bozen gebracht werden, mit allen damit verbundenen Nachteilen. Oft, wenn sie nicht verkauft werden, müssen die Bürger den Rücktransport selber zahlen. Also ein Monopol muß verhindert werden und die VIVES hat bereits ziemlich ein Monopol. Die zweite Frage ist die Kompetenzabgrenzung, Tätigkeitsabgrenzung, denn es kann wohl nicht Aufgabe einer landwirtschaftlichen Genossenschaft sein, wie es die VIVES ist, das Schlachthaus von Bozen führen zu wollen. Das ist ganz eindeutig außerhalb der Zuständigkeit. Wenn hier Milliarden und Milliarden hineingeworfen werden müssen, weil die VIVES bald schon vor lauter Schulden mit dem übermäßig großen Schlachthof und dem Versteigerungshof südlich von Bozen nicht mehr zu Rande kommen, dann ist das nichts anderes als Verschleuderung von öffentlichen Geldern, denn dies ist nicht die Aufgabe von solchen Genossenschaften!

Dann noch etwas: Es ist allgemein bekannt, daß gerade landwirtschaftliche Genossenschaften weitgehende Möglichkeiten haben, Beiträge der öffentlichen Hand zu bekommen. Gegen eine vernünftige Beitragsgewährung ist auch nichts einzuwenden. Aber was ist denn der Sinn der Genossenschaft? Der Sinn der Genossenschaft ist der, daß durch den Zusammenschluß der Erzeuger, oder andererseits auch der Ver-

braucher, ein Teil des Zwischenhandels ausgeschaltet wird und dadurch die Erzeuger, durch die Eigenvermarktung, höhere Erträge ihrer Erzeugnisse bekommen. Das ist der Sinn der Genossenschaften! Anderen sehe ich keinen. Nun, in letzter Zeit hat man aber wirklich den Eindruck, daß diese — soweit überhaupt höhere Beträge durch Genossenschaften bezahlt werden, dies ist lang nicht überall der Fall —, daß soweit eventuell höhere Beträge den Erzeugern durch die Genossenschaft ausbezahlt werden, diese fast ausschließlich auf Beiträge der öffentlichen Hand zurückzuführen sind, also nicht durch ein besseres Wirtschaften, bzw. durch die Ausschaltung des Zwischenhandels, sondern durch öffentliche Beiträge, die der private Handel nicht bekommt. Das ist der Eindruck, den man nicht bei wenigen Genossenschaften hat. Das kann auch nicht der Sinn der Genossenschaften sein, daß sie so viele Beiträge kriegen, damit sie dann besser arbeiten oder bessere Erträge auszahlen. Die besseren Erträge müßten von der Natur herauskommen und nicht erst durch Beiträge. In nicht wenigen Fällen stellt sich die Frage, ob, würden diese ganzen öffentlichen Gelder, die im Genossenschaftswesen investiert werden, dem freien Handel zur Verfügung gestellt werden, nicht gleich gute, oder zum Teil sogar bessere Erträge bzw. Preise für die Erzeuger herauskämen. Diese Frage muß gestellt werden.

In diesem Zusammenhang gehe ich einen Schritt weiter — und auch dies sei ganz kurz erwähnt —, nämlich das Problem der Meliorierungen bzw. der sogenannten Meliorierungskonsortien. Vielleicht alle werden es nicht wissen, aber viele wissen es, daß diese Meliorierungskonsortien auf Grund eines faschistischen Gesetzes aus dem Jahre 1933 errichtet wurden,

und zwar auf vollkommen undemokratischer Basis. Dazu ist zu sagen, daß eigenartigerweise in Südtirol damals die Faschisten dieses Gesetz nie besonders radikal durchgeführt haben. Die richtige radikale Durchführung wurde erst vom Lande Südtirol gemacht, sobald die S.V.P. auf diesem Gebiete das Sagen hatte. Obwohl der Landtag die primäre Gesetzgebungskompetenz hätte, hier ein anderes Gesetz zu beschließen, hat man bisher offensichtlich gar nicht daran gedacht, denn dieses faschistische Gesetz scheint den Herren so gut zu gefallen, daß sie nach ihren Intentionen gut damit auskommen. Was ist aber die Folge? Daß sogar eine Minderheit ein Zwangskonsortium gründen kann. Ich nenne hier ein konkretes Beispiel im Obervinschgau, wo kaum 26% der Eigentümer eines Gebietes ein solches Zwangskonsortium gegründet haben und dann alle, die mit einem bestimmten Werk nicht einverstanden waren, gezwungen haben, mitzutun, noch mehr, gezwungen haben, Investitionen zu machen und dafür den Steuerzettel zuschickten. Meine Damen und Herren! Was sind denn die Grundsätze der freien sozialen Marktwirtschaft und auch die Grundsätze unserer Verfassung in bezug auf die freie wirtschaftliche Initiative? Das einer das Recht und die Möglichkeit hat, eine wirtschaftliche Initiative zu ergreifen, aber auch das Recht hat, sie nicht zu ergreifen; daß ein Unternehmer das Recht hat, eine Investition zu tätigen, aber auch das Recht hat, sie nicht zu tätigen. Es gibt auf anderen Wirtschaftszweigen keinen Investitionszwang. Einen solchen massiven Investitionszwang hat aber die Südtiroler Volkspartei, über die Landesregierung, in Südtirol im Bereich der Bonifizierungs- und Meliorierungskonsortien aufgebaut. Das ist eine ganz massive Verletzung des Grundsatzes der freien sozialen Marktwirtschaft, von der die Herren der S.V.P. immer

faseln, dieselbe im konkreten Falle aber mit Füßen treten. Auf Grund unserer Rechtsordnung und aus der sozialen Bindung des Eigentums kann sicher jeder verpflichtet werden, die Errichtung eines Werkes zu dulden, also meinetwegen bei einer Beregnungsgenossenschaft, wenn es notwendig ist, die Durchführung der Rohre für andere zu dulden, aber nirgends ist es gerechtfertigt, wenn er selber nicht will, daß ihm einfach die Beregnung hineingebaut wird gegen seinen Willen und daß er dann zahlen muß, wie das in Fällen passiert, wie in Staben, wo nie eine Beregnung war und die Leute eine solche auch nicht wollen, weil sie sagen: es ist weder trocken, es sind alte Möser, der Frost ist auch nicht so gefährlich. Die Betroffenen wollten nicht, sie waren aber bereit, die Rohre durchzulassen für andere, die bauen wollten. Nein, es wurde hineingebaut, es wurde ihnen der Steuerzettel geschickt. Das ist Diktatur; das ist Planwirtschaft in Reinkultur; das ist Zerstörung des freien Bauerntums, meine Damen und Herren, und zwar gerade durch die Südtiroler Volkspartei, durch die Vertreter des Bauernbundes, die immer von der Freiheit der Bauern schwafeln. Hier muß dringend Abhilfe geschaffen werden, denn diese Zustände haben mit einem Rechtsstaat nichts mehr zu tun und die Frage der Verfassungswidrigkeit dieses Gesetzes wird noch aufgeworfen werden. Diese Zustände haben auch in bezug auf freie wirtschaftliche Initiative nichts zu tun und haben schon gar nichts mit dem Grundsatz einer freien sozialen Marktwirtschaft zu tun. Hier muß endlich die Freiheit der Bürger, das Recht des einzelnen zum Investieren oder auch zum Nichtinvestieren gewährleistet und respektiert werden, wobei höchstens verlangt werden kann, daß der Einzelne duldet, daß ge-

wisse Sachen gemacht werden, damit sie der Nachbar machen kann. Aber daß einer direkt zu Investitionen gezwungen wird, um seinen Betrieb zu verbessern, ist nicht tragbar, ganz gleich wie man es beurteilt, ob es für ihn gut oder nicht gut ist. Dies hat der einzelne zu entscheiden. Es ist der Grundsatz der freien Marktwirtschaft, daß ein Bürger auch eine "falsche" Entscheidung treffen kann. Dann ist es halt seine Sache, so wie auch auf dem Gebiet des Handwerks, des Handels und der Industrie der Unternehmer oder die zuständigen Gremien entscheiden, ob Investitionen gemacht werden oder nicht, mit dem Risiko der Folgen. Entweder wir lassen diese freie Marktwirtschaft oder wir eliminieren sie! Aber dann soll man wenigstens die Wahrheit sagen, daß man von freier Marktwirtschaft nichts hält, daß man eine Planwirtschaft verwirklichen will nach östlichem Muster, nach Kolchosmuster, obwohl man immer groß gegen den Kommunismus redet

Die Gemeindeordnung, die der Präsident auch anschneidet, ist sicher noch zu verbessern. Dabei ist wohl auch zu berücksichtigen, noch mehr und klarer zu berücksichtigen, daß die Rechte der einzelnen Räte — und ich sage ganz offen, daß ich vor allem auch die der Oppositionsvertreter meine — gewährleistet sind. Daß es klar ausgeschlossen wird, daß durch die interne Geschäftsordnung etwa des Gemeinderates Beschränkungen der Tätigkeit der Gemeinderäte eingeführt werden, die im Gesetz nicht drinnen sind, so zum Beispiel Versuche einzelner Gemeinden, durch die Geschäftsordnung einzuführen, daß nur drei Gemeinderäte einen Beschlußantrag einbringen können. Das steht nirgends im Gesetz. Es wäre ja noch schöner, wenn ein Gemeinderat mit einer internen Geschäftsordnung die Rechte, die ja grundsätzli-

che Rechte der einzelnen Gemeinderäte sind, einschränken könnte. Da muß Klarheit geschaffen werden, meine Damen und Herren! So etwas kann nicht geduldet werden. Vor allem muß die Gesetzmäßigkeitskontrolle über die Tätigkeit der Gemeinden noch verbessert werden.

Auch die Wahlordnung haben Sie angeschnitten und das war gut. Vor allem das Gesetz über die Regionalratswahlen muß überarbeitet werden. Ich war damals selber in der Wahlprüfungskommission und da sind wir zu Stellen dieses Gesetzes gekommen, die einfach unglaublich waren, die waren ja nicht mehr anwendbar, einfach unbrauchbar. Eine Bestimmung, die, wenn man sie aus dem Text und Zusammenhang angewandt hat, ist geradezu zum entgegengesetzten Ergebnis gekommen von dem, was der Gesetzgeber gewollt hat. Denn die Absicht des Gesetzgebers hat man gewußt, weil ja Leute dabei waren, die damals bei der Verabschiedung der Änderungen anwesend waren. Aber das Ergebnis aus dem Text wäre genau das Gegenteil gewesen, bzw. war es auch. Hier muß Klarheit geschaffen werden. Auch das Gesetz über die Gemeinderatswahlen ist zu verbessern.

Vor allem aber eines, Herr Präsident Pancheri — vor allem möchte ich das an den zuständigen Assessor für Lokalkörperschaften richten —, daß vor den Wahlen die Sektionspräsidenten und wohl auch die Stimmenzähler zusammengerufen und geschult werden, denn die Unwissenheit vieler Sektionspräsidenten ist unerträglich.

Die nehmen sich zum Teil ja überhaupt nicht die Mühe, das Gesetz durchzulesen, zu einem bedeutenden Teil wissen sie zum Beispiel nicht, daß am Tag der Auszählung der Stimmen, also am Montag nach der Wahl, das Wahllokal offen zu sein hat und daß jeder Wähler der Sektion Zu-

tritt hat. Zahlreiche Lokale wurden gesperrt:

Die Bürger, die hereingekommen sind, wurden hinausgejagt, also die Wähler der Sektion. Dies war wenigstens in Südtirol so. Nach der Reihe gibt es solche Mißbräuche, weil die Sektionspräsidenten einfach das Gesetz nicht lesen, weil sie nicht wissen, was ihre Pflicht und was die Rechte des Wählers sind. Nur um ein Beispiel zu nehmen: in Taufers im Münstertal wußten sie nicht einmal, daß man noch am Samstag bzw. am Sonntag in der Früh die Liste der Listenvertreter vorlegen kann. Allerdings muß man dazu sagen, daß dort auch ein Fehler der Bezirkswahlkommission passiert ist, die nicht einmal die Verzeichnisse der einzelnen Vertreter der einzelnen Listen hingeschickt hat, die berechtigt sind, diese Vertreter namhaft zu machen. Auch das ist dort noch dazu gekommen. Aber solche Fälle sind sowohl im Vinschgau als im Pustertal vorgekommen. Oder nennen wir Deutschnofen, wo der Präsident zuerst einfach einem Listenvertreter verweigert hat, seine Bemerkungen zu Protokoll zu geben. Dieser hat die Carabinieri verständigen müssen, bis der Präsident nachgegeben hat. Die Carabinieri mußten herkommen und sagen, daß er das tun muß, daß der Listenvertreter das Recht hat, seine Bemerkungen zu Protokoll zu geben. Der Präsident hat offensichtlich das Gesetz nicht gelesen. Solche Sachen sind untragbar! Es genügt nicht, das Gesetz gut zu machen, wenn die betreffenden Leute, also die Verantwortlichen, dasselbe nicht lesen und dann meinen, sie könnten jederzeit die Rechte der anderen einschränken. Es müßten die Leute kurz vor den Wahlen zusammengerufen, geschult und auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht werden, damit solche Mißbräuche ausbleiben.

Vor allem möchte ich abschließend einen Vorschlag machen, damit auch die Region darangeht, eine Gesetzessammlung herauszugeben, und zwar in Form einer "Losen-Blättersammlung". In der Provinz Bozen hat der Landtag vor eineinhalb Jahren einen solchen Beschluß gefaßt und die Landesregierung verpflichtet, dies zu tun. Es sind in der Zwischenzeit die Vorarbeiten angefangen worden, und man kann hoffen, daß im kommenden Frühjahr oder bis zum kommenden Sommer diese Sammlung endlich da ist. Durch die dortige viel größere Anzahl der Gesetze und Änderungen ist dies sicher noch viel dringender, aber auch in der Region, wo sehr häufig Gesetze geändert und überarbeitet werden, ist es notwendig, eine "Lose-Blättersammlung" aufzustellen, damit jederzeit durch die Herausnahme der überholten Blätter und die Einfügung der anderen die Gesetzessammlung auf den letzten Stand gebracht wird. Denn es helfen hier wenig die sogenannten Einheitstexte oder vereinheitlichte Texte. Das hat man auch bei dem Wahlgesetz gesehen. Es wird jeweils, sobald das Gesetz da ist, ein neuer vereinheitlichter Text herausgegeben und nach ein, zwei Jahren wird wiederum die eine oder andere Änderung angeführt oder angebracht, und dann ist alles wieder überholt. Deswegen ist dies nicht das System. Dies ist auch viel zu teuer auf die Dauer, denn man hat dann immer wieder das Gesetz doch nicht auf dem letzten Stand. Die einzige angemessene Form ist eine "Lose-Blättersammlung" der Regionalgesetze, geordnet nach Sachbereichen. Das ist auch für die Gemeinden, die ja damit arbeiten müssen, günstig. Nur auf diese Art und Weise kann man eine gewisse Rechtssicherheit erreichen. Hier möchte ich wirklich den Appell aussprechen, und falls not-

wendig werde ich auch demnächst einen entsprechenden Beschlußantrag einbringen, damit die Region auf ihrem Gebiet tätig wird und auch für die Region eine solche Gesetzessammlung herausbringt.

Abschließend möchte ich noch betonen, daß meines Erachtens die Region, wie sie nun einmal entstanden ist, ihre Rolle zu erfüllen hat, die gerade auch — wie der Herr Präsident sicher richtig geschrieben hat — in Ordnungsaufgaben besteht und vor allem auch im Kontakt zu den Nachbarn, nicht nur des Alpenbogens, sondern vor allem auch des gesamten Österreichs, mit dem uns eine vielhundertjährige Geschichte verbindet. Und hier, wie gesagt, bin ich der Meinung, daß die Tätigkeiten, die sicher in positiver Weise vom Präsidenten Pancheri aufgenommen wurden, intensiviert und ausgebaut werden, daß man aber nicht zu weit schaut, nicht über die Schnur haut und andere Kontinente in Ruhe läßt!

(Illustrissimo Signor Presidente! Illustri colleghi! Le colleghe non sono presenti!

Interruzione

LUNGER (P.D.U.): Il Presidente della Giunta regionale ha trattato nella sua relazione accompagnatoria numerosi argomenti. Anche se in certi punti non ha illustrato nulla di nuovo, altri sono degni di essere posti in rilievo, in merito ai quali desidero intervenire, poichè alcuni punti contengono realmente delle novità.

Nella relazione si menzionano più volte i rapporti con altre Regioni ed anche quelli con le Regioni dell'arco alpino. Personalmente ritengo utile curare i rapporti soprattutto con le Regioni a statuto speciale e con quelle anche a

statuto ordinario dello Stato. Inoltre è un bene ampliare detti rapporti anche verso le Regioni dell'arco alpino, sebbene si debba osservare — desidero citare come esempio l'Arge Alp — che questi rapporti si sono finora per la maggior parte sviluppati tra rappresentanti del Governo con esclusione — dico principalmente — dei rappresentanti di altri orientamenti politici, dunque dell'opposizione. Per portare questi rapporti interregionali su un piano veramente democratico, sarebbe bene trovare forme adatte che permettano la presenza anche dei rappresentanti dell'opposizione in queste prese di contatto. A mio avviso sarebbe utile curare contatti oltre che con le Regioni austriache, che appartengono già all'Arge Alp, anche con tutto il territorio austriaco, vale a dire che questi contatti vanno intensificati con tutti i "Länder" dell'Austria.

Posso soltanto esprimermi favorevolmente in merito alle premure del Presidente Pancheri poste in atto quest'ultimo anno e desidero aggiungere, che sarebbe bene consolidare ulteriormente questi rapporti. Dico ciò tanto più, se si considera che negli scorsi anni, ad esempio, i rapporti della Provincia di Bolzano, ossia dello S.V.P., tendevano soprattutto verso la Baviera ecc., mentre i rapporti con l'Austria venivano a tratti trascurati gravemente. Devo comunque dare atto che in queste occasioni almeno è stata trovata una forma per rendere partecipi anche i rappresentanti dell'opposizione. Intendo fra l'altro il viaggio della I. commissione legislativa a Vienna, detta commissione era accompagnata da membri della Giunta regionale, per studiare le innovazioni tecniche nel settore del Libro fondiario. Anch'io come membro della I commissione legislativa ho potuto partecipare a questo viaggio e devo dire che

le informazioni avute a Vienna, non sono state soltanto interessanti, ma semplicemente esemplari ai fini di un rinnovamento del settore fondiario.

La relazione contiene tuttavia poco su quanto si è potuto fare a livello preparatorio per introdurre un simile sistema nel nostro Libro fondiario. Sono dell'opinione che si dovrebbero sfruttare senza perdita di tempo, i risultati di questo viaggio di studio ed introdurre anche nel nostro settore fondiario questo sistema, dato che in Austria e soprattutto a Vienna si sono compiuti grandi progressi, dopo un decennio di studi e di esperimenti, per cui le cose sono assai progredite. Sarebbe un male se passassero dieci anni prima di strutturare tutto il Libro fondiario sul sistema computerizzato, per facilitare tutti i procedimenti, dato che siamo in grado di semplificare le cose, grazie alle esperienze altrui. Si considerino le registrazioni fondiarie nelle numerose zone edilizie, come è avvenuto in questi ultimi tempi in Provincia di Bolzano e certamente anche in quella di Trento. Per i conservatori del Libro fondiario è stato un oneroso lavoro ed a lungo andare una simile situazione può risultare irrisolvibile, mentre col sistema predetto si potrebbero adottare molte semplificazioni. Devo pertanto lamentare che questa relazione contiene poco o quasi nulla a tal proposito. Si fa un lieve accenno, che si sta lavorando in questa direzione, ma si tace su quanto è avvenuto ora concretamente. Intensivare i rapporti su questo settore soprattutto con l'Austria e con le Regioni dell'arco alpino è certamente un bene e proprio nell'ambito di questi rapporti la Regione può svolgere un'attività preziosa.

Siccome stiamo parlando dei viaggi di lavoro devo dire che oltre ad alcuni viaggi nella vi-

cina Austria e Germania ed oltre alle visite restituite da questi Paesi un certo gruppo si è recato in Cina e su tale viaggio è stato discusso molto. A tal proposito è lecito chiedersi fino a che punto sono giustificati viaggi di questo genere. Si deve premettere che le relative spese vengono sostenute con denaro proveniente dal gettito delle imposte, per cui simili viaggi sono giustificati soltanto, se dettati da un senso concreto, come è avvenuto nel caso del viaggio di Vienna della I^a commissione legislativa, in cui lo scopo era quello di studiare i progressi ottenuti in quel Paese nel settore del Libro fondiario, ed introdurre quindi lo stesso sistema anche nel nostro settore specifico. Tutto questo è giustificato e ha un senso preciso. Del resto contatti diretti con i nostri vicini, soprattutto con quelli che ci siamo sentiti uniti per secoli sotto il profilo storico, hanno pure un senso concreto. Sono dell'avviso che la reciproca comprensione tra i popoli persegue pure un vantaggio reciproco. Se invece amministratori regionali si recano in Cina, è giusto chiedersi quale senso abbia tutto questo. Quale vantaggio trae la collettività da simile viaggio. Sono dell'opinione che simile iniziativa, finanziata con i mezzi provenienti dai contribuenti, deve risultare vantaggiosa per la popolazione, per i contribuenti, altrimenti un viaggio di questo genere non appare giustificato. Nel caso specifico non vedo questa giustificazione, questo vantaggio a favore del contribuente e non vedo neppure risultati concreti. Se a tal proposito ampi strati della popolazione parlano di spreco di denaro, si deve semplicemente dare ragione a queste persone, poichè le cose non quadrano. Questi viaggi vanno un po' delimitati e devono avere un senso concreto

e tangibile, o comunque deve essere connesso con un vantaggio concreto, od almeno con il tentativo di raggiungerlo. Non saprei comunque quale vantaggio o quale senso concreto ha rappresentato il viaggio in Cina per la Regione Trentino-Alto Adige. La questione si pone, come molti hanno già detto, nei termini di una vacanza di due settimane a spese del contribuente e sono dell'opinione che in casi simili si deve valutare prima le proprie azioni. Con simili eccessi i viaggi necessari, come quello della I^a commissione legislativa, vengono posti in cattiva luce e probabilmente con il tempo non si potranno più effettuare, in quanto i cittadini a buon diritto affermerebbero che gli amministratori hanno affrontato nuovamente un viaggio a spese dei contribuenti! Ciò non deve accadere, un viaggio di lavoro deve risultare concretamente vantaggioso ed avere un altrettanto senso concreto. I viaggi vanno delimitati, in quanto non è possibile comportarsi in questo modo. Non è accettabile!

Il Signor Presidente ha parlato inoltre delle norme di attuazione ancora mancanti a completamento del cosiddetto pacchetto e naturalmente ha richiesto, come fanno ormai tutti, una pronta emanazione di dette norme. Anch'io sono dell'opinione che sarebbe tempo di concludere finalmente, per togliere così di mezzo qualsiasi materia, atta ad istigare gli uni contro gli altri. Devo tuttavia ripetere quanto già detto più volte in Consiglio provinciale di Bolzano. Lo Stato ha certamente una buona parte di colpa per questi ritardi, ma la colpa è anche dello S.V.P., in quanto ha dimostrato ripetutamente — almeno negli anni passati — di non essere interessato ad una rapida conclusione delle trattative. Lo S.V.P. ha dimostrato in maniera evidente e perfida di abusare a scopi di propaganda

elettorale queste norme di attuazione ancora mancanti, per invitare i sudtirolesi di rinnovare allo S.V.P. la fiducia, vale a dire a stare tutti insieme. Evidentemente si nota che i Signori temono il momento, in cui verrà tolto loro questo argomento. Il Presidente della Giunta provinciale di Bolzano, Magnago, ha già affermato apertamente che soltanto dopo l'attuazione del cosiddetto pacchetto si potrà parlare di opposizione, ma fino a quel momento ciò non è possibile.

Interruzione

LUNGER (P.D.U.): Per fortuna sono qui, ma contro la vostra volontà e nonostante questa propaganda massiccia, ma ciò nulla toglie al fatto, che voi, Signori, avete abusato delle norme di attuazione ancora mancanti, utilizzando questo argomento a scopi massicci di propaganda elettorale, per diffamare l'opposizione, affermando che soltanto dopo la conclusione del pacchetto si potrà eventualmente parlare di opposizione. Siccome voi avete sempre assunto l'atteggiamento di togliere, almeno di cercare di togliere a qualsiasi opposizione il diritto di esistenza, ciò dimostra che non eravate mai interessati a concludere rapidamente le trattative per l'attuazione, in quanto non avreste più questo argomento, che avete sempre usato.

Un po' più di onestà da parte vostra non sarebbe sconveniente! Per questo motivo lo S.V.P. ha una grande misura di colpa di questi ritardi. Questo è chiaro, la qual cosa risulta inequivocabilmente da tutti i nessi e connessi e dallo sviluppo delle cose. Si ripete puntualmente il ritornello, che lo S.V.P. nei singoli punti pretende effettivamente cose che vanno al di là del pacchetto e non sarebbe certo un bene che lo

S.V.P., ossia la Provincia, ottenesse certe facoltà. Ricordo alcune competenze nel campo della RAI, che i signori dello S.V.P. vorrebbero avere. Forse nel frattempo hanno desistito dal loro intento, poichè con il monopolio che questo partito esercita, con questo monopolio di potere e di opinione, come è stato posto in atto finora, simili competenze sarebbero nocive per l'Alto Adige e cioè nocive per la pluralità di opinione, nocive per la vita democratica, sempre che lo S.V.P., ossia la Giunta provinciale, ottenesse competenze di potere nel settore della RAI. Influenza ne hanno sin troppa! Queste richieste non si riescono ad interpretare dal testo del pacchetto ed a tal proposito è evidente che si vogliono forzare le norme ivi contenute. Almeno per quanto concerne questo punto si ritarda artificialmente la conclusione dell'attuazione dell'accordo, ponendo delle richieste, che rispondono alle aspirazioni dello S.V.P., ma che non sono contenute nel cosiddetto pacchetto e non ritornerebbero utili all'Alto Adige, dato il modo di governare dello S.V.P. fin qui dimostrato.

Un altro punto che forma spesso oggetto di contesa, riguarda la lingua nel dibattito giudiziario ed anche questo argomento è stato brevemente sfiorato dal Presidente Pancheri ed a tal proposito già da tempo tale punto viene discusso dall'uno o l'altro gruppo. Desidero esporre chiaramente il punto di vista del nostro partito: noi siamo dell'opinione che il diritto di ogni singolo cittadino, di usare la propria madrelingua anche e soprattutto in Tribunale in ogni istanza va garantito. Dico il diritto! Ma un diritto non deve mai essere trasformato in un dovere. Certe richieste, poste soprattutto dall'Assessore Benedikter in questi ultimi tempi, in questi ultimi mesi, vanno in questa direzione

e cioè nel senso che si è preteso di far svolgere tutto il processo in lingua italiana, qualora un cittadino di madrelingua tedesca scegliesse come proprio difensore un legale di lingua italiana e che non conosce la lingua tedesca. Ciò significa che il cittadino dovrebbe rinunciare al suo diritto personale di parlare davanti al giudice in lingua tedesca, qualora egli ha scelto un avvocato che non appartiene al gruppo etnico tedesco. Mi chiedo quindi per quale motivo non dovrebbe essere possibile che l'avvocato faccia uso della lingua italiana, in quanto non a conoscenza di quella tedesca e che il cittadino usi la propria madrelingua. Viceversa, se un cittadino italiano si sceglie un avvocato di lingua tedesca (sì, tutti gli avvocati di lingua tedesca conoscono l'italiano, è vero, ciò che nel caso inverso non accade, ma potrebbe anche verificarsi il caso), per quale motivo l'avvocato non dovrebbe poter parlare in tedesco ed il cittadino in italiano? Desidero far presente che in certi casi i cittadini ricorrono ad avvocati provenienti da altre Province e non si può certamente pretendere che questo legale conosca la lingua tedesca, ma in tal caso si vorrebbe togliere al cittadino il diritto di usare la propria madrelingua davanti al giudice. Ricordiamo il processo Steinkaserer, cari signori! Nessuno potrà avergliene, se si è fatto difendere dal prof. Nuvolone di Milano. Qualcuno è di altra opinione? Che cosa accadrebbe nel caso di una simile regolamentazione? O egli rinuncia a questo penalista di fama internazionale o alla possibilità di usare la lingua tedesca davanti al giudice di Bolzano.

Interruzione

LUNGER (P.D.U.): Innanzitutto egli non cono-

sce così bene la lingua tedesca da poter svolgere un processo complicato in tale lingua ed in secondo luogo si tratta (ho preso questo soltanto come esempio, esistono altri penalisti famosi), di rendere possibile o meno la scelta di un professionista famoso proveniente da altra Provincia, che non conosce la lingua tedesca e vorrei sapere quali saranno in tal caso le conseguenze. Questo è il punto: Perché non dovrebbe essere possibile che l'avvocato parli italiano e l'imputato tedesco?

Interruzione

LUNGER (P.D.U.): ... Si troveranno poi le forme per la duplice verbalizzazione, la traduzione, in quanto gli atti dovranno comunque essere tradotti, qualora dovessero essere inviati a Roma. Se il processo si svolge in lingua tedesca, per qual motivo il verbale non dovrebbe essere tradotto subito e l'avvocato può così comprendere subito la verbalizzazione. Pongo quindi la questione: abbiamo noi il diritto di costringere il cittadino di parlare egli stesso in lingua italiana, qualora sceglie un esperto di questo calibro? Simile formulazione non garantisce il diritto di parlare la propria madrelingua, ma per determinate circostanze costringeremmo il cittadino a rinunciare al diritto dell'uso della madrelingua, qualora egli non intendesse rinunciare al suo ulteriore diritto di scegliere un avvocato di suo gradimento. I problemi quindi non si presentano così semplici, come cerca di esporli l'Assessore Benedikter. Ripeto: Un diritto è un diritto, che va sempre garantito. Ma nessuno può tradurre un diritto in un dovere. Qui sta la differenza!

Il Presidente Pancheri ha menzionato tra l'altro anche il problema degli espropri, egli scrive infatti che la Regione potrebbe prendere atto di

alcune competenze per accelerare le procedure o per addivenire ad una unificazione procedurale. Posso soltanto dire che quest'ultima sarebbe urgentemente necessaria. Non intendo ambedue le Province, ma la situazione che è venuta a crearsi nell'ambito delle singole Province — non conosco la situazione nel Trentino —, ma comunque nell'Alto Adige si applicano tre leggi diverse — soltanto per quanto riguarda l'indennità di esproprio — e ciò dipende, se si ricorre alla legge della Provincia autonoma di Bolzano (nella maggior parte dei casi), alla legge regionale dell'anno 1957 (nel caso di certi espropri, quali sono quegli per le strade interpoderali) oppure alla legge statale quando si tratta di espropriare a favore dello Stato. Nei primi due casi l'esproprio viene sempre effettuato dalla Provincia, applicando due leggi diverse e naturalmente anche le indennità di esproprio differiscono nelle loro entità. Trattasi dunque di una ingiustizia obiettiva! Il cittadino, che deve mettere a disposizione un proprio terreno per un'opera cosiddetta nell'interesse pubblico, si trova obiettivamente sempre nella stessa situazione e va pertanto trattato sempre in ugual modo, indipendentemente dall'ente espropriante e dal fine che si vuole perseguire. Lo S.V.P. avrebbe avuto recentemente la possibilità di effettuare una unificazione procedurale, ma non vi ha voluto provvedere e quindi speriamo che lentamente si giunga a tanto e se la Regione può operare in questo settore, tanto meglio. Questa ingiustizia obiettiva esistente nella nostra Provincia va attribuita da otto anni allo S.V.P., signori, la colpa è dello S.V.P., in quanto questo partito ha approvato da solo nell'anno 1972 la legge di riforma sull'edilizia residenziale, hanno votato sì, soltanto gli undici rappresentanti dello S.V.P. Gli altri si sono o astenuti o

espressi contro, e pertanto siete voi i responsabili, od in parte i vostri predecessori di questa situazione diversa, che non è stata mai eliminata, sebbene tale diversità sarebbe potuta essere rettificata almeno per quanto concerne la legge regionale e provinciale, come risulta da un parere del dott. Salghetti.

Il Presidente si è occupato anche della questione delle Camere di Commercio. In questo settore è certamente necessaria una ulteriore regolamentazione, ma sarebbe soprattutto bene ampliare a rafforzare le relative competenze, in quanto, in questi ultimi anni, — almeno in Alto Adige — la tendenza era quella di togliere alla Camera di Commercio competenze e poteri, per trasferirli alla Giunta provinciale. L'esperienza ci insegna che le competenze ossia i settori trasferiti funzionano peggio di prima, di quando erano amministrati dalla Camera di Commercio. Le Camere di Commercio sono vecchie istituzioni con grande esperienza e pertanto di dimostrata capacità. E' quindi necessario ampliare le rispettive competenze, anzichè restringerle.

Il Presidente Pancheri si è occupato dettagliatamente con la attività delle cooperative e ha proposto di studiare nuove possibilità della cooperazione e un miglioramento della legislazione. Giudico questo favorevolmente, ma simile regolamentazione dovrà tener conto di determinate considerazioni, che intendo ora illustrare. Innanzitutto si dovrà delimitare chiaramente l'attività delle singole cooperative. Intendo innanzitutto porre un limite ed in secondo luogo emanare norme che evitino monopoli e per ambedue i punti cito come esempio la VIVES. Non a torto i macellai hanno lamentato recentemente in maniera pesante che la VIVES rappresenta sempre più un monopolio ed in questo settore viene a mancare parzialmente il libero mercato, cioè l'offerta e la richiesta.

Tanto desidero dire per inciso. Nella Val Venosta i vari mercati, che si svolgevano una volta in quella Valle, sono stati parzialmente svuotati della loro importanza; nella vallata si svolgono al massimo due aste, e cioè in primavera, di bestiame giovane; tutte le altre bestie devono essere condotte a Bolzano con tutti gli svantaggi derivanti. Nel caso di mancata vendita il proprietario deve provvedere a proprie spese al trasporto a casa. Si deve quindi evitare un monopolio e la VIVES dispone già di un monopolio piuttosto ampio. Il secondo problema riguarda la delimitazione delle competenze, dell'attività, poichè una cooperativa agricola, quale è la VIVES, non può assumersi il compito di gestire il macello di Bolzano, la qual cosa è collocata inequivocabilmente al di fuori delle competenze di questa cooperativa. Il fatto che si iniettano miliardi e miliardi di lire, in quanto la VIVES non riesce più a stare in piedi per i debiti causati dal macello sproporzionato e per il recinto delle aste a sud di Bolzano, costituisce uno spreco di denaro pubblico, in quanto questa non è la funzione di simili cooperative!

Un'altra cosa: E' noto che proprio le cooperative agricole hanno ampie possibilità di ricevere contributi dall'amministrazione pubblica e nulla si può obiettare contro una ragionevole elargizione dei contributi. Ma quale è il senso della cooperativa? Il senso della cooperativa è l'unione dei produttori, od anche dei consumatori, per escludere una parte del commercio intermedio per cui i produttori ottengono, grazie alla vendita diretta, maggiori redditi dal loro prodotto. Questo è il senso della cooperativa! Non ne vedo altri. In questi ultimi tempi si ha però avuto l'impressione che gli importi di una certa entità liquidati ai produttori attraverso le cooperative — non sempre è dato questo caso —,

il denaro è stato elargito in definitiva dalla pubblica amministrazione e quindi non per una migliore economia, intendo l'esclusione del mercato intermedio, ma semplicemente come contributi pubblici, che il mercato privato non ottiene. Questa è l'impressione che suscitano non poche cooperative. Questo non può essere il senso della cooperativa, cioè ottenere contributi ingenti, per poter meglio lavorare o meglio liquidare i guadagni. I guadagni migliori dovrebbero derivare dalla natura istituzionale e non dai contributi pubblici. Non in pochi casi è giusto porsi la domanda che, mettendo a disposizione gli importi equivalenti ai contributi investiti nelle cooperative, del mercato libero, si otterrebbero uguali od in parte addirittura migliori risultati, ossia prezzi migliori a favore dei produttori. Questa domanda va posta.

A tal proposito desidero fare un passo in avanti e porre il problema — sebbene brevemente — dei consorzi di bonifica. Non tutti forse sono a conoscenza, ma molti lo sanno, che detti consorzi sono stati istituiti in seguito ad una legge fascista dell'anno 1933 su una base non democratica. Si deve dire che i fascisti a suo tempo non hanno mai applicato in Alto Adige questa legge con particolare radicalità, ma l'attuazione radicale è stata tradotta in realtà dalla Provincia di Bolzano, non appena lo S.V.P. aveva da dire la sua in questo settore. Sebbene il Consiglio provinciale abbia la competenza legislativa primaria di approvare un'altra legge, a quanto sembra finora non si è nemmeno pensato di provvedere ad altra legislazione, poichè la legge fascista piace evidentemente a questi signori, vale a dire che soddisfa pienamente le loro intenzioni. Quali sono però le conseguenze? Una minoranza può fondare un consorzio cosiddetto coercitivo. Cito un esem-

pio concreto verificatosi nell'Alta Val Venosta, dove il 26 per cento scarso dei proprietari di una determinata zona ha fondato un simile consorzio, costringendo poi tutti, anche coloro che non erano d'accordo con una determinata opera, di parteciparvi, ed ancor più costringendoli ad investire con la notifica della cartella delle tasse. Signore e signori! Dove sono i principi fondamentali dell'economia di mercato libera e sociale ed i principi della nostra costituzione riguardo le libere iniziative economiche? Un cittadino ha il diritto e la possibilità di prendere iniziative economiche, ma anche il diritto di non intraprendere nulla; un imprenditore ha il diritto di effettuare un determinato investimento, ma nessuno lo può costringere. In altri settori economici non esiste la coercizione di investimento, mentre tale coercizione massiccia è stata creata dallo S.V.P., attraverso la Giunta provinciale, in Alto Adige nel settore dei consorzi di bonifica. E' una grave lesione del principio dell'economia di mercato libera e sociale, del quale i signori dello S.V.P. vaneggiano, calpestandolo nei casi concreti. In base al nostro ordinamento giuridico ed alla connessione sociale della proprietà, ognuno può essere obbligato di accettare l'erezione di un'opera; nel caso di un consorzio per l'irrigazione, nessuno si può opporre al passaggio dei tubi necessari sul proprio terreno, ma nessuno può costringerlo ad accettare sul proprio terreno un simile impianto, se non desiderato e pretendere poi le relative spese, come è accaduto recentemente a Stava, dove non è mai esistito un impianto di irrigazione, rifiutato dai proprietari con la motivazione: non si tratta di una zona asciutta, esistono vecchie paludi ed anche le gelate non sono pericolose. Gli interessati non volevano fare l'impianto, ma erano disponibili a far passare attraverso

i loro terreni i tubi per coloro che intendevano costruirlo. Questo è stato eseguito per tutti, con la relativa notifica della cartella delle tasse. Questo è un sistema dittatorio; questa è economia di pianificazione nella coltura in serie; cioè significa distruggere la libertà dei contadini, proprio attraverso lo S.V.P. ed i rappresentanti del "Bauernbund", che cianciano della libertà dei contadini. E' necessario ricorrere urgentemente ai ripari, in quanto una simile situazione è intollerabile in uno Stato di diritto e la questione di incostituzionalità di questa legge sarà ancora posta. Simili situazioni nulla hanno a che fare con il principio della libera iniziativa ed ancor meno con il principio della libera e sociale economia di mercato. Si deve garantire finalmente la libertà del cittadino, il diritto del singolo di investire o non investire e tale volontà va rispettata ed al massimo si può pretendere che il singolo accetti l'esecuzione di determinati lavori, onde permettere al vicino di costruire l'impianto desiderato. Non è sostenibile che si costringa qualcuno a fare investimenti per migliorare l'azienda indipendentemente dal proprio giudizio, se egli fa male o bene. Ognuno deve decidere per sé. E' un principio della libera economia di mercato che un cittadino può anche prendere una decisione "errata". E' far suo come anche nel settore dell'artigianato, del commercio e dell'industria dove gli imprenditori o i consessi competenti decidono l'investimento con il rischio delle conseguenze. O noi lasciamo questa libera economia di mercato, o la eliminiamo! Ma allora si dica almeno la verità che non si vuole la libera economia di mercato, che si vuole realizzare l'economia di pianificazione sul modello orientale, su quello collettivistico, sebbene si esprimano grandi parole contro il consumismo.

L'ordinamento dei Comuni, di cui fa menzione il Presidente, abbisogna certamente di miglioramenti. Si dovrà tenere in maggiore considerazione e garantire con maggiore chiarezza i diritti dei singoli Consiglieri comunali — dico con franchezza che intendo soprattutto anche i rappresentanti dell'opposizione. Si cerca di delimitare con il regolamento interno l'attività del singolo Consigliere comunale, imponendo limiti non previsti alla legge, in alcuni Comuni, ad esempio, si cerca di introdurre nel regolamento interno che i firmatari di una mozione devono essere almeno tre, sebbene la legge non ne faccia menzione. Sarebbe ridicolo, se un Consiglio comunale potesse limitare con il regolamento interno i fondamentali diritti dei singoli Consiglieri. Qui ci vuole chiarezza, miei signori! Ciò è intollerabile e pertanto il controllo di legittimità sull'attività dei Comuni deve essere ancora migliorato.

Lei, signor Presidente, ha sfiorato anche l'argomento concernente il regolamento delle elezioni, la qual cosa mi fa piacere. Soprattutto la legge riguardante l'elezione degli organi regionali va rielaborata. Io stesso facevo parte della commissione di convalida e sono venuti alla luce punti della legge incredibili, inapplicabili e pertanto inutilizzabili. Una norma che, se applicata alla lettera, avrebbe condotto a risultati diametralmente opposti all'intenzione del legislatore. L'intenzione di quest'ultimo era nota, in quanto molti membri della commissione erano presenti al momento dell'approvazione della modifica della legge, mentre il risultato del testo di legge sarebbe stato, ossia è stato esattamente l'inverso. Qui va fatta chiarezza ed anche la legge concernente l'elezione degli organi comunali abbisogna di miglioramenti.

Vorrei raccomandare a Lei, Presidente Panche-

ri, e soprattutto al competente Assessore agli Enti locali di voler convocare prima della elezione i presidenti e gli scrutatori dei singoli seggi elettorali e fornire loro le dovute istruzioni, poiché la disinformazione di molti presidenti di seggio è impossibile. Questi non si fanno nemmeno premura di leggere la legge, non conoscono, ad esempio, parti importanti di tale legislazione, che il giorno dello scrutinio, dunque il lunedì successivo all'elezione, il locale della sessione deve rimanere aperto e che ogni elettore ivi iscritto ne ha libero accesso. Molti seggi elettorali sono stati chiusi, i cittadini che si presentavano sono stati allontanati, intendo gli elettori iscritti in quella sezione. Tanto almeno si è verificato in Alto Adige. Simili abusi si sono verificati numerosi, in quanto il presidente di seggio non legge semplicemente la legge, e quindi non conosce il suo dovere ed i diritti dell'elettore. Cito un altro esempio: a Tubrè non sapevano nemmeno che l'elenco dei rappresentanti di lista poteva essere presentato il sabato, ossia la domenica mattina. Tuttavia vi è da dire che ivi la commissione elettorale mandamentale era incorsa in un errore, in quanto non aveva fornito l'elenco dei singoli rappresentanti di lista che avevano diritto ad intervenire. A tutto il resto va quindi aggiunto anche questo fatto. Casi di irregolarità si sono verificati in Val Venosta ed anche in Val Pusteria. Prendiamo ad esempio Nova Ponente, dove il presidente in un primo momento ha rifiutato semplicemente ad un rappresentante di lista di fare porre le proprie osservazioni a verbale. Questo ha dovuto ricorrere ai carabinieri, per far recedere il presidente. I carabinieri sono dovuti intervenire per far presente al presidente che il rappresentante di lista ha il diritto di

vedere verbalizzate le sue osservazioni. Evidentemente il presidente non aveva letto la legge. Simili casi sono intollerabili! Non è sufficiente legiferare bene, se le persone chiamate ad applicare le norme di legge non le leggono, credendo di poter limitare in ogni momento i diritti degli altri. Prima delle elezioni quindi sarebbe bene convocare queste persone, istruirle e richiamare la loro attenzione sui doveri, onde evitare simili abusi.

Concludendo vorrei proporre che anche la Regione apporti una raccolta di leggi sotto forma di schede. Il Consiglio provinciale di Bolzano ha approvato un anno e mezzo fa una delibera, impegnando la Giunta provinciale a provvedervi. Si stanno svolgendo i lavori di preparazione e si può sperare che nella prossima primavera o al massimo nella prossima estate si pubblichino questa raccolta. L'enorme numero di leggi e modifiche relative impongono in Provincia di Bolzano una maggiore urgenza per questo lavoro che in Regione, ma anche qui si ricorre spesso a modifiche di legge, se non addirittura alla loro rielaborazione, per cui anche in questo caso è necessario approntare una raccolta a schede, onde permettere un costante aggiornamento, togliendo la scheda già superata, sostituendola con quella contenente la legge in vigore. I testi unici non sono tanto pratici. Lo abbiamo notato con il testo unico che disciplina le elezioni. Ad un testo unico seguono altre modifiche e quindi dopo due anni circa, questo è già superato e pertanto tale sistema non è valido. A lungo andare le relative spese aumentano, dato che si devono stampare nuove edizioni ed alla fine la legge non risulta completamente aggiornata. L'unica forma adeguata è la scheda ordinata secondo settori, la qual cosa risulterà pratica anche per i Comuni,

che devono lavorare su queste leggi. Soltanto in questo modo si riuscirà a raggiungere una certa certezza giuridica. Vorrei esprimere veramente l'appello e se necessario presenterò anche una mozione relativa, affinché la Regione operi in questo settore e pubblici anche per la Regione una simile raccolta di leggi.

Infine vorrei porre in rilievo, che a mio avviso la Regione, dato che esiste, deve adempiere il proprio ruolo, che consiste — come ha giustamente scritto il Presidente Pancheri — negli ordinamenti e soprattutto anche sviluppare contatti con le Regioni vicine, non soltanto dell'arco alpino, ma soprattutto con tutto il territorio austriaco, al quale ci unisce una storia secolare. Come già detto sono dell'opinione che le attività iniziate positivamente dal Presidente Pancheri vanno intensificate ed ampliate, ma non si deve essere troppo lungimiranti, non si deve esagerare, per cui altri continenti vanno lasciati in pace!)

PRESIDENTE: Ha chiesto di parlare il cons. Zanghellini.

ZANGHELLINI (P.P.T.T.-U.E.): Grazie, Presidente. La presentazione al Consiglio regionale del bilancio di previsione della Regione per il 1981 avviene in un momento particolarmente delicato e sotto certi aspetti difficile della vita della nostra autonomia. Trattasi di un aspetto che è stato colto in modo coerente e puntuale, anche nelle dichiarazioni del Presidente Pancheri. Dichiarazioni che, desidero sottolinearlo subito, nel loro insieme valutano globalmente il quadro politico locale e nazionale, esprimendo una netta tendenza a favore dell'autonomia locale, della valorizzazione dell'autonomia. E questo rappresenta per me e per noi

un aspetto qualificante dell'impegno politico della Giunta regionale. Mi pare di intendere che l'impegno per salvaguardare la nostra autonomia, nei confronti degli attacchi del centralismo, rappresenti una costante interessante della relazione. Ma, ritornando alla difficile situazione locale, credo veramente sia necessario un serio e concreto impegno di riflessioni per individuare soluzioni che consentano, come è stato detto, di sostituire ciò che divide con ciò che unisce. Dibattiti sulla problematica della convivenza di gruppi linguistici in Regione si sono sviluppati a vario livello e ciò è indubbiamente segno che vi è interesse ed attenzione nei confronti di questioni di fondamentale importanza per la vita regionale. Bisogna tuttavia evitare strumentalizzazioni che non servono a nessuno, se non a danneggiare la situazione generale. Ma, parlando di dibattito, ritengo che proprio questa sede, la sede del Consiglio regionale, sia una palestra ideale per confrontare ipotesi, tesi ed idee. Vi sono certamente problemi che riguardano situazioni specifiche di una provincia, ma, nel pieno rispetto delle funzioni e dei ruoli che il nostro quadro autonomistico attribuisce alle Province, credo veramente che questa Assemblea legislativa possa e debba esprimersi su questioni relative ai rapporti fra i vari gruppi linguistici. Ed in tale contesto credo che abbia valore e significato politico sociale il fatto che la Giunta si ponga come obiettivo fondamentale quello di fornire un contributo per garantire la pacifica convivenza fra i gruppi che convivono sul territorio regionale.

Da parte nostra, almeno da parte mia, ritengo necessario non deflettere minimamente su questioni di principio, faticosamente raggiunte ed ancora da raggiungere ed affermate. Credo tuttavia opportuno, nell'interesse delle nostre popola-

zioni, che da parte nostra vi sia un comune impegno che nel pieno rispetto delle varie posizioni ideologiche concorra a comporre divergenze invece di creare nuovi punti di frizione, di divisione e di attrito. Non si tratta certamente di soluzioni facili, ne sono convintissimo, tuttavia l'importante è non rompere e sforzarsi, se necessario con tolleranza, di venire incontro alle varie esigenze che si prospettano e si prospetteranno nel futuro. Queste affermazioni possono apparire anche retoriche, ma nella nostra situazione non possiamo permetterci il lusso di rompere determinati e difficili equilibri, perchè, data la delicatezza dei rapporti, una loro ricomposizione sarebbe oltre modo difficile, se non impossibile. Sono peraltro anche del parere che dietro la scusa della comprensione e della tolleranza non si debbono creare, come ho detto prima, delle strumentalizzazioni. E a questo punto non possiamo fare a meno di chiedere una sollecita emanazione delle norme di attuazione mancanti, come d'altra parte il Presidente si è impegnato nella relazione, insieme a tutta la Giunta, in modo tale che i nostri dibattiti e anche il nostro operare possano svilupparsi con strumenti autonomistici ben definiti.

Non vorrei che questa intenzione fosse un'utopia, questo comunque è il mio pensiero particolare. Ricordavo prima che nella relazione del Presidente della Giunta rinvergono molti elementi e diverse affermazioni che militano a favore di un'ulteriore affermazione e valorizzazione della nostra autonomia nelle sue varie espressioni.

Di fronte a tali affermazioni noi, io almeno, non possiamo evidentemente che essere d'accordo. Non si tratta evidentemente di volere un potenziamento dell'autonomia ad ogni costo e sen-

za criterio, ma di operare con quella serietà, che contraddistingue la tradizione della nostra popolazione, di cui noi dovremmo essere degni rappresentanti, dovremmo almeno esserlo. Ed in proposito non posso evidentemente accettare insinuazioni ed accuse di sciovinismo a carico del mio partito, che vengono più volte mosse da varie parti di questa Assemblea. Qui si è parlato di valorizzazione dell'autonomia, sia nei confronti dell'estero che verso l'interno, attraverso una serie di relazioni e di rapporti, attivati sia autonomamente dalla Regione, sia d'intesa con altre realtà locali.

Questa ritengo sia una linea da perseguire, anche per il futuro e che va incoraggiata. In tale quadro vedo pertanto positivamente tutte le iniziative che la Giunta e il suo Presidente intraprendono per allacciare rapporti con altre regioni; non faccio l'analisi dei vari viaggi, perchè perdersi nei dettagli, mettere i punti sulle i e perdere di vista la globalità degli interessi di questi viaggi non mi sembra neanche una cosa seria per i rappresentanti di questa sede.

Allacciare rapporti con altre Regioni, sia all'interno che all'estero: un particolare significato assume il quadro dei rapporti nell'ambito dell'arco alpino e anche la recente visita in Slovenia assume, a mio avviso, interessante significato e un'apertura, anche se il Consiglio provinciale a suo tempo aveva preceduto quello regionale. Credo però che in questa occasione si sia trattato proprio di un confronto di studio del Libro fondiario e il catasto, una questione tecnica molto opportuna e che dovrebbe essere stata anche allargata ai concetti previdenziali dei sistemi differenziati nella repubblica slovena. C'è sempre da imparare da tutti e girando, vedendo, confrontandosi si impara sicuramente di più che stando qui nella nostra sede.

Per quanto riguarda il ruolo della Regione e il

suo significato sociale e politico sono del parere che, nel pieno rispetto della peculiarità provinciale, l'istituzione regionale possa e debba, più che potere, continuare a svolgere un lavoro molto importante, questo anche al di là della gestione delle competenze ordinamentali, le quali costituiscono indubbiamente la specificità regionale.

Ho voluto esprimere queste considerazioni di carattere generale senza grandi pretese, ma con la precisa volontà di offrire, da parte mia, almeno un giudizio e un contributo su questo dibattito.

Senza entrare in tutti i dettagli dei molti temi offerti alla discussione, nella relazione, anche perchè dopo di me parleranno i miei compagni di gruppo, desidero ora soffermarmi su alcuni punti della stessa, che ritengo particolarmente interessanti dal mio punto di vista.

Apprendo con piacere la precisa intenzione della Giunta di muoversi per dar vita ad istituzioni previdenziali e locali. Si tratta di un obiettivo che è sempre stato vicino alle nostre aspettative, le mie in particolare, e che auspico si realizzi presto. Con tali istituti sarà così possibile realizzare anche, fra il resto, una maggiore giustizia sociale. Ed io auspico anche un qualche cosa di più di quello espresso nella relazione del Presidente e cioè la corresponsione di diritti previdenziali, in maniera direttamente ed effettivamente proporzionale al lavoro svolto nell'ambito del nostro territorio autonomo. Come ho sottolineato in proposito a suo tempo, nei miei precedenti interventi in sede provinciale due-tre anni fa, simili strumenti possono costituire elementi di incentivazione nei confronti di una popolazione laboriosa, la quale non deve veder ridotti i frutti dei propri sacrifici a vantaggio di certi, che i diritti li hanno maturati solo sulla carta.

A proposito di questo, per non polemizzare, si può riferirsi alle statistiche, dove per certe province abbiamo tre pensioni per famiglia, province che non credo sia opportuno in questo momento nominare, anche se si conoscono.

Degna di particolare nota, signor Presidente, mi pare la dettagliata analisi compiuta nel settore del credito, dove si passa dalle Casse rurali al Mediocredito. Il nostro esperto di casse rurali, il collega Tretter, credo che si intratterrà di più sull'argomento. Con riferimento alla recente mozione presentata appunto dal nostro gruppo consiliare, sono del parere che la Regione continui il suo impegno in tale delicato settore, nell'ambito del quale è necessario che le risorse locali trovino più utilizzo sul posto, senza lasciarsi prendere da sollecitazioni esterne, che, per motivi che non è necessario esplicitare in quanto sono tutti chiari, portano all'esterno mezzi che potrebbero essere messi a frutto nell'ambito regionale, nell'interesse delle nostre popolazioni.

A proposito di questo anche, signor Presidente, con tutti i mezzi possibili a disposizione, con tutta la pressione che la sua persona e la Giunta possono avere, è necessario intervenire nei confronti di quella che è una politica finanziaria centrale, sbagliata dal mio punto di vista, dove con la Banca d'Italia e le banche centrali abbiamo uno stacco fra quelli che sono gli interessi che le banche pagano a differenza di tutte le altre economie mondiali, con quello che è il rapporto svalutazione, creando con questo delle fughe incomposte di capitali interni, che cercano negli spazi dei buoni del tesoro, dei certificati di credito la maniera di salvarsi dalla svalutazione, che naturalmente non trovano, o nella borsa di Milano o nelle borse secondarie nazionali che sono nelle mani di pochi. In questa corsa il capitale viene praticamen-

te distrutto dall'inflazione, creando, a carico dei risparmiatori e degli operatori, una tassa che i crociati del mondo del lavoro in senso lato dimenticano, tassa che arriva al 10, 12 per cento, aggiungendosi alle altre tasse infinite che lo Stato e il Governo emanano in continuazione e creando una instabilità nel mondo economico con punte di investimento in settori di poco reddito, negli immobili e in mobili, alzando con questo i valori interni e creando un giro negativo, dal punto di vista anche sociale. E' bene adottare la politica seguita negli Stati Uniti, quantunque si è visto che il dollaro punta al mercato libero, cioè che segue l'inflazione, ha sostenuto la borsa di Wall Street, e sostenere la borsa di Wall Street vuol dire sostenere le aziende, costringendo le aziende europee a una mezza crisi contro tutte le teorie dei Galbraith e tutte le altre teorie economiche.

Ciò vuol dire che almeno in parte bisogna copiare da questo sistema: non staccare troppo quelli che sono gli interessi sul capitale da quella che è la svalutazione e cercare una via di mezzo per salvare, copiando dagli altri, una situazione interna, che sinceramente è disastrosa. Teniamo presente che in tutti gli altri stati, cominciando dalla Svizzera, dove la svalutazione è dell'1 - 2 per cento, le banche pagano il 3 per cento. Nell'Austria la svalutazione è del 5 - 6 per cento, le banche pagano il 6 e mezzo, il 7 per cento. In Germania la svalutazione è del 6 per cento, pagano il 7 per cento. Negli Stati Uniti, dove la svalutazione è del 18 per cento, pagano il 21 per cento. Da noi, dove la svalutazione è del 22 per cento, pagano il 10 per cento, solo da noi. Questa è una politica antieconomica, falsamente sociale, perchè dopo si ripercuote negli immobilizzi che dicevo prima e che porterà sicuramente a un fallimento nazionale.

Prego il Presidente, come rappresentante nella Giunta di un territorio autonomo, di far presente e di premere nelle sedi dovute anche in questa direzione.

A pag. 38 si fa un esplicito riferimento alla possibilità offerta al Consiglio regionale di ricorrere a voti, a disegni di legge-voto da indirizzare al Parlamento. Siamo anche noi del parere che la Regione utilizzi questo strumento, in quanto, lo abbiamo visto tante volte, oltre alla affermazione del principio autonomistico, consente di affrontare e risolvere particolari situazioni locali, non regolabili direttamente con l'utilizzo di competenze attribuite ai nostri enti autonomistici. Ed è vero che Roma, a parte casi sporadici, come il recente Voto sull'editoria che è stato positivo, non è probabilmente molto attenta e sensibile a tali sollecitazioni; ma ciò non deve assolutamente scoraggiarci e distoglierci dal cercare di battere questa via per rendere effettivamente possibile le applicazioni delle varie norme, con strumenti di integrazione, mediante leggi-voto da indirizzare al Parlamento stesso.

I dati riportati in merito all'applicazione dell'imposta di soggiorno istituita dall'ente regionale sono veramente lusinghieri, a modo mio di vedere, e testimoniano il valore e l'efficacia di interventi con strumenti autonomistici. Questo è proprio un caso specifico di intervento autonomistico, della legge finanziaria autonomistica.

I gettiti di tale imposta incentiveranno indubbiamente l'attività turistica locale, ma ciò che più vale, come ebbe a dichiarare l'assessore Müller, — che con tanta sensibilità, bisogna che lo dica, ha promosso questa iniziativa legislativa, — è il fatto che arrivano mezzi finanziari direttamente nelle tasche dei comuni e degli enti e associazioni locali, che possono vedere da vi-

cino i loro problemi e che li conoscono e che da quella sede possono risolverli. Questo mi sembra una cosa oltremodo positiva.

Un altro punto qualificante sono le norme del coordinamento del catasto urbano e libro fondiario, e vedo che il Presidente ha l'intenzione di continuare su quella strada per risolvere quello che il dualismo fra Libro fondiario e catasto fondiario ha creato fino ad oggi, cioè una serie di inconvenienti, nel senso che da una parte veniva trascurato l'aggiornamento immediato delle mappe e delle superfici, e dall'altra la trascrizione e gli aggiornamenti dei nuovi titolari dei diritti di proprietà, creando un caos spaventoso, in cui abbiamo visto 70 mila, e forse più, pratiche non definite con scompenso della conoscenza e anche per una dichiarazione di proprietà dell'individuo.

L'unica osservazione che potrei fare è che le modalità per portare avanti questo discorso saranno più positive se saranno affidate ai funzionari del Libro fondiario, perchè più preparati in questo campo e più qualificati.

Per quanto riguarda la revisione degli estimi catastali credo non siano necessari particolari richiami. Tutti conosciamo le enormi anomalie e sperequazioni, e pertanto è veramente necessario che la Giunta operi attivamente per un aggiornamento in questo settore. Il rifacimento della rete geodetica è importantissimo e basilare per sostituire l'attuale sistema catastale, dove l'unico punto di riferimento è la mappa e senza un punto di riferimento specifico nella mappa stessa e senza i collegamenti sul terreno non si può impedire il sorgere di tutte le cause civili in questo campo. Gli unici punti di collegamento sono i vecchi cippi che ormai sono di cento anni fa, duecento anni fa, vediamo ancora scritto Maria Teresa ecc., cose che fanno

parte dell'antichità. In ogni modo con il catasto numerico, auspicato dalla Regione, si avranno domani le coordinate analitiche, le assisse, le coordinate, con le quali sarà individuato immediatamente il punto che oggi invece è aleatorio per quello che è il rilievo e per quelle che sono le scale nel 1880 molto imprecise. Questo è un fatto tecnico di vitale importanza. Se gli Sloveni hanno fatto dei confronti credo che avranno visto il diverso funzionamento fra là e qui o fra quello che è l'Austria e qua.

Ma punto determinante di tutto ciò, signor Presidente, è il lavoro che deve essere fatto seriamente e da specialisti, è sempre quella la questione; specialisti che non vuol dire di grande titolazione, ma invece di grande esperienza, e che conoscano e siano tecnici degli strumenti, che conoscano gli strumenti sofisticati che sono oggi necessari per i rilievi geodetici di una rete, che deve essere fatta con fotogrammetrie, con strumenti a luce notturna, con apparecchi speciali che non sono più i tacheometri e le tavolette pretoriane che venivano adoperate 100 anni fa dal corpo boemo dei rilevatori, dal nome Boemia che a suo tempo ha fatto il rilievo delle nostre zone.

In ordine ai punti precisi del programma legislativo ritengo che affrontare problemi come quello dell'ordinamento dei comuni, che è l'ultimo, e lo sviluppo della cooperazione risponda ad esigenze vitali per la nostra popolazione. Per quanto riguarda i comuni, Presidente, una particolare raccomandazione desidero formulare in ordine, ad esempio, ai controlli e ai contratti. Ed a proposito di attuazione di progetti legislativi vedo con piacere e soddisfazione che la Giunta ha espresso la chiara volontà di uscire maggiormente in periferia, prima di definire le varie iniziative.

Presidente Pancheri, dico con soddisfazione che esce in periferia, anche perchè tale orientamento viene incontro a una sollecitazione, che proprio da questo banco feci l'anno scorso in questo senso e in questa sede, sul bilancio proprio di previsione dell'anno scorso. Questa è una questione veramente positiva: il contatto con la base.

Avviandomi alla conclusione ritengo veramente che la relazione del Presidente della Giunta sintetizzi uno sforzo teso a valorizzare la nostra autonomia e a dare un volto dignitoso alla Regione. Una Regione che deve trovare anche maggiore attenzione fra la nostra popolazione, senza dubbio, la quale talvolta vede l'utilità di un ente nei benefici che lo stesso può fornire in termini di contributi finanziari o di altri benefici diretti. Questo purtroppo è un atteggiamento fuorviante e in proposito credo che la Regione potrebbe svolgere una azione utile nel senso dell'educazione autnomistica anche nelle scuole.

Il Presidente Pancheri ha espresso viva preoccupazione per la difficile situazione nazionale toccando problemi delicati e scottanti come quello degli scandali e della moralizzazione. Gli scandali li conosciamo tutti, questi sono gli ultimi; lo scandalo numero due del petrolio, prima c'era lo scandalo numero uno del Belice, Fiumicino, Venezia, i terremotati, anch'io sono del parere però che certe accuse in una sola direzione non sono sostenibili.

Qui si tratta eventualmente di valutare il sistema istituzionale nel suo insieme, come tante volte anche in questa sede abbiamo sostenuto: il sistema nel quale dominano le partitocrazie, l'abbiamo detto cento volte, che spesso sono alla base di molti mali, perchè queste partitocrazie divise in correnti devono essere sostenute con sol-

di che si devono da qualche parte raccogliere e queste parti sappiamo quali sono. Dunque, anche una certa moralizzazione nel potenziamento delle autonomie nazionali, non solo della nostra.

In tale contesto apprezzo il riferimento a un ruolo delle regioni come baluardo, anche contro, proprio, una situazione nazionale, che va progressivamente aggravandosi.

Abbiamo visto il ruolo di queste Regioni anche nel recente terremoto, le quali, al di là del pachiderma Stato, sono scattate proprio loro con l'agilità che contraddistingue una zona delimitata, un controllo diretto di espressione anche popolare, tale che consente immediate decisioni e immediati interventi, come ci sono stati in occasione di questo terremoto. Ecco il valore delle regioni autonome in senso lato e in senso anche nazionale.

Sono convinto appunto che solo le forze delle Regioni riusciranno a salvare il paese nostro che va verso la paralisi, l'Italia potrà salvarsi solo attraverso questo cambiamento istituzionale, e più che cambiamento istituzionale sulla carta, attraverso un potenziamento, in questa direzione, dei vari ruoli.

E' con questo spirito e questi propositi che esprimo un giudizio complessivamente positivo sulla relazione del Presidente Pancheri, invitando l'esecutivo a portare avanti la sua battaglia per l'autonomia e per la pacifica convivenza.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Achmüller)

PRESIDENTE: Das Wort hat der Abgeordnete Fedel.

La parola al cons. Fedel.

FEDEL (Segretario questore - P.P.T.T.-U.E.): Signor Presidente, signori colleghi, la lettura di questa relazione del Presidente della Giunta Pancheri mi ha un po' messo in difficoltà, per la sua ampiezza e per la quantità di argomentazioni portate, dove talvolta le une anche contraddicono le altre, oppure troviamo facilmente delle battute di una certa volontà di andare avanti, andare avanti in senso autonomistico, quindi in senso positivo secondo il nostro giudizio, seguite però da una piccola retromarcia alla fine del discorso che cerca un po' di blandire le affermazioni coraggiose e da noi ritenute giuste.

Altro problema. In questa relazione si parte dal discorso della solidarietà al problema dello sfascio dello Stato e delle istituzioni, agli scandali, e infine ci si rivolge, per ben due volte verso la fine, ai consiglieri, cosa che non è comune, proprio a dimostrazione, secondo il nostro punto di vista, che questa relazione è stata assai studiata, assai sofferta, è stata stesa forse più di una volta, è stata rivista e corretta alla luce di esigenze e di posizioni che venivano a galla all'interno evidentemente della Giunta.

Su questo niente da dire, è evidente; diverse forze politiche, per la verità tre, compongono questa Giunta e chiaramente quello che era il principio forse originario della relazione, impostato certamente dal Presidente, ha dovuto poi subire qualche variazione nel tempo e nella sua stesura in modo particolare, sotto il profilo concettuale.

Io ho sottolineato nella relazione più volte alcune parti che andrò via via commentando, se l'espressione è esatta, riprendendo quindi i passi che maggiormente mi parevano fossero degni di una sottolineatura per indicare il nostro assenso o dissenso attorno a queste afferma-

zioni, anche se fin d'ora debbo dire, come già detto dal nostro collega Zanghellini, che la valutazione complessiva e generale non possiamo che definirla positiva, in quanto evidentemente troviamo un serio impegno ad una ricerca del miglioramento e dei rapporti interregionali e dei collegamenti con le altre regioni vicine, e per quanto riguarda lo sfruttare fino in fondo il discorso autonomistico, che al partito delle due stelle alpine preme assai, anzi ritiene che sia proprio la sua funzione politica da svolgere quella di incentivare in continuazione i problemi dell'autonomia.

Per quanto riguarda il problema della solidarietà io credo che qui si rivolga non solo alla solidarietà per quanto riguarda i terremotati, ma anche alla solidarietà nazionale in questo difficile momento che sta attraversando la nostra terra, la nostra nazione. Noi per quanto riguarda la solidarietà nei confronti dei terremotati credo che non abbiamo bisogno di riesprimerla, siamo perfettamente d'accordo, però vogliamo mettere in guardia, anche alla luce delle prime esperienze, gli enti pubblici a stare attenti a non cadere anch'essi in mano a quegli sciacalli, a quei trafficanti che oggi ci sono in giro, che approfittano delle disgrazie altrui per fare la loro fortuna. E' molto facile che enti si lascino, o per comodità o per una cosa o per l'altra, invischiare in transazioni che non hanno granchè di pulito.

Quindi cerchiamo di mettere in guardia gli enti, anche di fronte a questo clima di diffidenza che ci viene portato e posto proprio da coloro che hanno vissuto in loco la situazione. Basta parlare con chi è andato in quelle terre e vi è ritornato per comprendere come si debba star assai attenti.

Per quanto riguarda il suo timore che la struttura stessa dello Stato sia in discussione, sia in

grave pericolo, in modo particolare perchè il PCI cerca di spazzar via la DC e mettersi al suo posto, mettersi al posto della stessa a guidare il Governo italiano, noi diciamo subito che per noi il pericolo non sta in questo. Evidentemente siamo antimarxisti e non vogliamo che vada al potere il partito nella cui autentica democraticità non crediamo, ma crediamo che la soluzione del problema non stia in questo, non stia nel cambiare quest'uomo o quell'uomo, non stia nel cambiare questo partito al posto di quell'altro partito, ma per noi la crisi è istituzionale. Abbiamo più volte detto che è necessario che l'Italia da paese centralista diventi un paese veramente autonomista, un paese federalista. E lei in questa sua relazione ricorda che le Regioni sono la base e le radici della democrazia. Il sistema centralista italiano ormai ha fatto il suo tempo e quello che dobbiamo fare è cambiare la Costituzione e trasformare lo stato italiano in stato federalista, in stato autenticamente autonomista. Solo in questo modo possiamo metterci al riparo da tutto quello che è fin qui successo e accaduto e che speriamo non debba più accadere.

Quindi, per quanto riguarda il nostro atteggiamento di fronte al partito comunista che vuol prendere potere, noi dobbiamo distinguere: evidentemente se l'elettore italiano dovesse dargli la maggioranza relativa, chiaramente diverrebbe il partito di maggioranza relativa, cosa che noi politicamente non vediamo di buon occhio e sapete come il PPTT si sia battuto, anche qui nel Trentino, in modo particolare nella città di Trento, di fronte ad un possibile compromesso storico. Noi siamo stati gli unici che con chiarezza avevamo combattuto.

E mi pare, leggendo la relazione di Pancheri nelle prime pagine, che anche lui si sia accorto

finalmente che cos'è il comunismo e quale struttura intende portare avanti.

Mi pare che abbiamo anche oggi sotto gli occhi qualche esempio, vediamo il pericolo che stanno correndo gli amici della Polonia, ai quali evidentemente va la medesima solidarietà, come l'abbiamo data per altre nazioni e per i terremotati.

“Se consideriamo” — scrive qui il Presidente — “che l'obiettivo primario della Regione è quello di garantire la pacifica convivenza tra popolazioni che convivono sul territorio regionale, si evince chiaramente come gli organi di questa istituzione non possano fare a meno di esprimere profonda preoccupazione per fatti il cui sviluppo potrebbe interrompere o compromettere o comunque rallentare un paziente impegno di lavoro”.

Anche noi, signor Presidente, condividiamo la sua preoccupazione e siamo certi che la Regione ha un compito fondamentale, proprio quello di garantire la pacifica convivenza, anche se non possiamo negare che ci sono dei motivi per i quali qualcuno ha diritto e titolo a lamentarsi, senza con questo giustificare minimamente e in modo assoluto la forza, oppure creare dei problemi più grossi di quelli che non sono in effetti.

Qualche ombra c'è, lei dice, c'è stata, abbiamo visto l'intervento del ministro austriaco Pahr e dobbiamo dire che, se ben osserviamo, il trattato Degasperi-Gruber dà una competenza all'Austria per tutelare, per vigilare attorno alla nostra autonomia. Quindi un intervento forse poteva essere fatto più felpato, forse poteva essere fatto in altro modo, ma la titolarità dell'intervento noi non la possiamo assolutamente negare. Anche perchè lei stesso, sia nella relazione al precedente bilancio, come anche in

questa dichiara di non essere d'accordo sul fatto che la nostra autonomia abbia fatto un passo indietro, però nel contempo lei ha messo in guardia il Consiglio sul fatto che c'è una vera minaccia invece dal punto di vista legislativo da parte dello Stato per comprimere la nostra autonomia. Evidentemente cito le leggi-quadro che talvolta coartano, legano, stringono, impediscono alla nostra autonomia di evolversi. Questo lo ha detto anche lei e noi lo ribadiamo.

C'è veramente questo pericolo, non siamo qui a dire che c'è stato un passo indietro, ma un pericolo per il futuro si fa presente, e l'abbiamo anche constatato. Vediamo quante leggi vengono respinte dallo Stato sia alla Regione, come alle Province. Quindi il parlare un po' di questa cosa non nuoce certamente.

Lei poi sottolinea a pag. 4, in modo particolare, di aver posto la propria attenzione in un comparto della nostra Regione e si riferisce evidentemente al Sudtirolo. Io le vorrei dire che ciò è giusto che sia fatto, perchè lì il momento di maggior tensione e di maggiore delicatezza esiste, però non possiamo negare che esistono problemi anche nel nostro Trentino, problemi che potrebbero portare a tensioni. Vorrei ricordare la mancata soluzione dei riconoscimenti etnici alla Valle del Fersina e a Luserna, cosa che già è stata oggetto di lungo dibattito nel nostro Consiglio regionale e che sarà dibattuto nelle prossime settimane, in quanto abbiamo presentato un disegno di legge-voto come gruppo consiliare, proprio su questo tema ancora. E vorrei ancora ricordare, come anche lei ricorda, che c'è un'altra valle che aspetta da tempo un proprio giusto riconoscimento e mi richiamo evidentemente alla Valle di Fassa. Ma ancora altre cose rimangono, oltre questi due problemi delle minoranze etniche. Ricordiamo

la continua massiccia immigrazione di gente fuori provincia, che viene qui o a occupare i nostri posti di lavoro, oppure addirittura viene qui a non fare niente e a vivere di espedienti, è sempre più larga questa fetta di gente che arriva nel nostro Trentino a non fare niente e a vivere di espedienti. E' anche questo un problema che va attentamente esaminato perchè a lungo andare porterà, come singolarmente vediamo già da qualche fatto, porterà certamente a delle tensioni.

Altro problema molto importante ancora da risolvere nel Trentino, pur con tutti i problemi e l'accento che ha messo per quanto riguarda il Sudtirolo, abbiamo ancora da risolvere il problema dei ripetitori TV, della ricezione dei programmi esteri. Lei sa benissimo, signor Presidente, come io sia stato denunciato dal Ministero delle Poste e telecomunicazioni per aver messo un ripetitore in val del Fersina perchè la gente di quella valle possa vedere i programmi di lingua tedesca. Lei sa che io avevo chiesto di essere legittimato dal Ministero delle poste e telecomunicazioni, non essendo pervenuta la richiesta autorizzazione, il sottoscritto è stato denunciato davanti al pretore di Borgo. Ciò dimostra una scarsissima sensibilità politica da parte di certi organi statali attorno alle problematiche specifiche del nostro Trentino; questo della ricezione dei programmi esteri è evidentemente un problema che noi intendiamo non solo lasciare alla Provincia autonoma di Trento, ma intendiamo caricare anche sulle spalle della Regione Trentino-Alto Adige, proprio a seguito delle competenze che ci dà quel quadro politico, come noi lo vogliamo individuare, e secondo le affermazioni stesse fatte dal Presidente in merito appunto a questo. Lei si lamenta, e giustamente, signor Presiden-

te, che "delle sue finalità e dell'importanza storico-politica del momento ordinamentale come specifico della Regione non trova udienza neppure nella coscienza di strati illuminati, che pure dovrebbero contribuire ad informare correttamente l'opinione pubblica".

Io condivido con lei questa preoccupazione.

La situazione giuridica della nostra Regione non è purtroppo capita, nè dagli illuminati e neppure dall'opinione pubblica. E qui dobbiamo fare un appunto: non corre dubbio che ciò è dovuto al fatto che siamo in una crisi ideale e in una crisi culturale, abbiamo crisi ideale e crisi culturale ed ecco perchè si verifica lo svuotamento da una parte, come dice lei, e l'allargamento dall'altra, allargamento della Provincia e svuotamento della Regione. Ridiimensionamento e svuotamento, perchè? Rendiamoci conto, la crisi ideale e culturale oggi conta non in quanto si esprime, ma in quanto si ha in tasca. Sostanzialmente la Regione non è valutata nel giusto senso, anzi è accantonata, proprio perchè non ha a propria disposizione un bilancio che sia un bilancio dignitoso. Non può erogare servizi, non può erogare contributi, non può in poche parole dare soldi, non potendo dare soldi ecco che viene svalutata, mentre viene evidentemente gonfiata la Provincia. Abbiamo abituato per troppo tempo la nostra gente a valutare poco gli ideali e molto il materiale, ecco perchè ci troviamo di fronte a questa crisi. Ma mi pare che verso la fine di questa sua relazione lei cerchi di recuperare questa spinta ideale. Dirò poi che dobbiamo anche sottolineare che anche all'interno del nostro Consiglio molti consiglieri vedono in senso negativo, sopportano quasi, oppure non si sforzano di dare un taglio e una dimensione alla Regione. Mi ricordo, per esempio, quando in Ufficio di

Presidenza, nessuno me ne voglia, parlavo a favore della situazione dei consiglieri per aggiornare, rivalutare, rivedere certe cose. Un discorso lo farò poi evidentemente più ampio discutendo sul bilancio del Consiglio regionale, ma anche qui forse va sottolineato un po' quando cerco di spingere in questo senso, dicendo che abbiamo la funzione di amministratori dei consiglieri, giuridicamente siamo consiglieri regionali, quindi dobbiamo fare il nostro compito come Ufficio di Presidenza della Regione, anche nell'ultima riunione dell'Ufficio di Presidenza, o la penultima, non ricordo, ho avuto da parte del Presidente del Consiglio, avv. Paris, una risposta che non mi è piaciuta: cioè quella che "ormai la Regione non ha più niente da fare, non ha più competenze, rivolgetevi quindi alle Province". Questo non significa evidentemente valorizzare né il Consiglio regionale né la Regione; se giuridicamente siamo consiglieri regionali è giusto e corretto che l'Ufficio di Presidenza, anche indipendentemente dalle competenze che ha da amministrare il consigliere a livello di Consiglio regionale, debba tenere in considerazione queste richieste.

E questa rivalutazione, oppure questa giusta inquadatura della Regione verrà fatta soltanto quando saremo veramente coscienti della sua funzione.

"La Giunta è convinta che né politicamente, — si afferma a pag. 7 —, né in prospettiva storica, e neppure operativamente, in termini di immagine, sia questa la strada da percorrere o da convalidare passivamente, se altri intendessero trascinarvici".

Il Presidente della Giunta spezza una lancia contro coloro che volessero distruggere evidentemente la Regione; io credo che non ci sia nessuno che effettivamente vuole distrug-

gere la Regione, ma invece ci siano quelli che in un certo senso cercano di ridimensionarla, secondo quanto stabilito dallo statuto di autonomia. Noi siamo su questa strada, siamo per dare alla Regione la giusta dimensione, senza volerla evidentemente e ulteriormente sminuire. "Al di là del momento del trapasso da una condizione all'altra, la Regione va vista in positivo e, nonostante tutto quello che si pensa e che si dice, essa ha sufficienti spazi non del tutto esplorati ma sempre più emergenti nei quali esplicitare la propria presenza politica continuativa, al di là degli aspetti strettamente gestionali che sono obiettivamente limitati".

Ecco, io credo che senz'altro questi spazi, che rimangono ancora alla Regione, ci sono ed è bene andare a individuarli, io dico che vanno individuati in modo particolare nell'incentivare quella corrente politica che tende all'europeismo.

Noi dobbiamo inserirci positivamente in questa corrente politica dell'Europa delle regioni, dell'Europa dei popoli; ecco lo spazio che dobbiamo, secondo il nostro punto di vista, esplorare, ma lo dobbiamo esplorare con convinzione, lo dobbiamo esplorare agendo attivamente, dobbiamo avvicinarci convinti e non soltanto partecipare tanto per dire c'eravamo anche noi. Quello che veramente bisogna fare è lanciarsi, convinti e decisi, su questa strada dell'europeismo, dell'Europa delle regioni, dell'Europa dei popoli, ed è forse il caso anche, io direi, di pensare a nuove e più ampie competenze per non rimanere indietro nei confronti delle Regioni a statuto normale.

Già ebbi a dire in Consiglio provinciale come un insigne giurista Lucifredi ebbe a dire che già le regioni a statuto normale stanno scavalcando le regioni a statuto speciale e che da

parte di qualche regione a statuto speciale ci sono già delle lamentele in questo senso, e bisognerà rivedere gli statuti e le competenze delle regioni a statuto straordinario.

Ecco quindi un altro spazio da esplorare senza perdere i nervi o senza isterismi, è quello di far sì di non trovarci indietro nei confronti degli statuti e delle competenze delle regioni a statuto normale. Questo è un altro spazio certamente sul quale possiamo addentrarci, ripeto, con serietà e con convinzione, come ebbe a dire prima il collega Zanghellini.

“In questo senso”, — prosegue ancora il Presidente — “anche quando saranno emanate tutte le norme di attuazione, se la “certezza del diritto” avrà fatto un sostanziale passo avanti nel senso della stabilità, la “certezza dei diritti” nel senso dell’attuazione e del godimento da parte di tutti i cittadini richiederà più che mai una intensa attività politica dell’istanza regionale”.

Noi condividiamo questa affermazione perchè anche quando tutte le norme di attuazione dovessero essere attuate, dovessero essere veramente una realtà, non c’è dubbio che c’è sempre la volontà da parte del Governo centrale di aver dato una mano e tolto con un’altra. Quindi funzione che noi deleghiamo alla Giunta regionale, alla Regione comunque, anche dopo la completa emanazione delle norme di attuazione, sarà quella senz’altro di vigilare affinché i diritti ottenuti, l’autonomia ottenuta non venga minimamente ad essere sminuita in nessun momento. Questo compito di vigile dell’autonomia è un compito che spetta certamente alla Regione. Dobbiamo a questo punto anche dire che noi vediamo l’autonomia non come un fatto statico che, raggiunto, non si tocca più, ma come un fatto dinamico, che deve sempre essere

studiato per migliorarlo, per renderlo più agevole, per renderlo più adatto ai tempi che vanno velocemente mutando. Quindi questo concetto è da noi condiviso, sia per quanto riguarda la Regione come guardia dell’autonomia e anche come elemento di esplorazione per migliorare questa nostra autonomia, nel senso di renderla adatta ai tempi che mutano.

Per quanto riguarda le due direttrici, quella istituzionale e rappresentativa, credo che ci sia poco da dire perchè è assai chiara la situazione; comunque nella prima parte, in quella istituzionale, emerge un problema, sul quale io non ero stato molto attento, molto accorto, nei tempi passati poche volte mi ero accorto di questo possibile attrito che poteva esserci fra le Province e la Regione.

Il Presidente della Giunta qui lo sottolinea in più passi e indubbiamente è bene evitare che le frizioni ci siano. Il suggerimento che dà lei della consultazione fra Regioni e Province potrà indubbiamente migliorare sia il prodotto legislativo dei tre enti, come anche evitare le frizioni, al fine proprio, come qui si dice, di essere uniti nei confronti dello Stato per contrattare, per avere il massimo di quanto ci spetta. Quindi una unità di intenti da parte delle due Province e della Regione è indubbiamente un fatto positivo.

Riporta poi a pag. 13 “il rapporto predisposto dal CENSIS, con il patrocinio del CNEL”: “In tale prospettiva, si collega il menzionato rapporto CENSIS, il quale parla di esigenza dello Stato delle autonomie, come momento essenziale di una articolazione dei pubblici poteri che venga incontro al crescente localismo della nostra attuale società. Comunque anche quando tutte le norme di attuazione saranno emanate ed il quadro di certezza operativa sarà completa-

mente definito, rimarranno pur sempre problemi di individuazione precisa di competenze tra Regione e Province autonome e anche tra Regione e Stato". E' chiaro che l'autonomia è in continua evoluzione, quindi noi rifiutiamo il principio della rigidità dello statuto, mentre optiamo per il principio di una legislazione statutaria in evoluzione, che si sappia adattare alla realtà. In questo senso mi pare anche il rapporto CENSIS cammina, cerchiamo di usarlo quando ci avviciniamo a contrattare con il Governo, cerchiamo di dire che non è soltanto sufficiente scrivere e parlare bene, ma soprattutto è importante, coerentemente con quanto si è detto e scritto, anche operare. Questo credo sia doveroso da parte della Giunta farlo presente, perchè solamente scrivere e far rapporti non è sufficiente.

A pag. 16 poi si ricorda: "In questo equilibrio si collocano i programmi e le iniziative della Giunta regionale: affermare la continua vigilanza ed una attenta presenza nelle sedi parlamentari onde evitare che le leggi dello Stato non tengano conto delle specifiche competenze regionali e, nel contempo, salvaguardare le competenze stesse da qualche inconsapevole invadenza delle Province autonome le quali, spesso preoccupate di disciplinare compiutamente un settore ad esse riservato, rischiano talvolta di dettare qualche norma che, attraverso la strade della consultazione e della collaborazione, potrebbe essere riconosciuta di competenza regionale e quindi, in modo concordato, emanata anche a sostegno ed a difesa di competenze provinciali".

Quest'ultimo concetto l'avevamo già sottolineato; comunque, la prima parte, quello cioè di essere maggiormente presente nelle sedi parlamentari, credo sia un compito e un dovere della Giunta regionale, ma anche il Consiglio re-

gionale nella figura del suo Presidente e dell'Ufficio di Presidenza. Credo sia giusto, da parte della Giunta regionale, avvicinarsi a chi ha il potere a Roma per far presenti le nostre ragioni, per vigilare affinché queste nostre ragioni, questi nostri diritti abbiano a non essere conculcati, abbiano a non essere ristretti, al fine di mantenere il più possibile ottimi rapporti.

Naturalmente non soltanto questo intervento deve essere fatto dalla Giunta regionale, ma la Giunta regionale deve rivolgersi anche a tutti i parlamentari della nostra Regione, affinché facciano, nella sede dovuta, Parlamento e Senato, quanto è doveroso fare, proprio per il rispetto e la valorizzazione dei diritti dei nostri cittadini.

"Sono convinto — dice proseguendo il Presidente — che, nonostante il margine obiettivo di incertezza che talora può esistere, come ho già avuto modo di esprimere, il nostro Consiglio potrà procedere, a far sì che l'equilibrio dei rapporti tra i tre enti autonomi rimanga inalterato in modo che gli stessi possano più attentamente dedicarsi ad impedire che lo Stato eroda, con leggi di riforma o di principio, le sfere di competenza regionali e provinciali".

Abbiamo già sottolineato questo concetto, è chiarissimo che bisogna che ci sia questa consultazione, al fine di non far sì che ci presentiamo come enti autonomi divisi nei confronti della controparte, lo Stato, il quale è sempre pronto a toglierci le nostre competenze. Abbiamo visto nel caso della legge per l'assegno ai sindaci, legge comunque che abbiamo riapprovato, e quel gesto lo riteniamo positivo e indirizzato in senso direttamente autonomistico. Un problema interessante che ci pare di sottolineare è questo, riguarda il rapporto Giannini: "Inoltre il documento impegna il Governo alla

riforma dell'ordinamento delle autonomie locali, per adeguarlo alle previsioni costituzionali, alle accresciute competenze, al ruolo che le autonomie devono svolgere per avvicinare il potere ai cittadini, per vivificare il momento partecipativo, per dare maggiore saldezza alle radici della democrazia".

Ecco noi questo discorso, signor Presidente, l'abbiamo fatto sempre in quest'aula, abbiamo sempre detto che le autonomie sono un fatto necessario, necessitante per far sì che la nostra terra possa camminare in senso positivo, mi rivolgo non soltanto alla nostra terra, ma mi rivolgo a tutta l'Italia e sarà la maggior garanzia contro ogni tentativo di dittatura. Maggiore saldezza, lei dice, alle radici della democrazia, certamente; quando la democrazia la diamo da custodire al popolo certamente essa sarà in buone mani e naturalmente quando parliamo di darla in mano al popolo vogliamo con ciò significare che essa va data in mano agli enti locali, che sono il primo antidoto per ogni e qualsiasi tentativo di rigurgito dittatoriale.

Un fatto ancora molto interessante che ci pare di dover sottolineare, perchè l'abbiamo più volte anche noi sottolineato, anche se non siamo stati ascoltati, è quello del ruolo del comune.

"Che l'esecutivo regionale intenda, come obiettivo di fondo, esaltare il ruolo del Comune come ente autonomo originario e vitale nell'ambito del disegno complessivo dei ruoli degli enti autonomi, non è una volontà che viene espressa qui oggi, in presenza di un generale orientamento delle forze politiche indirizzate in questo senso. E' un principio di pensiero e di azione politiche che abbiamo già espresso a chiare lettere nella precedente relazione al bilancio all'inizio del 1980".

Qui non posso non sottolineare come anche

la nostra forza politica, pur dai banchi dell'opposizione, aveva sollecitato, più volte e con accanimento anche, che va rivalutato il ruolo del comune. E quindi siamo soddisfatti di vedere qui ripetuto quanto è nostra convinzione, ma, ripetiamo, non sono soltanto i buoni propositi espressi che ci accontentano, ma vogliamo vedere anche la realizzazione di queste intenzioni e di queste direttrici politiche.

"Va peraltro anche sottolineato che la competenza regionale si muove nell'ambito del disposto dell'art. 5 dello Statuto speciale di autonomia e quindi si tratta di una competenza secondaria che incontra il limite dei principi delle leggi dello Stato".

Ecco qui un altro scoglio: quello dei limiti che continuamente ci pone lo Stato tramite la legislazione secondaria, della quale noi abbiamo diritto. Ebbene, noi diciamo che in quest'ottica di migliorare e rendere più adeguata l'autonomia della nostra Regione e delle nostre Province, è bene che ci si muova con criterio, ma con decisione, a far sì che tutta la legislazione o il più possibile della legislazione secondaria diventi legislazione primaria, cioè competenza primaria. Questo è il nostro messaggio, altrimenti anche fra un anno, fra dieci anni ci troveremo qui ancora a dire che qui non possiamo intervenire perchè abbiamo legislazione secondaria, competenze secondarie. Quindi trovato, enucleato il limite che ci pone lo Stato, noi come partito autonomista proponiamo che si vada avanti, al fine di far sì che le competenze secondarie diventino competenze primarie, perchè solo in questo modo la nostra autonomia non sarà monca, ma la nostra autonomia sarà completa.

"Ora senza subordinare la competenza legislativa regionale a quella statale, pare alla Giunta regionale opportuno procedere con un

metodo di raccordo in modo che, non appena in sede parlamentare saranno delineati i principi fondamentali della nuova disciplina degli enti locali, la Regione possa procedere con la propria legge di ordinamento".

Signor Presidente, all'inizio dicevo che tante affermazioni che in un primo momento ci piacevano qualche volta vengono poi contraddette, questo è uno dei casi specifici. Nel momento nel quale lei afferma di dover organizzare su un nuovo modello il ruolo comunale, viene però, a pag. 27, a dire che deve aspettare lo Stato. Io posso anche essere d'accordo che magari strettamente giuridicamente bisogna aspettare lo Stato, ma dico che la politica è qualche cosa che deve andare oltre, come fantasia e come tentativo, anche dallo stretto giuridico, perché altrimenti se aspettiamo lo Stato in questo senso, in questo senso credo che dovremmo dire "campa cavallo che l'erba cresce". Sarebbe una delusione anche per le nostre genti, è giusto quello che lei dice: andiamo in periferia, andiamo a confrontarci con i sindaci, con le rappresentanze politiche, con le rappresentanze sociali ecc. e quindi presenteremo la nostra bozza di legge, sentiremo quanto essi dicono e poi naturalmente aspetteremo lo Stato. E che cosa dirà lo Stato? Lo Stato magari dirà poi di no, e allora ecco che avremo creato un momento di delusione nella nostra gente e la Regione non ci guadagnerà certamente.

Quindi va spiegato un po' il discorso.

"E' nostra convinzione infatti che l'intervento legislativo in materia di ordinamento dei comuni rappresenti una tappa fondamentale della autonomia".

Siamo mille volte d'accordo con lei su questo, signor Presidente, però questo, io ho scritto qui a margine, lo deve andare a spiegare anche a

Roma, si deve far capire anche a Roma, perché credo che a questo livello e in questo senso lei è certamente compreso e certamente accettato. Ma rimane sempre questa necessità di continue pressioni, senza falsi pudori, nei confronti dello Stato centralista, il quale, alla luce degli scandali e alla luce anche del terremoto, della disgrazia del terremoto certamente, e lo vedremo poi qui nella sua relazione, tenterà senz'altro con queste scuse valide in un certo senso, ma non comunque accettabili, cercherà di bloccare e di comprimere la nostra autonomia.

Per quanto riguarda la regolamentazione del cooperativismo e delle camere di commercio, indubbiamente queste vanno portate al passo con i tempi, sia le une che le altre, stiamo attenti però perché dal mondo cooperativistico si sollevano troppe volte delle lamentele riguardo a questi istituti, che dovrebbero essere degli istituti importantissimi, degli istituti modello, delle associazioni modello, ed invece troppe volte gli associati si lamentano che queste sono eccessivamente politicizzate, che si inserisce personale alla guida più per meriti politici che non per capacità, che scarsa è la democraticità che a volte si usa appunto all'interno di queste associazioni cooperative.

Quindi il rinnovamento del cooperativismo è un dato positivo, perché sappiamo come il cooperativismo sia una colonna portante della nostra economia ad ogni livello, però cerchiamo di far sì che rimangano cooperative nel senso originario del loro termine e non che diventino strumenti, senza voler ricalcare concetti triti e ritriti, strumenti di potere oppure strumenti di inefficienza, anziché di efficienza. Le cooperative dovrebbero essere un sistema per sottrarre il piccolo agricoltore e cooperatore alla rapina del privato, ma se invece vediamo alla fine che il singolo riesce ad ottenere maggiormente più dal privato che non dal cooperativismo, evidente-

mente in quel momento abbiamo annullato il senso e lo spirito delle cooperative.

Per quanto riguarda le camere di commercio, e qui potrei ricollegare il discorso all'Accordino anche, è indubbio che esse vanno valorizzate e la loro presenza all'estero deve essere maggiormente sentita e maggiormente incisiva.

Questa terra ha bisogno di far conoscere i propri prodotti per esportarli, perchè sempre più difficile è la collocazione sul mercato interno, quindi le camere di commercio devono divenire due enti molto agili ed efficaci, al fine di favorire la esportazione dei nostri prodotti all'estero.

In questo senso credo che dovrà essere rivisto quello che è l'attuale ordinamento delle stesse.

Per quanto riguarda l'art. 6 e cioè la competenza in materia di protezione dei lavoratori, sia dipendenti che autonomi, nei casi di infortunio, malattia, invalidità e vecchiaia, disoccupazione involontaria ecc., l'avevamo detto più e più volte che bisognava intervenire ancora prima per correggere e migliorare le prestazioni e le strutture dello Stato attualmente esistenti. Non so comunque come faremo ad inserirci in questo senso, perchè dobbiamo tener anche in considerazione, quindi qui rimane un po' il mio dubbio, non so come faremo ad inserirci, considerata la riforma sanitaria della Provincia di Trento e della Provincia di Bolzano, per integrare quanto fa lo Stato. E' una cosa importante e dignitosa, nel senso che il compito della Regione è tutelare il meglio e il benessere e la sicurezza e le garanzie dei propri cittadini.

Ed ora arriviamo ad un altro punto: il credito. Non vorrei dilungarmi molto, però non posso non fare a meno di esprimere qualche sottolineatura.

"Finalmente va qui detta una parola molto

precisa in tema di ordinamento delle aziende di credito a carattere regionale proprio per esprimere quali sono gli orientamenti della Giunta in questa materia di particolare complessità e di estrema delicatezza". Lo sappiamo e lo abbiamo già portato qui con una mozione. Abbiamo discusso altre volte, anche in Consiglio provinciale e in altre occasioni. Il problema nodale, vediamo qui, è quello della raccolta del risparmio, fino a un certo punto lo Stato ci consente di fare qualche cosa, ci consente di muoverci.

"Nel D.P.R. n. 234 del 26 marzo 1977, hanno individuato la figura delle aziende di credito a carattere regionale e hanno anche indicato i poteri che possono essere esercitati dalla Giunta regionale, ma hanno altresì ribadito che resta ferma la competenza dello Stato e della Banca d'Italia per tutto quanto riguarda la disciplina della raccolta del risparmio, nonché il controllo e vigilanza sugli enti e aziende di credito a carattere regionale".

Io credo che qui stia proprio il cavallo di Troia, punto debole, perchè ci lasciano le libertà, però il sangue lo vogliono loro, il risparmio lo vogliono loro, ed ecco infatti che lei deve ammettere che molto del nostro risparmio va a finire fuori provincia, va a finire altrove e noi siamo qui impantanati senza avere possibilità di interventi finanziari, tanto che a un certo punto lei propone che al Mediocredito vengano associate anche il movimento delle casse rurali e delle banche popolari della Provincia di Bolzano.

Io non posso esprimermi molto in materia perchè non sono tecnico, però non vorrei che qui si vedesse un trabocchetto invece. Siccome il Mediocredito è inoperante, dice, per mancanza di capitali, "è ben chiaro che tale operazione va vista con un'ottica che deve guardare al di

ità della modestia della partecipazione percentuale di quei settori bancari al patrimonio del Mediocredito”.

Il Mediocredito praticamente non ha la capacità di agire ed allora associamo a questo le banche popolari della Provincia di Bolzano e le casse rurali, visto che siamo bloccati per quanto riguarda la raccolta del credito, per passarli al Mediocredito.

Questo è un discorso che mi pare che si può cogliere qui, cioè imbrigliare un'altra volta le casse rurali. E' ciò che noi non vogliamo evidentemente, non vogliamo che si tolga ancora possibilità di spazio e di azione alle casse rurali, per dare possibilità operative ad altri enti. Noi crediamo invece che vada fatta tutta una battaglia a favore delle casse rurali per consentire che esse possano operare, anche se il decreto citato oggi non lo consente; non vuol dir niente se non lo consente, la legge la fa l'uomo e la possiamo cambiare in questo senso credo, perchè non so se la soluzione di agganciare le casse rurali alle banche popolari della Provincia di Bolzano possa essere un'operazione che alla fine si riveli anzichè positiva nel senso di migliorare la situazione, non serve altro che a imbrigliare ulteriormente le casse rurali, visto che già sono imbrigliate notevolmente con il contingentamento ecc.

E' una verità che credo vada meditata, e vorrei sentire appunto come si risponde in merito a questo.

Ci troviamo in pratica quasi quasi con il nostro sistema di fronte a una concorrenza sleale da parte degli altri enti, ai quali è consentito largamente operare da parte dello Stato, mentre sempre meno ci consente di operare alle casse rurali. Ed ecco perchè si nota l'esodo delle risorse del Trentino, che vanno altrove, anche se ri-

mediate, lei dice, a favore dei bilanci autonomi locali, ma rimane pur sempre un problema da affrontare, nel senso di dover individuare i nodi che impediscono il loro utilizzo a favore della economia locale. Di fronte alla crisi generale, di fronte al fatto che senz'altro lo Stato è in mora per pagare quello che ci spetta, sia per quanto riguarda il bilancio regionale che per i bilanci provinciali, è doveroso da parte nostra far sì che il risparmio locale rimanga il più possibile qui per essere investito. E in questo senso appunto va agito.

“Questi sono i propositi e i programmi che la Giunta regionale si propone per l'anno 1981: essi possono parere, per una parte, ambiziosi e per l'altra parte pur sempre destinati ad esaurirsi in atti legislativi ordinamentali”.

Questi programmi comunque, a livello di espressione ideale, sono da noi condivisi; vedremo cosa si riuscirà a fare per quanto riguarda invece il piano pratico.

Discorso delle leggi-voto. Le leggi-voto sono un ottimo strumento, che anche noi abbiamo ancora usato e ne abbiamo anzi uno proprio presente al Consiglio, però poco servono le leggi-voto se la Giunta regionale non va nelle sedi dovute a spiegare che la legge-voto è un nostro diritto, visto l'art. 35 dello Statuto di autonomia e che il Parlamento di questo nostro diritto, di questa nostra espressione ne deve tener conto. Cioè non è sufficiente votare il disegno di legge-voto e che esso vada inviato alla Presidenza della Camera, è indispensabile invece che esso venga doverosamente accompagnato e sollecitato, interessando al disegno di legge-voto tutti i parlamentari della Regione e in modo particolare evidentemente la Presidenza della Giunta e la Presidenza del Consiglio regionale.

In poche parole va sottolineato alla Presidenza del Parlamento che il disegno di legge-voto non deve essere visto come una petizione, come una supplica, ma come un atto legislativo, del quale noi ne abbiamo ampio diritto, visto l'art. 35 della legge costituzionale dello statuto speciale di autonomia.

Per quanto riguarda la legge sull'editoria direi che si potrebbe, a parte quello che si è fatto e tenendo conto del bilinguismo, l'area delle minoranze etniche ecc., sarebbe forse opportuno individuare anche ed esaminare attentamente la legge sull'editoria fatta dalla Regione autonoma della Valle d'Aosta. Loro hanno già una legge da qualche tempo e penso che tale legge potrebbe essere esaminata anche dalla nostra Regione, e anche se la situazione è un po' diversa, ma non tanto diversa dalla nostra, credo che la legge della Valle d'Aosta, potrebbe essere un modo per risolvere in parte il tema della informazione e della formazione che lei si pone in questa relazione a un certo punto.

La Valle d'Aosta ha piccoli paesi, quindi le distribuzioni dei giornali sono scarse ecc., ma essa ha trovato un sistema, che comunque non è il segreto di Pulcinella, basta andare a vedersela questa legge; ciò potrebbe essere un'iniziativa per la Regione da poter facilmente abbracciare, risolvendo proprio i problemi della informazione, soprattutto nella periferia.

PRESIDENTE: Ha chiuso, consigliere?

FEDEL (segretario questore - P.P.T.T.-U.E.): No, no sto ben avviandomi alla fine, ma abbia ancora un po' di pazienza, Presidente!

Ecco qui lei, signor Presidente, affronta anche il problema della politica estera e della rappresentanza. Io non voglio entrare molto nel tema

perchè credo che la mia opinione sia già nota in merito; dico che non sono contrario che la Regione si muova, assolutamente, non sono contrario che la Regione si muova, però si muova in senso evidentemente coordinato e in senso valido, in senso cioè che, dopo aver effettuato un viaggio, ci sia un risultato. E vorrei dire che sarebbe doveroso consentire anche ai singoli consiglieri di muoversi un po' di più; questo è un discorso che porto avanti a livello di Ufficio di Presidenza, ma che non trova molto consenziente ancora il Presidente del Consiglio, Paris. Vorrei quindi spezzare una lancia anche qui presso la Giunta regionale, perchè se è giusto che si muovano gli assessori, se è giusto che si muovano gruppi anche di assessori accompagnati da qualche consigliere, è giusto che possano muoversi anche i singoli consiglieri.

Un discorso va fatto sul bilancio della Regione, perchè poi sappiamo che dal bilancio della Regione saranno levati i fondi per il bilancio del Consiglio. Quindi mi pare che, sia come consigliere che come segretario questore, una sottolineatura in questo senso andava fatta.

Noi vediamo con estremo interesse i contatti che vanno via via sempre più intensificandosi con le zone e le regioni d'Europa; questo ha il nostro consenso e il nostro plauso, il tutto però deve tradursi in incontri non accademici, ma costruttivi ed operativi. Cioè in poche parole dobbiamo andar lì con idee chiare, coscienti che siamo portatori di un popolo, che ha le proprie caratteristiche, il proprio status giuridico e che guarda con attenzione e con convinzione, almeno per quanto mi riguarda, all'Europa dei popoli e all'Europa delle regioni.

Voglio leggere un passo a pag. 56 per sottoli-

nearlo, proprio per dire in nostro consenso. "Abbiamo semplicemente seguito l'evolversi della idea europea in quella particolare versione di pensiero che vede l'articolarsi regionale come uno dei capisaldi della costruzione della nuova Europa dei popoli accanto all'Europa degli Stati e alla macrostruttura comunitaria". Questo discorso dell'Europa, che ho ribadito tante volte in questo intervento, l'ho voluto sottolineare un'altra volta per dire come noi queste cose le dicevamo dieci anni fa e sembravano scandalizzare; oggi finalmente vengono da fonte ufficiale, prendiamo atto con soddisfazione di essere riusciti a trascinare, su queste nostre idee, anche la maggioranza del Consiglio regionale perchè evidentemente la relazione è espressione della maggioranza del Consiglio regionale.

Un passo che forse va commentato è quello a pag. 60: "Il pericolo maggiore deriverebbe da una indifferenza progressiva che giungesse fin dentro quest'aula a riecheggiare quell'indifferenza e quel disinteresse che troppo spesso si manifestano nella base delle nostre comunità per l'istituto regionale".

E' vero quello che lei dice. L'indifferenza c'è, l'indifferenza c'è e non soltanto fra le nostre comunità, ma anche tra chi dovrebbe avere maggiore presenza, però io credo a che a questa indifferenza vada data non una scusante, ma una interpretazione, nel senso che bisogna vedere come abbiamo agito come Regione e come abbiamo agito come enti autonomi per creare questo scollamento e questa carenza di attenzione.

Voi ricorderete certamente l'entusiasmo altissimo ce c'era, il tenore di entusiasmo altissimo verso gli enti autonomi, verso la Regione in modo particolare, nell'immediato dopoguerra, ricorderete tutti quanti quel periodo. E come

è possibile che un tale entusiasmo che abbracciava quasi la totalità, per lo meno l'80 per cento delle nostre popolazioni, sia andato via via sempre più affievolendosi?

Io credo che vada esaminato un po' questo fenomeno negativo e secondo noi lo possiamo individuare in una mancanza di reale e giusta informazione e in una mancata partecipazione, per il fatto che questi enti autonomi sono andati avanti per conto loro, senza valutare le precise esigenze delle popolazioni.

Quindi qui c'è tutto un discorso di recupero di credibilità, recupero di credibilità che va fatto e che si deve fare; non sarà facile, però ricordiamo che sarà soprattutto il nostro comportamento e il costume che d'ora in avanti ci porteremo appresso, che riuscirà a recuperare la credibilità attorno all'ente autonomo Regione. Anche l'informazione certamente, perchè senza informazione non c'è formazione, lei dice, e non si può conoscere, però anche il comportamento, l'uso del potere volevo dire. Quando parlo di comportamento in modo particolare non mi riferisco soltanto al comportamento singolo dei consiglieri, ma in modo particolare all'uso che abbiamo fatto del potere. Bisogna cambiare l'uso del potere e allora senz'altro verrà a migliorarsi questo rapporto e questa attenzione. Certamente, visto il bilancio esiguo della Regione, non abbiamo altro da dire che la Regione è un ente prettamente politico, un ente ove si fa politica e questo non è male, è una funzione molto importante certamente, nella quale la Regione si deve sentire valorizzata, proprio perchè fare politica per uomini politici, per un ente come la Regione è un fatto estremamente importante. E se la facciamo in forma corretta questa politica, io credo che riusciremo a scalzare quel male oscuro al quale lei qui fa accenno.

Lei parla in un certo modo: "alla ricerca di un nostra nuova identità. Sì, dobbiamo ricercare la nostra identità, ma non un'altra, dobbiamo ricercare la nostra identità, siamo andati per 30 anni a cercare un'identità che era degli altri, per assorbire quella identità e abbiamo tradito la nostra identità, ed ecco perchè oggi ci troviamo smarriti e oggi dobbiamo andare in cerca propria della nostra identità. E andando in cerca della nostra identità troveremo le radici e quell'entusiasmo che c'era attorno agli istituti autonomistici nell'immediato dopo guerra, alla vigilia della liberazione. Io credo che l'identità la possiamo recuperare se siamo corretti e se vogliamo la nostra identità e se non andiamo in cerca di modelli da scopiazzare.

Certamente non abbiamo ben capito che cosa significa, a pag. 64: "Ma più profondamente la questione della Regione incide sulla nostra qualità stessa di consiglieri".

Io credo che voleva dire che la Regione spetta anche a noi, consiglieri, valorizzarla, e io sono d'accordo, l'ho detto anche prima, ma spetta anche alla Regione valorizzare i consiglieri, signor Presidente della Regione, signor Presidente del Consiglio. Spetta anche alla Regione, al Consiglio regionale e alla Giunta regionale valorizzare i consiglieri, e ci son tanti modi per valorizzare i consiglieri, compreso quello di consentire loro di agilmente espletare la propria funzione in forma dignitosa. Se questo vuol significare noi siamo disponibili e lo accettiamo, però dietro le parole ci vogliono i fatti. Quindi è reciproca, signor Presidente della Giunta, la nostra responsabilità, ma anche la responsabilità della Presidenza della Giunta e la Presidenza del Consiglio.

Dice ancora il Presidente: "Si tratta a mio avviso del problema delle nuove generazioni delle

quali tutto si può dire meno che conoscano la Regione, non come parola esistente nel nostro vocabolario politico o visivamente come palazzo degli uffici, almeno per quelli che sono a Trento, ma come storia, spirito, motivazioni, obiettivi".

E' vero, sì. Non soltanto le giovani generazioni, signor Presidente, non conoscono esattamente la Regione, o comunque il sistema autonomistico tripoiano, come lei lo chiama, la Regione e le due Province, ma in modo particolare non lo conoscono le nuove generazioni. Ci vuole una paziente capacità, io credo, di informazione che illustri la storia, l'azione, l'opera che si svolge in Consiglio regionale e nei Consigli provinciali, e forse una introspezione da parte di chi ha fin qui governato per vedere dove ha sbagliato, perchè la gente non conosce e perchè oggi c'è questo pessimismo attorno agli enti autonomi.

Vanno esaminate queste cose, queste domande, noi per quanto ci riguarda siamo sempre disponibili a dare il nostro contributo positivo. Naturalmente se dobbiamo informare, sia chiaro, e lo dobbiamo fare, dobbiamo cercare di farlo bene. La informazione non ha niente a che fare con l'opinione del potere o di chi è al potere o di chi non è al potere, l'informazione deve essere uguale per tutti, indipendentemente dalla fonte dalla quale deriva, se è informazione, altrimenti è disinformazione, altrimenti è il punto di vista, l'opinione di questa o di quell'altra forza politica, di questo o di quell'altro uomo. E' un problema assai delicato, compito in modo particolare questo evidentemente dei giornalisti e quindi non mi voglio addegnare, però se vogliamo recuperare la credibilità della nostra Regione, dei nostri enti,

dobbiamo fare della seria informazione.

A questo proposito devo ricordare che in questa legislatura non mi pare ci sia, per esempio, un bollettino a disposizione del Consiglio regionale; nell'altra legislatura, c'era metà per la Giunta, metà per il Consiglio, questa volta vediamo solo per la Giunta. Forse è un pensiero che si potrebbe fare, lo sappiamo bene che il lavoro che abbiamo da fare in Consiglio regionale non è molto, ma se partiamo da questo preconconcetto non è neanche pensabile che noi possiamo rivalutare la Regione o dare il giusto collocamento, più che rivalutare, dare il giusto collocamento all'ente Regione.

Con questo io ho esaurito il mio intervento e risottolineo ancora che abbiamo letto con molto interesse questa sua relazione, signor Presidente, abbiamo trovato momenti che abbiamo condiviso, e l'abbiamo anche detto durante il nostro intervento, e credo che senz'altro, se almeno il 50 per cento delle buone intenzioni qui espresse andranno a compimento, lei avrà fatto un'opera positiva a favore delle nostre popolazioni.

PRESIDENTE: Cons. Langer, quanto ritiene di impiegare?

LANGER (N.S.-N.L.): Circa un'ora, forse anche un po' meno. Entro l'una mi impegnerei di concludere.

PRESIDENTE: Per capirci, sono le 12.05 e 30 secondi, almeno sul mio orologio. In questo caso fa testo, perchè altrimenti dobbiamo metterci d'accordo sui nostri orologi e sarebbe una difficoltà.

LANGER (N.S.-N.L.): Anche in questo massi-

ma fiduca alla Presidenza!

PRESIDENTE: Certo, certo. Quindi o lei parla adesso pregando i colleghi di star qui fino all'ora che avrà finito, o lei interrompe a mezzo giorno e riprende alle 14.30...

LANGER (N.S.-N.L.): Alle 14.30 si riprende?

PRESIDENTE: Il programma prevedeva così, l'ho fatto apposta naturalmente per recuperare un po' di tempo, tanto più che ho visto nelle precedenti giornate che i signori consiglieri a una certa ora, finito il pranzo, stanno qui sonnecchiando sulle poltrone, cosa che è simpaticissima, ma non eccessivamente estetica.

Allora cosa preferite?

LANGER (N.S.-N.L.): Potrei parlare alla ripresa.

PRESIDENTE: Allora riprendiamo alle 14? Sono prenotati i colleghi Oberhauser, Mayr, Avancini, Boato, Erschbaumer, queste le prenotazioni. Se qualcuno di quelli prenotati o anche non prenotati ritiene che nel giro di una mezz'ora svolge il suo intervento...

Cons. Avancini? Ecco, allora diamo la parola al cons. Avancini.

AVANCINI (P.L.I.): Io ritengo che, pur essendo molto importante la relazione del Presidente Pancheri, ritengo che nel giro di mezz'ora, per quanto mi riguarda, io la posso commentare, tanto più che ritengo essa sia una relazione positiva, una relazione seria, una relazione che ancora una volta, come ha fatto l'anno scorso, individua alcuni punti fermi per quanto riguarda la politica della Regione.

Io mi sono guardato l'intervento che ho fatto l'anno scorso e in molti punti potrei rileggerlo e potrei ridire le stesse cose, in quanto alcuni aspetti della vita politica italiana non solo si ripetono anche quest'anno, ma sono andati, se così si può dire, aggravandosi. Ma non sarebbe giusto ripetere pedissequamente quello che è stato detto l'anno scorso, tanto più che in questa relazione di quest'anno il Presidente individua a mio modo di vedere, tre linee direttrici della politica regionale.

Una prima che riguarda la difesa dell'autonomia regionale, e quindi ancora una volta la ricerca di una identità della Regione.

Il secondo aspetto riguarda il programma della Giunta, programma che, devo dire subito, è stato attuato fino ad oggi con grande impegno e con grande diligenza, per cui non ci sono arretrati, possiamo dire che non ci sono arretrati nel programma e lo stesso dicasi per quanto riguarda il programma futuro perchè io non ho nulla da dire, se non qualche osservazione forse marginale. Il terzo aspetto è quello che riguarda i rapporti della Regione con gli stati confinanti, con le regioni confinanti e il suo ruolo per quanto riguarda stati esteri. Su questo io ho qualche dubbio e qualche perplessità.

Ma, per riferirmi ancora alla relazione del Presidente, così un po' come ha fatto Fedel, mi sembra giusto sottolineare, anche se è ovvio, sottolineare che la Regione non può considerarsi uno stato chiuso, non può considerarsi una cellula a sè stante, ma deve essere cosciente che vive in un contesto nazionale e soprattutto oggi direi in un contesto europeo. Non possiamo dimenticare che l'Europa, per quanto riguarda la partecipazione dei cittadini, ha fatto dei passi avanti, anche se forse le speranze sono state un po' deluse per l'elezione del Parlamento

to europeo, ma io credo che l'inserimento della Regione nel contesto europeo sia indispensabile. Se ne è parlato a Bruxelles, abbiamo fatto un viaggio a Bruxelles e si è visto quanto importante sia l'intervento delle regioni nel contesto della Comunità Economica Europea, data anche la latitanza dello stato in molti casi. Ecco quindi che le Regioni dovrebbero in certo qual modo sostituirsi o dovrebbero integrare la presenza dello Stato nella Comunità europea. Il discorso diventa difficile per quanto riguarda la Regione Trentino-Alto Adige, perchè è difficile configurare un intervento della Regione Trentino-Alto Adige nel contesto europeo, in quanto la Comunità Economica Europea tratta problemi di partecipazione concreta e la Regione non ha competenza in materia economica, mentre la Comunità economica europea riguarda soprattutto i settori economici. Quindi diventa difficile. Io comprendo la ricerca fatta dal Presidente Pancheri e anche la richiesta di parere da parte del Consiglio regionale su quello che debba essere l'identità della Regione Trentino-Alto Adige e la difficoltà di trovare vie, di trovare sbocchi, di trovare spazio nei vari contesti per quanto riguarda la presenza reale e concreta della Regione Trentino-Alto Adige.

Dico ancora che per quanto riguarda la Comunità europea è un po' difficile individuare uno spazio per la Regione, dal momento che si tratta di competenze economiche che la Regione non ha. E sottolinea il Presidente, per quanto riguarda il contesto nazionale e il contesto internazionale, ma soprattutto il contesto nazionale, che il momento è drammatico. Ma da quanto tempo parliamo di momento drammatico per questa nostra povera Italia! Di anno in anno diventa sempre più drammatico il contesto italiano, il contesto politico italiano; diventa

sempre più drammatico, perchè? A mio modo di vedere questo dipende perchè alle parole non seguono i fatti. Noi facciamo tante parole, facciamo tante promesse, facciamo tanti programmi, però non sempre o raramente alle parole seguono i fatti, alle promesse non seguono le realizzazioni, tutti i bei programmi che sono stati fatti hanno trovato scarsa concretizzazione o tardiva concretizzazione. Io credo che questo sia dipeso, per quanto riguarda il contesto nazionale, sia dipeso in gran parte dalla ricerca del potere fine a se stesso, dal timore di non perdere il potere e quindi abbiamo creato un clima di scarsa credibilità da parte delle istituzioni e a me pare che questo clima di scarsa credibilità vada di giorno in giorno deteriorandosi, sempre più si stacca il paese legale dal paese reale, sempre più si sente da parte della popolazione, io credo che tutti noi siamo a reale contatto della popolazione, si sente la sfiducia e non si crede più nello Stato, non si crede più nelle istituzioni e in coloro che le rappresentano. Qui non c'è bisogno di tante parole, tutti noi lo conosciamo. A questo si sono aggiunti in questi ultimi tempi gli scandali, forse un po' gonfiati, un po' gonfiati anche dall'opinione pubblica, la quale ha perduto la credibilità nelle istituzioni; scandali dei petroli, ma non solo gli scandali dei petroli perchè c'è il caso Sindona, per esempio, che sta ancora in fase di istruttoria e quindi di scandali ce ne sono, ma io credo che di scandali ce ne siano in tutti i paesi. Adesso lo scandalo dei petroli è impietosamente sepolto sotto le macerie del terremoto, è lì sepolto sotto i sassi del terremoto dell'Italia meridionale, però ogni tanto viene fuori. E' diventata di moda, dopo tanti anni, la moralizzazione, in questo momento credo che ci sia un vertice dei partiti di governo per la moralizzazione, come se questo

dovesse essere un fatto straordinario. Io credo che essere onesti deve essere la normalità e non la straordinarietà, come purtroppo pensa l'opinione pubblica. Se noi parliamo con la gente vediamo dei sorrisi di sufficienza, non abbiamo più credibilità, non siamo più i rappresentanti del popolo, ma non perchè io sia convinto che fra gli eletti del popolo ci siano molti disonesti, io credo che ce ne siano pochissimi, però l'opinione pubblica ormai è indirizzata in quel senso, perchè non è tanto quello che si crede di essere, ma è quello che gli altri pensano che noi siamo, quello che conta, forse anche purtroppo in questo senso.

Abbiamo visto un generale di finanza in prigione, un altro è scappato, di uomini politici non se ne è parlato, non è venuto fuori nulla e probabilmente non c'entrano, però non si riesce a convincere la gente che gli uomini politici non c'entrano in questi scandali. E qui rientra ancora il discorso della credibilità, non c'è credibilità! Abbiamo sentito e sentiamo dire continuamente che bisogna eliminare la commissione inquirente, quella commissione che giudica i ministri e che assolve in base a accordi politici, però nessuno ha presentato un disegno di legge, che dica: la commissione inquirente è abrogata. Articolo unico: "La commissione inquirente è abrogata"

Mi risulta che nessuno l'ha fatto. I repubblicani, per esempio, che sono fautori dell'abolizione della commissione inquirente, non dicono: se non si abolisce la commissione inquirente noi ce ne andiamo. Questa sarebbe serietà! Allora si acquisterebbe, a mio modo di vedere, una certa credibilità.

L'immunità parlamentare: nessuno ha presentato un disegno di legge per abolire l'immunità parlamentare, anche se il problema è complesso, ma allora non ne parliamo, non diciamo alla

gente che bisogna eliminare l'immunità parlamentare, stiamo zitti, diciamo invece che l'immunità parlamentare è indispensabile per tutelare e proteggere il deputato, il senatore, il consigliere regionale. Se un partito dice che l'immunità parlamentare deve essere tolta, deve anche presentare la relativa legge.

Finanziamento dei partiti. Quale deputato, Presidente Pancheri, ha presentato un disegno di legge per la regolamentazione dello sciopero? Cento controllori di volo hanno messo in crisi l'Italia, alcuni ferrovieri mettono in crisi i trasporti pubblici, senza pensare che quello sciopero va a danno dei più poveri, li abbiamo visti nelle stazioni con le valige legate con lo spago che aspettano, aspettano l'aereo questi poveretti, aspettano il treno che non viene! Ma è giusto questo? Eppure nessun parlamentare ha presentato un disegno di legge per regolamentare lo sciopero, l'art. 40 della Costituzione lo prevede. Allora dobbiamo pur anche noi chiederci se dobbiamo fare qualche cosa per ridare credibilità a questi nostri istituti, sia allo Stato, sia anche agli enti locali. Abbiamo anche noi qui episodi che, pur essendo giuridicamente giusti, Presidente Pancheri, non dovrebbero esserci. Niente da dire sulla giustizia giuridica di certe posizioni, ma abbiamo i doppi incarichi che non dovrebbero esserci a livello amministrativo, assolutamente non dovrebbero esserci, perchè se è vero che nessuna legge proibisce di essere assessore a Bolzano e di essere anche assessore regionale, è altrettanto vero che dal punto di vista dell'opinione pubblica non è compreso questo discorso, non è compreso. Quindi vediamo anche noi nel nostro piccolo di fare qualche cosa per eliminare certe situazioni che l'opinione pubblica non potrà mai capire, anche perchè parliamoci chiaro, Presidente Pancheri, ma credo

che lei sia convinto ancora prima di me, le competenze della Regione sono ora ridotte. La Regione è stata talmente ridimensionata per cui non è nemmeno compreso dall'opinione pubblica una Giunta come la sua, così numerosa, perchè non c'è materia, Presidente Pancheri, non c'è materia per operare: ci sono assessori effettivi e assessori supplenti che non sanno materialmente cosa fare, e non è tanto per la spesa che è una spesa irrisoria rispetto alle spese generali, ma è per riacquistare credibilità nei confronti dell'opinione pubblica. Il suo assessore alle finanze è anche assessore alle finanze della Provincia, e mi dice lei se non ci sono rapporti patrimoniali fra Provincia e Regione? Allora perchè questo doppio incarico non trova giustificazione nè sul piano politico, nè sul piano della funzionalità.

Io ho voluto dire questa cosa così, con molta tranquillità, con molta semplicità, ma mi pare che anche noi potremmo fare qualcosa per acquistare maggiore credibilità. Abbiamo assistito all'episodio gravissimo del terremoto, il "magma incandescente" lo chiama lei nella sua relazione, ma non è che gli interventi per i terremotati abbiano dato credibilità allo Stato. Mi scusi, Presidente Pancheri, anche lei nella sua relazione dice che questo terremoto cambierà il volto addirittura dell'Europa; io credo che qui dobbiamo anche essere realisti, dobbiamo sdrammatizzare, i morti non si resuscitano, è un dramma, è stata una catastrofe, i tre mila morti ufficiali e i quindicimila ufficiosi rappresentano certamente un fatto enorme per coloro soprattutto che sono stati colpiti, ma un paese come il nostro, che ha un reddito interno lordo di 330 mila miliardi, deve addirittura scoraggiarsi e chiamare una catastrofe insolubile un terremoto che ha colpito....?

(Interruzione)

AVANCINI (P.L.I.): Ne ho parlato fino adesso della crisi esistente nel paese....

(Interruzione)

AVANCINI (P.L.I.): No, me le pongo a me!

PRESIDENTE: Cons. D'Ambrosio!

AVANCINI (P.L.I.): Dico che lo Stato italiano con tutti i suoi lavoratori, con la sua organizzazione è in grado, a mio modo di vedere, di far fronte a questo disastro, che è avvenuto nell'Italia meridionale.

Questo volevo dire! Lasciamo stare, D'Ambrosio, io dico che dovrebbe essere in grado di far fronte perchè ci sono ancora delle forze vive che operano in Italia, tanto è vero che il reddito è di 330 mila miliardi e quindi una cifra immensa. Ora io non voglio fare percentuali, ma se ogni anno si togliesse l'uno per cento di questo reddito interno lordo per la ricostruzione delle zone terremotate, in pochi anni si arriverebbe a sanare la piaga che indubbiamente ci ha colpito.

Quindi cerchiamo di non fraintendere. Che la crisi ci sia è vero, ma non dobbiamo prendere esempio dal Belice, spero! Non dobbiamo riferirci al Belice, quello dobbiamo considerarlo un brutto episodio, dobbiamo considerarlo eliminato il discorso del Belice, neanche da prenderlo in considerazione! Anche noi nel Belice, io ero assessore alle finanze della Regione allora, abbiamo costruito una scuola, è giù ancora quella scuola, mi si dice, inutilizzata e addirittura cadente!

E' un discorso di fiducia il mio, è un discorso

di responsabilità, credo, il dire che le zone terremotate della Campania e della Basilicata possono essere ricostruite con lo sforzo di tutti, anche aumentando le tasse; io credo che tutti i cittadini sarebbero disposti a fare un sacrificio anche sulla tassazione per la ricostruzione di quei paesi. E io credo che questo avvenga perchè mi pare che ci siano i sintomi di maggiore serietà e di maggiore comprensione. Siamo quasi sessanta milioni di abitanti e io credo che questi 60 milioni di abitanti abbiano la forza per ricostruire, per guardare con una certa serenità all'avvenire anche del nostro Mezzogiorno.

Fino adesso abbiamo fatto promesse, vediamo adesso di fare fatti concreti e di non scoraggiarci e di non dire: tanto c'è la crisi, non si può fare nulla.

Un altro dei punti, giustamente sottolineati dal Presidente, è che l'obiettivo primario della Regione è quello di garantire la pacifica convivenza tra le popolazioni che convivono sul territorio regionale.

Io credo che continuare verso il raggiungimento di questo obiettivo sia una cosa assolutamente indispensabile. Forse apparentemente potrebbe sembrare fallito questo obiettivo fino ad oggi, perchè esternamente non è che appare molto che ci sia stato questo sforzo di coesione e di ricerca della pacifica convivenza, ma io credo che dei passi avanti siano stati fatti. Non dobbiamo neanche qui forse drammatizzare o scoraggiarci perchè avvengono fatti, del resto li abbiamo denunciati anche l'anno scorso, avvengono fatti delittuosi, attentati ed altro. Io credo che la Giunta regionale abbia questa funzione, credo che sia importante che la Giunta regionale abbia la convinzione di questa sua funzione, ma vorrei, Presidente Pancheri, che anche i suoi partner di Giunta, non parlo dei partner

socialdemocratici che certamente sono d'accordo su questo e su altro, ma i partner della S.V.P. fossero d'accordo su questo obiettivo della Regione, non solo i suoi amici o gli assessori di Giunta, ma tutto il partito della SVP fosse d'accordo su questo punto e sulla necessità di sviluppare la nostra autonomia e di non fare passi indietro nella autonomia, ma di fare passi avanti per renderci credibili. Anche qui certamente la Regione deve muoversi con i piedi di piombo, non può la Regione sbilanciarsi troppo. Io dò atto al Presidente Pancheri del suo tatto politico nel muoversi in un terreno, stavo per dire in un terreno minato, ma forse non è giusto, in un terreno difficile, di muoversi con cautela, di muoversi con diplomazia, ma di non abbandonare questo obiettivo, che è un obiettivo molto importante.

Per quanto riguarda l'impegno di assicurare le funzioni attribuite all'autonomia locale, io credo che sia importante.

Un altro fatto che mi lascia perplesso è quello che riguarda le norme di attuazione, e per le quali auspichiamo ancora che vengano emanate. E' questo per me un altro motivo di perdere credibilità.

Ogni anno diciamo che le norme di attuazione devono essere emanate, sono otto anni che lo stiamo dicendo, che auspichiamo, ma siamo ancora a fare auspici. E questo non giova alla credibilità dell'Istituto! Tanto vale stabilire una data anche lontana, e tenersi in linea di massima a quella data, senza rinviare di anno in anno e senza continuare a promettere quello che poi non siamo in grado di mantenere.

La commissione dei 12, la commissione dei 6, si continua a rinviare, si continua a dibattere, certo, ma però alla conclusione non si arriva e non si arriva nemmeno quest'anno e probabilmente non si arriverà nemmeno nel 1981, perchè

i problemi da risolvere sono ancora molti, i problemi sono gravi, i problemi sono anche complessi e perciò è meglio forse non auspicare più, ma stabilire invece, se è possibile, una data in cui saranno emanate le norme di attuazione.

Comunque, non illudiamoci che con questa relazione si possa rilanciare il ruolo della Regione, sarà un'opera faticosa, sarà un'opera capillare perchè l'opinione pubblica ormai considera la Regione ridimensionata e svuotata, questa è la realtà. La Regione ormai per l'opinione pubblica è un qualche cosa quasi di astratto, perchè ormai le competenze economiche sono della Provincia e perciò la gente si rivolge alla Provincia, l'istituto è quello della Provincia, e quindi la Regione non dico che sia condannata a morte reale per inerzia o inedia, come dice lei, perchè fino a tanto che c'è un uomo che crede come lei negli enti autonomi, che crede nell'autonomia, che crede nella Regione, io credo che questa morte non avvenga, però se non troviamo qualche cosa per rilanciare, come lei lo indica peraltro e per concretizzare l'ente Regione, credo che sia poi in definitiva destinata a morire. Sarà necessario poi ripensare a una ristrutturazione degli uffici. Lei l'aveva detto l'anno scorso, quest'anno mi pare che non ne parla, ma io credo che sia necessario anche questo per dare credibilità ancora alla Regione, fare in modo che gli impiegati abbiano una loro funzione, abbiano un loro preciso compito da svolgere e che non vadano in giro, Presidente Pancheri, come qualcuno va in giro a dire: noi non sappiamo cosa fare! Ecco un altro motivo che fa un po' dubitare sulla credibilità dei nostri enti autonomi. Ma io sono convinto che anche questo problema sarà affrontato e sarà risolto. Perciò vediamo di valorizzare quello che c'è, vediamo di usare tutte le competenze che ci vengono date dallo statuto, questo dimostra...

PRESIDENTE: Consigliere, la prego di continuare, anche se più di una volta ho richiesto un momento di...

AVANCINI (P.L.I.): Sì, non ha importanza, Presidente, è il clima di....

PRESIDENTE: E' importante per l'aula però!

AVANCINI (P.L.I.): Per me non è importante! La Regione quindi vista in positivo, e nonostante tutto quello che si pensa e che si dice, essa ha sufficienti spazi, non del tutto esplorati, ma sempre più emergenti, nei quali esplicitare la propria presenza.

Su questo io gradirei veramente, per richiamare quanto ho detto prima, per considerare la Regione per quello che è, io gradirei proprio dal Presidente Pancheri di sapere che cosa ne pensa l'altra parte, la SVP, su tutte queste valutazioni che io giudico positive, che lei fa nella sua relazione, per quanto riguarda i diritti, la parità dei diritti dei cittadini all'interno della nostra Regione.

In Provincia di Bolzano proprio la parità dei diritti ancora non si può dire che ci sia, non esiste proprio una parità di diritti, basta sentire quello che dice la popolazione di lingua italiana in Alto Adige e vediamo che la parità dei diritti proprio non c'è. Un esponente socialista, in un'intervista di 5 - 6 giorni fa, ha detto che per gli italiani in Alto Adige non c'è avvenire, l'ha dichiarato un esponente del partito socialista in un'intervista al TG 3. Quindi vediamo anche di riflettere e di pensare su questo.

Avrei ancora molte cose da dire, mi sono fatto molti appunti, ma voglio mantenere la parola, perchè altrimenti giustamente il Presidente mi richiamerebbe.

E' importante anche, ripeto, la parte legislativa. Su questa vorrei sottolineare, ma non c'è bisogno di sottolinearlo perchè lo dice il Presidente, di andare molto cauti, qui in contrasto con Zanghellini per quanto riguarda gli istituti di previdenza. Andiamoci piano perchè può essere una fonte di debiti, che non può portare vantaggio alla popolazione. Mi fa piacere che lei lo dice chiaramente nella sua relazione: studiamo, andiamoci piano, facciamo un convegno, facciamo un congresso, per l'amor di Dio non imbarchiamoci in una attività che potrebbe portare al fallimento prima ancora del previsto. Lo stesso per quanto riguarda i comuni ecc.

Un'ultima parola — Presidente Paris, mi consenta ancora due minuti —, per quanto riguarda i rapporti della Regione con l'esterno. Io non voglio qui commentare la risposta che mi è stata data all'interrogazione sul viaggio in Cina; ci sarebbe parecchio da dire su quella risposta perchè non è stata una risposta soddisfacente, è stata una risposta diplomatica, anche per quanto riguarda certe valutazioni e certe voci che ci erano diffuse, ma, ripeto, non la voglio commentare.

Io dico che tenere i rapporti con le regioni confinanti è un fatto positivo, è giusto, credo che sia stato valutato anche dall'opinione pubblica positivamente l'ultimo viaggio che è stato fatto in Jugoslavia. Però, io dico che i viaggi devono essere finalizzati, soprattutto le delegazioni devono essere finalizzate. Secondo me non c'entra la composizione politica della Giunta, non devono essere presenti tutti i componenti politici che fanno parte della Giunta. Ho visto, per esempio, che nel comitato del terremoto non fanno parte tutte le componenti politiche della Giunta, allora solo nei viaggi devono far parte le componenti politiche della Giunta! Non mi sembra accettabile questo di-

scorso che tutte le componenti della giunta devono essere presenti nei viaggi. I viaggi devono essere viaggi di studio e quindi ci devono essere i tecnici che partecipano, che poi devono tradurre in atto quello che eventualmente possono imparare dall'estero. Non sono viaggi politici, perchè noi andiamo a imparare alcune cose che sono state fatte o che crediamo che negli altri paesi siano state fatte meglio che da noi e quindi è una funzione tecnica. Noi non possiamo sostituirci al Ministero degli esteri, però dobbiamo mantenere i contatti proprio per la necessità che le regioni siano rappresentative, anche nei confronti soprattutto dei paesi della Comunità economica, ma direi soprattutto dei paesi confinanti. Abbiamo molte cose da imparare, ne sono convinto di questo, particolarmente nel nord abbiamo molte cose da imparare! Ma anche i viaggi che abbiamo fatto in Jugoslavia sono stati molti interessanti. Vorrei poi pregare di coordinarli questi viaggi perchè le Province si muovono, si muove la Regione, si rischia di fare dei doppioni che sul piano esterno, sul piano operativo non hanno molta consistenza, non hanno molta credibilità. Anche se un viaggio organizzato dalla Regione fosse esteso alle due Province o un viaggio organizzato dalla Provincia fosse esteso alla Regione non vedrei niente di male, dal momento che andiamo a rappresentare all'esterno una entità. Forse al nostro interno possono esserci rivalità, possono esserci invidiuzze o altro, cose umane, ma quando noi ci presentiamo all'esterno non abbiamo questa necessità di lottizzare anche questo. Quindi io credo in un'unitarietà, e su questo la Regione potrebbe farsi promotrice e mettersi a capo di questa eventuale organizzazione dei viaggi che indubbiamente sono importanti, ma soltanto se sono finalizzati.

Non mi dirà che il viaggio in Cina è stato un viaggio produttivo nè dal punto di vista economico, nè dal punto di vista culturale! Perchè quando un partecipante mi dice: ho constatato che in Cina c'è maggior libertà religiosa, l'abbiamo letto su tutti i giornali che in questo periodo c'è una maggiore tolleranza nei confronti delle religioni, non c'era bisogno di andar là per constatarlo!

(Interruzione)

AVANCINI (P.L.I.): Quindi viaggi finalizzati che portino reali vantaggi alle nostre popolazioni.

Detto questo, signor Presidente, io mi sono permesso, anche forse accalorandomi, di fare alcune osservazioni, ne avrei molte altre da fare, ma siccome condivido la sua relazione, la ritengo una relazione anche coraggiosa e realistica, dico subito che darò voto favorevole anche al bilancio, tanto più che si tratta di un bilancio talmente rigido, sul quale c'è ben poco da discutere, comunque tutto si può fare quando si passerà alla discussione dei capitoli, ma credo che si tratti di un bilancio talmente rigido e anche qui bisognerà fare un discorso sul finanziamento della Regione.

La Regione non può essere soltanto il ragioniere capo, ci devono essere risorse per poter operare; se è vero che lei vuole rilanciarla, pur mantenendosi nei limiti dello statuto, bisognerà rivedere qualche cosa anche sulle competenze secondarie, affinché certe competenze secondarie diventino primarie. Potrebbe essere un altro motivo di rilancio della Regione.

Giustamente lei richiama la legge sull'assegno vitalizio ai sindaci, è già stata rinviata, ma perchè? Così, senza motivi molto convincenti, per cui fa bene lei a ripresentarla e vedremo e-

ventualmente cosa dirà la Corte Costituzionale. Ma trasformare competenze secondarie in primarie credo che sarebbe un altro motivo importante per rilanciare questa Regione, nella quale io credo e per la quale io sono sempre disponibile a dare il mio modestissimo contributo.

PRESIDENTE: Prima di chiudere, vorrei ricordare la procedura che seguiremo successivamente nella discussione articolata, la quale procederà per prenotazione, come si fa normalmente, e a questi fini pregherei i singoli consiglieri, anche intervenendo in sede di discussione generale, di preannunciare i capitoli sui quali intendono soffermare l'attenzione e la discussione.

In ogni caso, prima della chiusura della discussione generale io farò istanza formale delle prenotazioni, sia per la discussione dei capitoli, sia per la proposizione di eventuali emendamenti.

Ricordo che riprenderemo alle ore 14.30. L'orario prevede fino alle 18.30, se slitteremo di qualche momento sarà per recuperare un po' del tempo che abbiamo già perso e per rendere possibile, avverto fin d'ora, la conclusione del dibattito e la votazione sul disegno di legge del bilancio nella seduta di giovedì prossimo.

Prego, cons. Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.-U.E.): Per una preghiera personale, mozione d'ordine. Non è da sempre sentire un discorso come quello del collega Avancini e chiedo, nel limite delle possibilità tecniche, di avere una copia quanto prima dell'intervento del cons. Avancini.

PRESIDENTE: Non l'ha letto, vero?

PRUNER (P.P.T.T.-U.E.): No, non posso averlo in giornata, ma quanto prima, motivando il fatto di interesse che è contenuto nel suo intervento.

PRESIDENTE: Cercheremo di fare il possibile, consigliere.

La seduta è sospesa e riprende alle ore 14.30.

(Ore 12.45)

Ore 14.40

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Ha chiesto di parlare il cons. Langer, ne ha facoltà.

LANGER (N.S.-N.L.): Non fa l'appello prima?

PRESIDENTE: No, la seduta è stata solo sospesa stamattina, non tolta. Questa è la continuazione della seduta di stamattina e quindi l'appello non occorre. Prego, cons. Langer.

LANGER (N.S.-N.L.): Signor Presidente, signor Presidente della Giunta, colleghe e colleghi, io parlerò in lingua italiana perchè desidero in questa occasione farmi intendere direttamente da tutti i colleghi del Consiglio senza intermediazione.

La discussione su questo bilancio, di per sè, ovviamente sarebbe un'occasione poco importante perchè il bilancio non solo ha modesta entità finanziaria, ma il bilancio ha anche, come diversi interlocutori hanno fatto rilevare, una portata politica in fondo ormai residuale e modesta, tanto che uno dei temi dominanti, non solo della relazione del Presidente della Giunta, ma anche del dibattito, è stato il ricorrente dub-

bio: cosa farsene della Regione? che ruolo assegnare alla Regione? come in qualche modo giustificare maggiormente la propria esistenza?

Noi vogliamo d'altra parte, come altri prima di noi hanno fatto e altri dopo di noi ci saranno, cogliere questa occasione per una riflessione che vada un po' al di là della discussione su questi miliardi del bilancio, relativamente pochi, e che apporti un contributo alla riflessione su una fase piuttosto critica che stiamo vivendo, sicuramente a livello regionale, ma anche all'interno del paese di cui facciamo parte e sicuramente in un ambito più vasto.

E' chiaro che questo dibattito lo svolgiamo in una forma largamente ritualizzata e liturgica, come avviene in genere in questo tipo di confronti politici, dove il più delle volte non si riesce a fare altro che ribadirsi o riconsegnarsi, quasi a mo' di note diplomatiche, prese di posizione che solo raramente riescono a incidere le une sulle altre e quindi a sviluppare un confronto reale. Questo è d'altra parte nella natura della liturgia politica, almeno a livello rappresentativo istituzionale, così come si è venuta via via a sviluppare, e così come a nostro giudizio mostra molte e notevole crepe, cioè come avvertita da molte persone ormai con un senso di stanchezza, di fatica e anche di estraneità di anno in anno crescente. Noi abbiamo accennato a questo anche un anno e mezzo fa, due anni fa in occasione del bilancio 1979 e ci pare di poter cogliere anche da quello che scrivono i giornali, a quello che soprattutto dice la gente, che il senso di fastidio e di estraneità e complessivamente di sfiducia, nei confronti non solo delle istituzioni rappresentative, ma anche del modo di far politica, organizzato per partiti, che sempre più rappresentano sostanzialmente la riproposizione di fette consoli-

date di interesse, di opinione, però sempre meno riescono a rispettare una dinamica di idee di trasformazione sociale e anche sempre meno riescono a riflettere le aspirazioni delle stesse persone che poi danno il voto bene o male a questi partiti. Questo processo di scadimento nel paese ci pare in atto a livello avanzato e sicuramente coinvolge anche la realtà della nostra Regione, dove sicuramente anche, non abbiamo difficoltà ad ammetterlo, è tuttavia meno spinto, meno sviluppato e meno avanzato.

Anche altri partecipanti a questo dibattito, lo stesso Presidente della Giunta, si sono riferiti alla recente esperienza del terremoto nell'Italia meridionale. Anch'io vorrei partire da qui, perchè così come gli osservatori più attenti, ai giornalisti, anche a osservatori stranieri delle cose italiane, anche a noi sembra che la vicenda del terremoto e i processi messi in movimento attorno al terremoto e le sue conseguenze, sia una specie di cartina di tornasole, non solo per quello che avviene in Italia e in particolare nell'Italia meridionale o da parte di tutto il paese nei confronti dell'Italia meridionale, ma anche per alcuni processi che possiamo cogliere nella nostra regione.

In particolare ci pare di cogliere, non solo a livello di organi che fanno opinione, ma anche a livello di molte persone, di molti nostri concittadini, di cogliere come un senso di soddisfazione, un senso di autosufficienza, quasi a dire: da noi una cosa così non sarebbe potuta succedere. Da noi anche un terremoto avrebbe non solo trovato condizioni diverse, ma avrebbe anche provocato conseguenze assai diverse, da noi per fortuna sarebbe andata in altro modo! E sembra un po' di sentire la preghiera del fariseo che dice: "Signore, ti ringrazio di non essere

come quelli lì"! Non voglio dire che questo sia la reazione generale, c'è stata anche molta generosità, c'è stata anche molta disponibilità all'aiuto, alla comprensione, all'intervento concreto anche col volontariato, con partecipazione solidale, però sicuramente l'occasione di questo terremoto è stata anche per la popolazione della nostra regione, sotto questo profilo, una cartina di tornasole, in cui spesso c'è stata anche, più o meno subito, la intenzione di dargliela da vedere, anche con i soccorsi mandati da noi, anche con la forma, col modo in cui si interveniva nelle zone terremotate per far vedere, per ostentare a volte una presunta solidità, una presunta condizione intatta e persino provocatoriamente solida, delle nostre istituzioni, del nostro associazionismo, del nostro modo di vivere ostentato appunto come superiore rispetto a quello altrui.

E' parso persino di cogliere in qualcuno la soddisfazione che finalmente degli alpini di madre lingua tedesca, sudtirolesi, normalmente costretti a vestire ovviamente la divisa italiana, potessero finalmente operare a fianco, e più o meno inquadrati in reparti tedeschi. Io credo che la pietà nei confronti delle vittime del terremoto non temperi le venature di razzismo che ci sono state e non possiamo accettare che sostanzialmente ci si faccia scudo dei milioni o miliardi, delle ore di lavoro o dei giorni di vita, spesi a fianco dei terremotati, per non vedere che ci sono state e sono emerse in questa occasione tentazioni di senso di superiorità, tentazioni di razzismo o comunque di sentirsi popolo superiore rispetto ad altri considerati popoli inferiori.

Noi abbiamo voluto mettere questa riflessione all'inizio di questo intervento, perchè noi non vogliamo mai dimenticare che la relativa pro-

sperità di cui la nostra Regione e le sue due Province godono, in parte è costruita anche su fortune, non voglio dire rubate, ma comunque non assegnate a zone dello Stato, di cui facciamo parte, economicamente molto più povere. In questo senso mi pare che noi molte volte dovremmo chiederci, come il Presidente della Giunta si è chiesto ad altro proposito, se non siamo noi anche un po' parte di quell'"assalto alla diligenza", di cui si è parlato, cioè se le nostre due Province, la nostra Regione nel suo insieme non sia anche un po' parte dell'"assalto alla diligenza", dopo il quale, o consumato il frutto del quale, poi è facile dalla posizione del ricco consigliare al povero per guarire di mangiare carne tutti i giorni, per esempio.

Questa riflessione autocritica che noi facciamo, essendo parte di quell'insieme di popolazione all'interno del quale sentimenti di questo genere oggi ci pare di poter cogliere, questa riflessione, a nostro giudizio, può offrire un po' una chiave di interpretazione di come nella nostra Regione oggi si tenda a vivere, si tenda a reagire alla crisi che molti, anche qui, hanno già evocato e che molti hanno centrato con i loro discorsi in questo dibattito.

Sostanzialmente, così ci pare di vedere, nella nostra Regione la crisi economica, lo sfascio dello Stato, gli scandali, la dissoluzione anche del tessuto sociale e civile organizzato, spesso si tendono a vivere come da un interno di una botte di ferro, cioè come dire: questa cosa non ci può toccare, nella nostra opulenza relativa, molto relativa e anche inegualmente distribuita, ma nella nostra opulenza relativa e anche nella dimensione complessivamente più modesta, cioè provinciale o regionale, che gli scandali assumono da noi, che la sfiducia nelle istituzioni as-

sume da noi, — però non sottovalutiamone le manifestazioni e così via —, possiamo anche permetterci di guardare dall'alto in basso anche verso i fenomeni di disgregazione, di crisi, di incertezza sugli sbocchi e sulle trasformazioni possibili, che sono in atto a livello più generale, e non parlo solo della Repubblica italiana. Allora ci pare di poter dire che la nostra vita istituzionale, ma anche il modo di pensare, il modo di vivere che viene diffuso in tanti modi tra la gente e che sicuramente rispecchia anche una predisposizione realmente esistente, spesso scelga il provincialismo come status di vita, anzi vorrei quasi dire come stato di perfezione. Il provincialismo è come una scelta di ritiro nel proprio guscio, una scelta a volte anche, so di usare una parola pesante, a volte anche persino di sciacallaggio, cioè di chi mette in salvo le proprie sostanze lasciando che gli altri si preoccupino delle loro disgrazie, purchè uno riesca a tirarsene fuori. In questa vocazione, in questa tentazione provincialistica — e noi ce ne rendiamo conto, l'abbiamo detto altre volte in dibattiti in quest'aula, anche contrapponendoci con forza a iniziative provincialistiche, per esempio del PPTT, tanto per ricordarne una che in questo momento ho presente —, molte volte abbiamo cercato di cogliere anche le valenze positive che ci possono essere in questa maggiore attenzione, in questa maggiore sensibilità che da noi esiste nei confronti della dimensione provinciale, regionale, comunque della dimensione locale. Non è che noi vogliamo auspicare o promuovere un astratto inserimento quasi giacobino, cioè in contesti più ampi, nazionali, mondiali o europei, senza voler cogliere in pieno, valorizzare, vivere dall'interno questa realtà locale, ma sicuramente c'è una tentazione politica, a nostro giudizio, pericolosa con esito

preoccupante in questa volontà ricorrente e che di anno in anno sembra accentuarsi, di ritiro appunto nel guscio provinciale. Tra l'altro ci pare paradossale che questo ritiro nel guscio, che questa esaltazione di una dimensione tutta provinciale o provincialistica del nostro vivere, venga cavalcata paradossalmente dalle stesse forze sociali o politiche che viceversa hanno prodotto e gestiscono lo sfascio dello Stato, dell'insieme. Quindi, in questo senso ci fa un po' ridere quando forze politiche o sociali o culturali, che portano lo stesso segno, anche se non sempre lo stesso nome di partito, ma che portano nell'insieme lo stesso segno di quelle classi sociali, di quella egemonia culturale e così via, che ha prodotto questo sfascio, ora cavalchino in un certo senso uno sbocco provincialistico, quasi per raccogliere, quasi per contrapporre alla disgregazione, prodotta prima nell'insieme più vasto, contrapporre adesso questo tentativo di mettere in salvo la cosiddetta parte sana in un riflusso, che spesso ha del particolaristico e che, a nostro giudizio, spesso anche è pieno di tentazioni quasi feudali, comunque di ritorno a un particolarismo tutto fatto di interessi particolari, al limite appunto contrapposti gli uni agli altri, rigorosamente delimitati nelle sfere di competenza e gelose di non interagire troppo tra di loro.

A nostro giudizio è evidente che questa proposta di vita, che questo modo di gestire anche l'economia, la cultura, la convivenza nella nostra terra, nella nostra regione, contenga in sé un notevole pericolo di sterilità, di insterilimento; questo pericolo di insterilimento noi lo viviamo con preoccupazione, proprio perchè per la nostra terra immagineremmo un presente e un futuro diverso e migliore. Vediamo con preoccupazione una tendenza, e mi sembra che lo stesso Presidente Pancheri nella sua relazione se ne di-

mostrasse in qualche modo consapevole e anche preoccupato, notiamo con preoccupazione un certo diffondersi di un qualcosa che vorrei chiamare di volgare buon senso reazionario, cioè un misto di irrazionalità, fatta di autoritarismo, di tradizionalismo, e dall'altra parte di una razionalità, che però chiamerei una razionalità tutta corporativa, tutta fatta delle piccole cose che si riescono a vedere, a governare, a tenere in mano, prescindendo da tutto quello che sta intorno.

Questo tipo di buon senso reazionario, questo tipo di posizione, questo risvolto appunto anche ideologico, anche culturale del riflusso provincialistico, sicuramente non vede parificati alla stessa misura, alla stessa stregua tutte le forze politiche o culturali qua dentro rappresentate. Noi sappiamo cogliere le differenze che ci sono tra le varie posizioni, tra le varie esperienze qui rappresentate e tra le varie proposte che qui si fanno.

E' indubbio che qualcuno addirittura lo rivendica con protervia come un programma a volte unico e qualificante della propria esperienza politica e che c'è invece chi si trova a cavalcare questo riflusso, cercando di non sganciarsi troppo in fondo dalla realtà complessiva, per esempio statale o nazionale, a cui del resto come la DC, per esempio, trae le ragioni della propria forza e della propria rappresentatività di governo.

Allora mi sembra che sarebbe sbagliato dare il giudizio, come a volte si sente, che nella nostra regione per fortuna tutto va bene e che solo qualcuno che proprio ad ogni costo, ostinatamente vuole vedere che le cose non vanno bene, ci trova qualcosa di ridire.

Noi pensiamo che un'impostazione di questo genere, se non altro, oltre che essere ingenerosa,

gretta, bottegaia o qualcos'altro, avrebbe anche, secondo noi, anche il fiato corto.

Perchè di fronte alla prospettiva, evocata anche nella relazione del Presidente, degli anni '80, di un decennio nuovo che si apre e comunque della fine di questo secolo, complessivamente e probabilmente, almeno così noi pensiamo, nessuno si salverà mettendosi da parte e garantendo sostanzialmente il proprio piccolo ritaglio.

E questo, secondo noi, vale anche dal punto di vista dell'economia della nostra regione, e noi non neghiamo che viviamo in una condizione relativamente migliore di molte altre regioni e province, anche se nessuno potrà nascondere il fatto che anche da noi esistono sacche di povertà, in alcuni casi, per fortuna circoscritti, anche di miseria, che anche da noi esistono differenze di classe, differenze e contraddizioni sociali, che anche da noi esiste una solida differenza e contrapposizione di interessi sociali che nessuna politica di sovvenzione, che nessuna politica di copertura di questi contrasti riesce però semplicemente a negare o a cancellare. E ci pare che la politica economica fin qui seguita, nella nostra regione, con differenze di accentuazione ma sostanzialmente in un modello unico che accomuna le due Province, governate l'una prevalentemente dalla SVP, l'altra prevalentemente o quasi esclusivamente dalla DC, abbia questo connotato comune, cioè di sforzarsi, di smorzare le tensioni sociali esistenti attraverso appunto una politica di sovvenzioni a pioggia, attraverso una politica che sostanzialmente si illude di poter, almeno nel breve periodo, appagare le differenze di classe e quindi anche di interesse, attraverso un soddisfacimento, spesso di piccolo cabotaggio, dei bisogni comunque avanzati, purchè appunto politicamente rappresentati

da un polo conservatore.

In questo senso ci pare che oggi forse, può mostrare persino certi successi una politica tutta incentrata sulla prospettiva di dare in questo senso molti contentini e nello stesso tempo di negare la realtà, fatta anche da un lato di lavoratori salariati e dall'altro anche di imprenditori, di padroni, che non hanno solo le dimensioni della piccola azienda familiare, dove praticamente il conflitto di interessi non si nota o non si vede.

Questa prospettiva economica, a nostro giudizio, nasconde alcuni fatti importanti; nasconde, per esempio, la sua intrinseca debolezza strutturale, che oggi può anche non essere vista, ma che alla lunga pesa, cioè che alla lunga pone dei problemi, in particolare se l'andamento della congiuntura generale fosse meno sicuro, meno affidabile di quanto non si sia mostrato finora.

E poi questo modello spesso tace o tenta di nascondere la sua profonda dipendenza dall'esterno, dalle condizioni esterne: a volte chi esalta, non dico solo l'autonomia, ma al limite persino il nostro fare da noi, il fare da sé della nostra Regione o delle sue due Province, spesso in questo dimentica o vuole far dimenticare che in realtà certe dipendenze economiche, allentate da un lato, probabilmente si intensificano viceversa e si appesantiscono dall'altro. Per cui, in realtà, noi abbiamo tuttora, così ci pare, una economia per quanto apparentemente solida e sicuramente più fiorente di quella di altre regioni, abbiamo in realtà un'economia strutturalmente debole e con un forte tasso di dipendenza.

Questo ci pare, detto così assai schematicamente, il risvolto economico di questo provincialismo e ci sembra che questo sia

al momento l'unico disegno politico che le forze di governo della nostra Regione propongono.

Altrettanto corto ci pare il respiro a livello culturale. Ci sembra che a volte l'unica prospettiva, l'unica filosofia di governo, che ispira le forze dominanti nella nostra Regione, e non dico solo i partiti che compongono le Giunte, ma le forze socialmente dominanti, sembra essere quello del modello dell'autarchia, cioè del modello in cui anche in questo caso si esalta il provincialismo, si esalta l'autosufficienza persino appunto getta e di modestissima estensione non solo territoriale, e in cui oggi ci pare che le due Province, Trento e Bolzano, stanno vivendo una notevole divaricazione nella loro identità.

Da un lato il Trentino mi sembra faccia fatica a dare anche un risvolto e una prospettiva culturale a questa sua condizione di autonomia ormai quasi decennale, forte come quella della provincia di Bolzano dove è ben altrimenti motivata e fondata; il Trentino oggi sostanzialmente mi pare che veda emergere al suo interno, come unica proposta culturale e poi vagamente articolata, quella di un rafforzamento del trentinismo, da molte parti e con molte articolazioni, e non solo all'interno delle forze che già nella loro sigla lo rivendicano, ma per il resto ci pare che fatichi a trovare una propria immagine, una propria identità, una propria prospettiva sociale che non sia appunto quella del dire: "cerchiamo di stare meglio che possiamo con i tanti soldi che abbiamo e cerchiamo in questo senso di rafforzare in un certo modo i confini della provincia verso l'esterno"; mi pare che il Trentino faccia una particolare fatica oggi a trovare una sua immagine e appunto una sua vocazione. Viceversa per quanto riguarda il Südtirol, dove sicuramente l'autonomia ha mille ragioni in più

per esserci e fornisce mille stimoli in più per dare un connotato particolare, speciale, a quella provincia, il Sudtirolo l'unico disegno di fondo che a nostro giudizio realmente avanza è un disegno fatto, e l'abbiamo denunciato altre volte, di separazione fra i gruppi etnici da un lato e viceversa di sforzo per distaccare il quadro al quale ci si riferisce, da quello finora vigente, per gli uni volentieri e per gli altri a malo modo e contro la propria volontà.

Questa politica, che sostanzialmente sempre più tenderà a far essere il Sudtirolo non una realtà unica, ma sostanzialmente una realtà spaccata, oggi pone dei seri problemi in particolare alla comunità di lingua italiana, che è incerta se trovare un proprio aggancio col Trentino, come qualcuno propone, e propone come sbocco naturale, come retroterra naturale per il gruppo di lingua italiana in Provincia di Bolzano, o se viceversa sentirsi punta avanzata dello Stato, punta avanzata dei 55 milioni di italiani in quella terra particolarmente difficile.

Comunque anche i maggiori stimoli e la maggiore vitalità potenziale che l'autonomia e il suo risvolto culturale avrebbero nel Sudtirolo, sono oggi, a nostro giudizio, pesantemente compromessi da una persistente politica di accentramento, di soffocamento del pluralismo, di soffocamento di ogni dinamica che in qualche modo disturbi il modello prevalente. Per esempio l'estremo sospetto per l'attività, non dico la presenza di un'università che è stata rifiutata, ma per ogni interessamento di università o di altri organismi culturali nella nostra terra, a meno che non si tratti di indagini commissionate semplicemente dal potere.

Credo che la scuola sia uno, certamente non l'unico, ma uno dei riflessi importanti di questa

asfissia, di questa debolezza della prospettiva culturale della nostra Regione. Una scuola in cui oggi si discute, sia nel Trentino che nel Sudtirolo con diversa portata, si discute quanto debba essere provinciale, quanto debba essere riferita alla specifica realtà locale, oggi sostanzialmente ci pare che non sia attualmente in grado di contribuire a un'elaborazione di massa di una identità culturalmente accettabile e fruttuosa per le nostre popolazioni, non ci pare che la semplice provincializzazione, con tutto quello che ne consegue, possa costituire di per sé una proposta di intervento, di correttivo a questa realtà. Ci sembra che chi oggi lavora per diffamare la scuola, come laboratorio di sovversione, di ideologizzazione estremistica ecc. della gioventù, o viceversa attacca la scuola come luogo di promozione di massa invece che come si auspicerebbe di selezione e di bocciature, non fa un buon servizio alla nostra comunità, ma sostanzialmente favorisce questo genere di asfittico status quo.

E vorrei dire ancora una parola a questo proposito, sui giovani, perchè mi pare che oggi i giovani in entrambe le province della nostra regione si trovino come schiacciati, molte volte, in un'alternativa molto penosa, cioè da un lato l'alternativa del collaborazionismo e lo chiamo consapevolmente così, cioè la prospettiva di entrare interamente, in particolare poi con l'esca della proprietà, dell'eredità, della carriera ecc., comunque di entrare da collaborazionisti nel quadro sociale, culturale, politico predeterminato, o viceversa dell'emarginazione, emarginazione che molte volte può anche significare emigrazione, proprio cioè di andarsene dalla nostra terra.

Oggi probabilmente nel Sudtirolo con dimensioni più preoccupanti che nel Trentino, ma anche nel Trentino c'è una pericolosa perdita

che di anno in anno continua e che, per quanto possiamo vedere noi, si aggrava, una pericolosa perdita di forze vive e particolarmente di forze giovani che lasciano questa realtà. Ma non solo i giovani intellettuali, come qualcuno pensa, risentono di questa ristrettezza; noi conosciamo anche una serie di giovani operai che non saranno poi neanche casi isolati, ma di giovani operai che quando possono lasciano la fabbrica perchè vedono ormai compromessa anche la prospettiva del movimento operaio vitale e che comunque cercano di andarsene da questa nostra regione, e questo credo sia un campanello d'allarme che, comunque, chi voglia pretendere di governare o di rappresentare questa realtà dovrebbe tener conto per non dover poi un domani fare viaggi per andare a trovare questi emigrati, quando ormai la cosa è successa, quando ormai prospettive di ritorno non ce ne saranno più.

Credo che noi ce ne rendiamo ben conto che diversa è questa emigrazione dall'emigrazione per miseria, che c'è stata nel secolo scorso e anche in questo secolo; è diversa perchè in genere sono persone che emigrano non perchè qui non sia possibile trovare nessun lavoro, anche se ci sono di questi casi, non perchè qui ci sia miseria, ma persone che qui ormai si sentono soffocare e che ne traggono le conseguenze in varie maniere e forse l'emigrazione è almeno soggettivamente ancora la meno peggio di queste alternative.

Noi riteniamo dunque che la nostra regione, parlo qui di regione intera e non solo di una singola provincia, abbia un estremo bisogno di forze che promuovano il dialogo, di forze che promuovano la comunicazione, l'interscambio di esperienze tra diverse realtà non solo linguistiche, non solo culturali, ma anche tra diverse realtà

sociali, tra diverse realtà nella loro collocazione e nel processo produttivo ed economico di classe; oggi noi rischiamo, in una regione particolarmente pluralistica per quanto riguarda le forze presenti, ma in una regione fatta così, rischiamo sempre di più che si moltiplichino le esperienze, i linguaggi rispettivamente non comunicabili tra di loro e in questo senso i ghetti, quando di tipo etnico, quando di tipo corporativo, quando anche di tipo ideologico e culturale, insomma i ghetti di stampo parrocchiale, non per riferirmi adesso specificatamente e solo alla realtà ecclesiastica, ma i ghetti o le parrocchie tra loro non comunicanti. In questo senso riteniamo che nella nostra regione ci sia un particolare bisogno di sviluppare momenti di mediazione, di incontro, di dialogo e di confronto che oggi pericolosamente ci sembrano mancanti o deboli.

E qualcuno pensa, e l'abbiamo sentito dire anche oggi in quest'aula, che i nostri problemi potrebbero trovare questo maggior respiro orientandosi verso l'Europa e in questo c'è sicuramente anche un granello di verità; un orientamento verso un contesto più ampio che non sia semplicemente e sempre caratterizzato dalla contrapposizione, per esempio, tra mondo tedesco e mondo italiano, offre sicuramente anche una prospettiva maggiore e apprezzabile e importante. Però molte volte questo genere di aperture, o questo genere di pretese aperture, molto più che essere vere aperture sono in realtà semplici spostamenti di gravitazione, sono semplicemente spostamenti di accenti che in realtà non comportano una vera apertura, non comportano una sorta anche di sprovvincializzazione e di allargamento di orizzonti e di prospettive ed anche di interlocutori, ma semplicemente un ricambio di interlocutori, semplicemente una sostituzione di interlocutori, gli uni meno graditi, gli altri più.

Questo è anche il senso, — e nessuno pensi che noi siamo ossessionati, come qualcuno ci ha voluto dire in altra occasione —, questo è il senso della nostra denuncia che conduciamo da tempo contro l'intensificazione, per esempio, dell'influenza diciamo "straussiana", non intendendo solo il singolo personaggio, ma l'intera portata di un disegno politico che oggi ci pare miri proprio a questo, cioè di creare, di sollecitare nell'arco alpino tutti i corporativismi possibili, tutti i provincialismi possibili, proponendosi però poi, come potenza in un certo senso unificatrice e tutelare di questa somma di corporativismi, con un preciso segno sia di classe, sia anche, a nostro giudizio, di conservazione e anche di provocazione per quanto riguarda il confronto internazionale. Per questo anche noi eravamo preoccupati, l'abbiamo espresso in altra sede, che Strauss una volta perso a Bonn non cominci a vincere, per esempio, a Bolzano o a Trento o in altre realtà dell'arco alpino.

Detto ciò, noi vogliamo però sottolineare, con convinzione e con forza, che noi crediamo nella necessità di approfondire in un confronto aperto e non certo delimitato alle forze politiche istituzionalizzate, la particolare autonomia, e vorrei dire di più, quello che in tedesco chiamiamo *Eigenständigkeit*, cioè lo stare a sè in un certo senso della nostra Regione. Perché noi riteniamo che troppe volte le forze sociali e politiche non abbiano tenuto conto di questa *Eigenständigkeit*, cioè di questo stare a sè, in particolare ci sembra che il notevole rafforzamento delle autonomie in quest'ultimo decennio non abbia con lo stesso ritmo prodotto conseguenze sociali e culturali nelle organizzazioni sociali. Faccio alcuni esempi. In passato e ancora oggi ne portiamo le conseguenze, le organizzazioni di tipo

sindacale erano sostanzialmente costituite a livello nazionale più una traduzione locale, traduzione nel caso del Sudtirolo significava anche traduzione in tedesco, nel caso del Trentino spesso negli ultimi anni non significava niente. E oggi ci si meraviglia da qualche parte, qualcuno anche si allarma, quando vediamo che nel mondo sindacale trentino emergono vocazioni particolaristiche, la più importante delle quali ci sembra segnata dall'accordo alla Grundig di Rovereto, cioè una scelta che ha messo al centro la classe operaia trentina, anche contro e a danno della classe operaia di altri posti, e una scelta ancora più spinta, come quella del sindacalismo entico dell'A.S.G.B., nel Sudtirolo, che fa questa scelta tutta ed intera e che dallo stare a sè della nostra realtà regionale trae la conseguenza di costituirsi appunto in corpus particolare.

Ora noi riteniamo che in passato molto danno abbiano fatto le forme di organizzazione sociale e politica che semplicemente concepivano le organizzazioni locali come una specie di filiali, come concessionarie di una grande centrale. Noi pensiamo che ormai tutti si comincino a rendere conto che questo principio dell'apparato centrale, che poi ha la sua concessionaria, che poi ha la sua filiale nel Sudtirolo e nel Trentino, oggi fa acqua da tutte le parti. Non vorremmo che la risposta a questa politica sbagliata del passato oggi fosse viceversa, come da più parti emerge, una proposta di isolazionismo, cioè una proposta, viceversa, di organizzazioni tutte e solo riferite alla realtà locale, di organizzazione sociale, culturale, sindacale, politica e così via, tutta e solo riferita alla realtà locale, senza neanche più vedere cosa sta intorno. Noi vediamo questo pericolo non solo come ho detto a mo' di esempio nel mondo sindacale, lo

vediamo a livello associazionistico nella cultura, lo vediamo perfino a livello ecclesiastico, a livello civile, più in generale.

E noi pensiamo che la nostra esperienza, che abbiamo cercato di sviluppare all'interno di questo ambito della Nuova Sinistra, sia un'esperienza fin qui, da questo punto di vista, sostanzialmente positiva, cioè quello di farsi carico interamente della particolarità e anche dello stare a sè della realtà locale, ma che nello stesso tempo si rifiuta di chiudere gli occhi e di isolarsi nei confronti di quello che sta intorno, senza però mai accettare di essere semplicemente la filiale o la concessionaria di qualche cosa che esiste o a livello nazionale, o a livello estero, o comunque a livello più generale.

Voglio anche toccare un attimo la questione dei partiti, della politica intesa in senso stretto. Molti di noi credo che, almeno in sede non ufficiale, se la sentirebbero di sottoscrivere un'affermazione di questo tipo: cioè che paradossalmente è molto più facile costruire unità e solidarietà ed esperienze comuni tra la gente normale che non tra la gente incanalata, inquadrata ecc. per partiti.

E nello stesso tempo, paradossalmente, ognuno di noi può confermare che è molto più facile mettersi d'accordo "tra politici", perchè la comune vocazione ministeriale in questo sembra avere una spinta quasi irrefrenabile, e che la mistificazione politica come tale, finisce per cogliere i suoi adepti fin giù ai livelli anche molto bassi nelle organizzazioni più o meno piramidali dei partiti.

Ora noi sappiamo bene che non si può semplicemente con un colpo di spugna cancellare una realtà, per esempio, partitica, fatta di partiti, quando non c'è nient'altro, oggi ancora almeno visibile, che possa articolare in forme nuove, diverse e più dinamiche la realtà sociale. Tuttavia nessuno ci leverà, a meno che non possa esibire

un'esperienza valida, la convinzione che oggi l'articolazione, l'organizzazione partitica, certo con differenze tra le singole forze, ma anche con pesanti elementi di omogeneità e di analogia, in realtà oggi molto spesso impedisce la mobilitazione civile, impedisce la reale partecipazione sociale e critica della gente, piuttosto che promuoverla. Io credo che si debba cominciare a trarne delle conseguenze. Sicuramente la destra in senso più lato, infatti le forze della conservazione e della reazione oggi possono guardare con una certa soddisfazione allo sviluppo degli ultimi anni, nel senso che anche queste cose che adesso ho cercato di tratteggiare sono in fondo o in parte elementi programmatici addirittura di molte forze della conservazione e quindi queste forze potrebbero dire: abbiamo lavorato bene, abbiamo ottenuto non solo una frantumazione delle varie forme di lotta di classe, di lotta sociale, ma abbiamo anche ottenuto un consolidamento, non solo dell'egemonia reazionaria o conservatrice a seconda dei casi e dei luoghi, ma abbiamo anche ottenuto un appannamento fino a renderla evanescente di ogni prospettiva di alternativa e di ricambio. E questo è sicuramente motivo di legittima soddisfazione della destra, direi tanto più legittima quanto meno ne ha i meriti esclusivi, perchè questo indebolimento di ogni prospettiva e di alternativa è sicuramente non solo merito della destra e della bontà delle sue proposte, ma in gran parte anche merito di pesanti e pervicaci errori nella sinistra. E in questo senso credo che se la destra oggi può cantar vittoria, vedremo per quanto tempo, ma sicuramente per un ciclo storico che non sarà brevissimo, noi pensiamo che la sinistra, cioè le forze che genericamente si richiamano al progresso, alla democrazia, alla trasformazione sociale, oggi debbano fare uno sforzo particolare non tanto per costruire l'unità tra i loro apparati, cosa del resto dimostratasi

da tempo vacua e impossibile, ma di aprire le proprie porte alla società, non semplicemente per pretendere che quello che avviene nella società reale entri in queste strutture, ma viceversa per uscire finalmente fuori dai comitati centrali, dai comitati federali, dalle segreterie, dagli esecutivi o comunque si chiamino, e di entrare molto di più a contatto con quello che realmente si muove nella società.

Qualcuno ogni tanto ci rimprovera di aver voluto svolgere la nostra esperienza politica e culturale al di fuori dei partiti e anche quando abbiamo deciso di presentarci in sede istituzionale di non aver voluto fare anche noi, di non aver voluto svolgere un processo di trasformazione in partito, in un ordinato e rispettabile partito. Noi pensiamo che all'interno dei partiti, per quanto riguarda ormai gli ultimi 15 anni, all'interno dei partiti le forze, che si rifanno a noi, sicuramente non sarebbero riuscite a mettere in movimento e a incidere nella misura che invece ci è stata possibile operando al di fuori dei partiti. Noi siamo convinti di essere riusciti a contribuire, — dico contribuire perchè non rivendichiamo nessun esclusivismo —, ma a contribuire a molti processi di apertura di movimento, di aver contribuito ad ad imporre delle tematiche di cui oggi anche i partiti e non solo quelli della sinistra, devono tener conto, di aver operato e di operare all'interno della società e anche nei confronti delle istituzioni dei partiti in un modo che mai ci sarebbe stato possibile dall'interno dei partiti. Noi non siamo sicuri se per questo nostro sforzo sia necessario e se sia utile essere anche presenti a livello istituzionale; per noi è un'esperienza, in un certo senso è anche un esperimento, che noi stiamo conducendo, la cui valutazione la condurrà tutta la gente che ne è coinvolta, che ne è utente in un modo o nell'altro, per trarne poi il nostro bilancio.

Però rispetto alle forze della sinistra, rispetto alle forze che sono impegnate per una trasformazione sociale in senso progressista, per quanto equivoca questa parola oggi possa essere diventata, noi riteniamo che sia venuto il momento di uscire un po' dal guscio a volte della superbia o della boria di partito e a volte comunque dell'autosufficienza di strutture di apparato molto spesso preoccupante più della conservazione della propria immagine, della propria fetta di opinione, che non della trasformazione sociale al cui servizio in realtà si pretende di essere.

Devo toccare ancora un altro punto che riguarda più specificatamente la crisi dell'autonomia e secondo noi anche del "pacchetto".

Anche questo è un punto che nella relazione del Presidente Pancheri ho trovato, seppure in forma spesso cauta e sicuramente consapevole degli equilibri che si dovevano rispettare, una sua considerazione.

Noi abbiamo detto qui non da oggi e non solo da quando sono scoppiate le prime bombe, ma da quando siamo entrati in quest'aula, abbiamo detto che a nostro giudizio i segni della crisi del "pacchetto", di questo assetto autonomistico, non globalmente, non per tutto quello che io concerne, ma i segni della crisi erano innegabili, erano sotto gli occhi di tutti. Oggi questi segni di crisi sono diventati più preoccupanti e anche più manifesti, tanto che comincia a interessarsene e a volte a preoccuparsene l'opinione pubblica italiana e internazionale, e vengono degli inviti dai giornali, anche se è un po' triste pensare che per un traliccio scoppiato vengano a fare inchieste sulla questione sudtirolese, mentre la realtà ordinaria, mentre la realtà di tutti i giorni ovviamente non ha questo potere di amplificazione e di richiamo.

Ci sono quindi le bombe che cominciano a

preoccupare e a suonare un campanello di allarme qua e là, vi sono ricorrenti sintomi di internazionalizzazione della questione sudtirolese a vari livelli. Ricordo tanto per fare alcuni esempi i rapporti interstatuali tra Italia e Austria, ricordo la visita di Colombo a Vienna, le affermazioni del ministro Pahr all'ONU e quelle fatte dopo la visita di una delegazione della S.V.P. a Vienna, ricordo iniziative al Parlamento europeo che hanno visto promotore tra gli altri il parlamentare europeo della S.V.P. Joachim Dalsass, eletto nelle liste democristiane, o apparentemente con le liste democristiane, S.V.P.,

ABGEORDNETER (S.V.P. - Edelweiß)

LANGER (N.L.-N.S.): S.V.P. - Edelweiß. Nur eine kleine Klammer: Es wäre vielleicht interessant, Herr Kollege Kaserer, wenn Sie sich gelegentlich das Heft der christdemokratischen Fraktion im Europaparlament zeigen lassen und sich dort anschauen, wie dort das Verhältnis zwischen dem Edelweiß und dem "scudo crociato" dargestellt wird. Das wäre von einigem Interesse für Sie und vielleicht für die Bevölkerung ins Südtirol. Zu Ihrer gefälligen Beachtung, danke!

(UN CONSIGLIERE: L'Edelweiss dello S.V.P.)

LANGER (N.L.-N.S.): L'Edelweiss dello S.V.P. Vorrei dire qualche cosa per inciso: collega Kaserer, sarebbe interessante, se Lei si facesse vedere con comodo lo stampato del gruppo della Democrazia Cristiana del Parlamento europeo, per rendersi conto come ivi è rappresentato il rapporto tra l'Edelweiss e lo "scudo crociato". Ciò sarebbe di un certo interesse per Lei e forse anche per la popolazione dell'Alto Adige. Pon-

go tanto alla Sua gentile attenzione, grazie!)

Ritorno al filo del discorso. Dicevo che questa internazionalizzazione non è solo quella più vistosa e più visibile quando si svolge in sedi internazionali; noi vediamo come un segno di internazionalizzazione, a nostro giudizio pericolosa e destabilizzante, anche la sempre più frequente invocazione della Schutzmacht da entrambe le parti, cioè della potenza tutelare, non solo da parte della S.V.P., ma segni in questo senso ci sono stati recentemente anche per esempio dalla D.C. di Bolzano, anche se attualmente sembra che si sia fatto di nuovo marcia indietro, in attesa dell'incontro, che pare sia per domani, tra Magnago e Forlani. Questa invocazione delle potenze tutelari, che ognuno ha o pensa di avere alle spalle, è sicuramente un sintomo che, almeno così come lo vediamo svolgersi sotto i nostri occhi, è di destabilizzazione ed è di preoccupazione, così come è motivo di preoccupazione la discussione rinnovata da qualche mese in qua sui confini. E' da tempo che la discussione sui confini, intendo confini di Stato, non veniva riproposta con tante varianti e anche a volte con tante fantasiose illazioni, quanto in questi ultimi mesi, ma a noi non pare che questo contribuisca alla distensione e alla pacificazione della situazione e chi promuove questo genere di dibattito deve anche assumersene poi la responsabilità. Così come più in generale c'è un sicuro aumento di tensione che si può notare nella nostra Provincia, e di cui la stessa natura della Giunta provinciale di Bolzano, che ostina a chiamarsi Giunta formata a solo titolo etnico, è un sintomo, che abbiamo denunciato fin dal primo momento; cioè è in qualche modo sintomatico che i rappresentanti, pur entrambe democristiani, che rispettivamente rappresenta-

no le forze di governo all'interno del gruppo di lingua tedesca e all'interno del gruppo di lingua italiana, abbiano trovato o affermino di aver trovato ragioni di coesistere solo in base a una norma statutaria che li costringe praticamente ad un matrimonio di interessi.

In questo senso quindi noi, non da oggi, abbiamo sottolineato il rischio di un aumento di tensione e l'abbiamo puntualmente visto verificarsi questo aumento e riteniamo che oggi si assista, soprattutto da circa un anno in qua, cioè da quando avviene una più consapevole programmazione anche dello sviluppo economico della nostra Provincia attraverso gli strumenti del piano triennale, vediamo con preoccupazione una politica che, a nostro giudizio, tende a far coincidere in prospettiva sempre di più la spaccatura etnica anche con una spaccatura sociale, perchè sempre di più tende a costituire differenze materiali tra i gruppi etnici e quindi al limite, anche se so che questo limite non può essere raggiunto, ma al limite una diversa collocazione di classe di un gruppo e dall'altro, rispettivamente di un gruppo e delle forze che riesce ad assimilare e dell'altro gruppo e delle altre forze che, venendo espulse dal gruppone, vengono a trovarsi al suo fianco nell'emarginazione.

Di questo rischio di trasformare la spaccatura etnica anche in una spaccatura di ordine economico e sociale, a nostro giudizio oggi pesantemente presente, è il caso che le forze della sinistra ne tengano debitamente conto e si muovano di conseguenza. Noi abbiamo l'impressione, per concludere questo giudizio, abbiamo l'impressione che la nostra autonomia, sia regionale che provinciale, abbia subito una specie di perverso capovolgimento di alcune delle ragioni che ne erano state alla base, direi un perverso immeschinimento in cui gli ideali e le cause

nobili, in vista delle quali queste autonomie così articolate erano state congegnate, — parlo della tutela delle minoranze, della convivenza, dello sviluppo di una democrazia basata anche su una pluralità di gruppi etnici conviventi; parlo della garanzia dei diritti all'identità, alla lingua, allo sviluppo della propria identità collettiva e individuale —, cioè come se questi valori sicuramente tutti nobili ed importanti, presenti nelle motivazioni dei nostri ordinamenti, abbiano subito via via un progressivo immeschinimento bottegaio, quando non capovolgimento addirittura, tanto da farci ritenere, come in analogo dibattito al precedente bilancio è stato proposto da qualche altra parte, da farci ritenere quanto mai urgente e quanto mai necessario un ripensamento molto aperto, molto spregiudicato, molto fuori dagli schemi, che sicuramente non può essere fatto in un dibattito in una sede come questa, delle ragioni che hanno ispirato il nostro ordinamento autonomistico e degli effetti che ne sono venuti fuori per vedere se si è sbagliato in qualche punto e dove, se lo sbaglio o gli sbagli sono da ricercarsi alla fonte, o se è tutta questione, come qualcuno afferma, solo di cattiva gestione o quali possono essere altrimenti le origini, le cause di questi manifesti sintomi di crisi che ho prima cercato di rievocare.

Da parte nostra noi sicuramente intendiamo concorrere o, se necessario, promuovere forme di riflessione e di revisione di questo genere.

Per quanto riguarda specificatamente la situazione sudtirolese, sappiamo benissimo che non basta la denuncia, ma che bisogna anche operare per venirne a capo.

Voglio richiamare alcuni dei filoni sui quali noi cerchiamo di operare. Sicuramente uno è quello che riguarda il rapporto tra i differen-

ti gruppi etnici e la promozione di forme di collaborazione, di incontro, di cooperazione, di contatto e di scambio, sostanzialmente forme di compresenza, forme di vita che facciano sì che nessuno possa vivere da noi, prescindendo dall'esistenza degli altri, quasi cancellandoli dal loro orizzonte di vita. Sicuramente anche la promozione di un sempre più diffuso bilinguismo fa parte, secondo noi, delle condizioni per uno sviluppo diverso. In questo senso noi lavoriamo e cerchiamo di spingere anche altri a lavorare: per una politica di incontro invece che di scontro, e questa è la ragione, e mi permetto di richiamarla in occasione della trattazione del bilancio per l'81, questa è la ragione per cui con tanta preoccupazione e, se volete, anche con tanta veemenza noi ci opponiamo a che venga effettuato, così come previsto, il censimento etnico con conseguente catasto etnico individuale, singolare, per ogni persona. E ci ha molto amareggiato non sentire neanche una parola problematica, di riflessione critica, cioè una parola qualsiasi... Allora ritiro quanto detto, si vede che non ho letto con abbastanza attenzione; mi scuso quindi per questo riferimento improprio.

Tuttavia il fatto non è solo quello che se ne deve parlare e finalmente anche gli organi di informazione ufficiale dovrebbero cominciare a parlarne, ma soprattutto ci pare sia il caso di fare qualcosa, perchè sicuramente ci sono, — è stato sollevato il problema positivamente da diverse parti al Senato, proprio tre giorni fa —, ci sono migliaia di persone che, per condizioni soggettive, non possono o non vogliono accettare un incasellamento etnico vincolante, individuale per dieci anni, con tutte le conseguenze che ne derivano, ma soprattutto, al di là anche di queste migliaia di casi individuali, vi è una ragione

complessiva che ci pare che nessuno abbia finora, all'infuori dell'ambito in cui operiamo noi, messo sufficientemente in luce, cioè il rischio di una radicale, profonda separazione di un confine visibile, che viene tracciato singolarmente, persona per persona, tra i gruppi linguistici della nostra Provincia. E questa è la ragione per cui di questa nostra preoccupazione ne sentirete parlare ancora e mi auguro che qualcun altro in questo dibattito entri nel merito.

La nostra linea, come abbiamo più volte spiegato e come mi sembrava che lo stesso Presidente della Giunta nella sua relazione, almeno in termini problematici, mostrasse di comprendere, è quella di cercare di sviluppare una critica democratica, una critica quindi aperta, che non si nasconda dietro le sigle o le bombe, ma una critica democratica ed aperta a quegli aspetti degli ordinamenti autonomistici che riteniamo controproducenti, che riteniamo pericolosi. E questa critica democratica, a nostro giudizio, dovrebbe essere raccolta come provocazione, come stimolo, comunque lo si creda, anche da parte delle altre forze della sinistra, che troppo spesso, a nostro giudizio, perchè hanno dato quel voto in Parlamento, pensano forse di essere messe al riparo di ogni analisi critica e problematica di tutto il congegno statutario, comprese le sue norme di attuazione.

E ci sembra che in questa direzione la sinistra non possa limitarsi alla difesa d'ufficio di ordinamenti, sicuramente a suo tempo congegnati in un grande passo avanti, positivo quindi, autonomistico, o anche con alcuni aspetti che ci pare abbiano favorito, quando non provocato, quella crisi del "pacchetto" che oggi vediamo. Però noi cerchiamo di operare anche al di fuori di questa realtà locale, oggi in particolare e con più intensità che non negli anni passati, per guada-

gnare attenzioni ed amici democratici al Sudtirolo sostanzialmente, per guadagnare attenzione ed amici democratici prima che un'altra volta un conflitto, magari più violento di quanto non lo sia ora, renda difficile per il mondo circostante la comprensione di quello che avviene da noi e ancora più difficile renda la partecipazione o la soluzione di questo conflitto. Perchè noi non ci nascondiamo la diversa qualità di una radicalizzazione che avviene prima di una soluzione e di una radicalizzazione che avviene dopo la soluzione, che quindi dimostra che quella soluzione ovviamente ha degli aspetti, che in qualche modo o per qualcuno o per tutti non vanno bene.

Quindi mi pare che la diversa qualità della crisi, anche degli atti di violenza che si sono verificati, e della crisi del "pacchetto" che si nota, sia una diversa qualità molto preoccupante e che in prospettiva rappresenti una prospettiva di scontro questa volta, non tanto tra minoranza e Stato, quanto tra i gruppi etnici conviventi, il che ci sembra molto più pericoloso e molto più carico di una dinamica potenzialmente, pur nel nostro piccolo, da guerra civile, cosa che certamente nessuno si può augurare.

In questo tentativo di guadagnarci amici democratici per la nostra terra, noi crediamo che ci sia anche uno sforzo contro la provincializzazione, cioè uno sforzo di provincializzazione e quindi uno sforzo contro l'inserimento che dicevamo prima.

Ci è parso interessante che nel dibattito al Senato, che si è svolto due giorni fa, questi sforzi abbiano trovato anche qualche riflesso. Noi abbiamo colto con interesse una posizione, a nostro giudizio, nuova e più aperta in particolare da parte del partito comunista, che per la prima volta, almeno sulla questione del censi-

mento, si è contrapposto al Governo e ha, con un'apertura che fin qui non avevamo conosciuto, prospettato la problematica del censimento anche se non indicava nessuna soluzione e sostanzialmente proponeva soltanto che si esaminasse la questione con spirito di comprensione per gli aspetti più problematici. Però ci è sembrato un passo in avanti, un allargamento quindi dell'attenzione, della sensibilità che sicuramente...

(Interruzione)

LANGER (N.S.-N.L.): No, appunto la differenza era questa: che quando alla Camera da parte del gruppo radicale veniva prospettata la problematica del censimento, sia il gruppo socialista che il gruppo comunista hanno votato contro; invece due giorni fa è avvenuto....

(Interruzione)

LANGER (N.S.-N.L.): ... tardivo e in cui questo problema veniva eluso; invece per la prima volta, ci pare due giorni fa al Senato, nel documento prospettato, credo primo firmatario Maccani, se non sono informato male, per la prima volta c'è stata un'apertura che, secondo noi, è un positivo passo in avanti, che ci auguriamo poi ne coinvolga anche altri, e non si fermi qui. Questo passo in avanti appunto ci è sembrato interessante e ci ha fatto piacere.

Mi avvio quindi a concludere, scusandomi anche per aver forse un po' abusato della pazienza del Consiglio.

Nella situazione generale in cui anche noi ci troviamo inseriti, molti, in particolare tra le forze di sinistra, ma non solo, oggi si trovano davanti a una crisi delle prospettive generali.

Non è un caso che, per esempio, questa cosid-

detta seconda svolta di Salerno del PCI, in cui per la prima volta da molti anni parla di ricambio di Governo, parla di alternativa, parla sostanzialmente di una cacciata della Democrazia Cristiana, almeno nella sua grande maggioranza, dal Governo, che questa proposta in realtà, più che esprimere una prospettiva, a nostra giudizio purtroppo esprime oggi una sostanziale assenza di prospettiva, perchè la base sociale e il consenso e la forza per questa prospettiva, che forse qualche anno fa poteva esserci, è stata sistematicamente logorata e distrutta, fino a rendere purtroppo del tutto incredibile e sicuramente inagibile questa proposta di Salerno.

E noi pensiamo che la prospettiva di uno Stato, in cui il partito che da sempre lo governa, da quando è stato rifondato, ormai sembra ulteriormente privo di ricambio e minacci esplicitamente come unica prospettiva di ricambio la Turchia, così è avvenuto persino nel recente discorso di insediamento di Forlani in cui praticamente si dice: "l'alternativa a noi è la Turchia", cioè sono i militari che fanno pulizia, si esprime questa preoccupazione, ci pare che la crisi di prospettiva, la difficoltà di vedere una prospettiva sia non solo nostra, sia non solo della sinistra o forse dell'estrema sinistra, ma sia molto più generalizzata. Ed è probabilmente un peccato che le forze, che hanno governato fin qui questo Stato, abbiano sistematicamente anche soffocato una prospettiva di ricostruzione per esempio su base regionale, cioè il fatto che le Regioni siano state così ampiamente svuotate — non è il caso della nostra, ma delle Regioni in generale —, ricostruzione che ha sicuramente privato questo Stato di una possibile dinamica di rigenerazione e di ricambio, cosa di cui oggi si pagano le conseguenze.

E se noi dicevamo prima che la destra oggi può essere contenta a veder passare qualche cadavere di nemico che va già per il fiume, noi riteniamo che questa contentezza sia appunto di breve durata, perchè chiunque lavora per produrre o rafforzare degli squilibri, sa che prima o dopo questi squilibri si scatenano, sa che prima o dopo questi squilibri tra le classi, tra nord e sud ecc., nel nostro caso anche tra i gruppi linguistici e così via, prima o dopo si scatenano. E questa non è una prospettiva di cui credo le stesse forze che si rifanno alla conservazione o alla reazione possono poi trarre chissà quale grande vantaggio.

Se noi ci sforziamo di mobilitare e di esprimere, di rappresentare, di stimolare, di mettere in movimento ogni qual volta riteniamo di poterlo fare, le forze che spesso definiamo dell'altro Sudtirolo o rispettivamente dell'altro Trentino, allora intendiamo qualcosa che non si rivolge tanto ai partiti o alle istituzioni, ma che si rivolge nel senso più lato alla gente, alla popolazione della nostra regione. E questo altro Sudtirolo, questo altro Trentino è sicuramente qualcosa di più e di diverso da un semplice schieramento politico, di cui noi non pretendiamo di avere la rappresentanza in esclusiva, sia ben chiaro.

Sappiamo che questo altro Sudtirolo e questo altro Trentino sono destinati a rimanere una minoranza, quindi senza nessuna prospettiva di potere o di governo, destinati a restare una minoranza, almeno finchè funziona la ruota molto ben oliata dei vostri meccanismi di divisione, di spartizione, di controllo sociale, di sovvenzione e quindi anche di raccolta del consenso. Ma è una minoranza attiva che probabilmente almeno può contribuire a tenere aperta una porta, che altrimenti sempre più sentiamo che rischia di chiudersi.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Achmüller)

PRESIDENTE: La parola al cons. Oberhauser.

Das Wort hat der Abgeordnete Oberhauser.

OBERHAUSER (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich wollte eingangs ein Wort zum Kollegen Lunger sagen, aber es ist eigentlich nie möglich, ihm etwas direkt zu sagen, denn er kommt, schreit, poltert und polemisiert und dann geht er, denn er hat ja schließlich auch etwas anderes noch zu tun, wie man hier sieht. Seine Polemiken gegen die Südtiroler Volkspartei, die krankhaft zu sein scheinen, möchte ich nach der Wiener Ausdrucksweise sagen, die er eigentlich verstehen müßte, nachdem er lange in Wien war, seine Äußerungen wollen wir nicht einmal ignorieren, d.h. wir haben sie gar nicht wahrgenommen.

Sehr geehrter Herr Präsident! Der Bericht zum Haushalt der Region für 1981 ist im Verhältnis zu den Einnahmen und Ausgaben von 33 Milliarden Lire sehr umfangreich ausgefallen, vielleicht zu umfangreich. Sie haben in Ihrem Bericht versucht, der Region eine Bedeutung zu geben, die sie einfach nicht mehr hat, und wir Südtiroler sind froh, daß diese Region nicht mehr jene Rolle spielt, die sie gespielt hat und die Sie, Herr Präsident, laut Ihres Berichtes gerne hätten, daß sie diese Rolle noch immer spielen würde. Ich muß hier den Kollegen Benedikter, Fraktionssprecher der Südtiroler Volkspartei im Regionalrat, zitieren, der schon vor einigen Jahren in diesem Hause zur Lobhymne auf die Region folgendes ausgeführt hat — und ich muß seine Ausführungen noch einmal wiederholen —: "Ich muß sofort sagen, daß ich die rechtsphilo-

sophische Begründung nicht teilen kann, wenn man etwa nach dem Vorbild der nach wie vor aktuellen Philosophie Thomas von Aquin's zwischen Form und Materie unterscheidet und die Regionalautonomie im allgemeinen als eine der gesamteuropäischen Entwicklung angemessene Form der Bewältigung öffentlicher Aufgaben auf der Ebene zwischen Gemeinde und Staat ansieht. Siehe die Entwicklung zur Regionalautonomie in Großbritannien, wobei Schottland und Wales gleich wie Südtirol durch die ethnisch-sprachlichen Gegebenheiten in erster Linie für die Selbstregierung vorherbestimmt sind. Dann ergibt sich, daß die aus den Provinzen Bozen und Trient bestehende Materie, dieser politische Rohstoff, nur eine ihm angemessene politische Form der Autonomie erhalten kann. Wenn also die Regionalautonomie auf die Provinz bezogen das Angemessene ist, woran heute in Italien eigentlich niemand mehr zweifelt, dann wird die die zwei autonomen Provinzen umfassende Region zum überflüssigen Überbau". Das sind seine Worte!" Ja, ich füge hinzu", — hat er damals erklärt — "wenn die Autonomie der Provinz Trient nur durch das Fortbestehen dieses Überbaues gerechtfertigt werden kann, dann ist es um die Autonomie des Trentino schlecht bestellt. Die heutige Region ist weder Mittlerin zwischen den Volksgruppen in Südtirol, noch etwa Schutzmacht der italienischen Gruppe. Dafür sind in die neue Provinzautonomie andere Kontrollen eingebaut und uns aufoktroiert worden — ich meine die Haushaltsgarantie und den Rekurs an den Verfassungsgerichtshof und an den Staatsrat von seiten der italienischen Gruppe. Diese Region hat keine wie immer gearteten Titel als Synthese beider Provinzen aufzutreten. Sie könnte jedoch, solange sie besteht, auf den wenigen ihr

verbleibenden Sachgebieten gewissermaßen selbstredend für beide Provinzen die Anpassung der chaotischen staatlichen Gesetzgebung an Ort und Zeit vornehmen und die verbliebenen Kompetenzen wahrnehmen, was sie ja in sehr positiver Weise tut."

Dieses Loblieb, Herr Präsident, auf die Region vertragen wir Südtiroler nicht gerne, denn wir erinnern uns noch zu gut an die Zeit, wo die Befugnisse und die Kompetenzen bei der Region lagen und wir Südtiroler in diesem Regionalparlament in der Minderheit waren und auch heute sind und deswegen unsere Rechte als volkliche Minderheit arg beschnitten wurden. Wir erinnern uns auch noch zu gut an das Gruber-Degasperi-Abkommen, wo es dem geschickten Degasperi gelungen ist, die Autonomie, die eigentlich nur für Südtirol gedacht war, auf die ganze Region Trentino-Südtirol auszudehnen und demzufolge wir Südtiroler wieder in Minderheit im Regionalrat geblieben sind mit all den Folgen und Konsequenzen für die Südtiroler Bevölkerung. Wäre die Region das gewesen, was Sie in ihr sehen, und wäre sie zum Schutz unserer volklichen Minderheit gewesen, wäre es 1957 nicht zur Kundgebung auf Sigmundskron gekommen. Es wäre dann auch sicherlich nicht zum Losungswort der Südtiroler Volkspartei gekommen, das gelautet hat: Los von Treint. Dieses Losungswort wurde bestimmend für die konsequente Politik der Südtiroler Volkspartei, die in der neuen Autonomie durch die Paketabstimmung ihren Niederschlag gefunden hat. Wir wollen auch einmal ganz deutlich festhalten, daß der wirtschaftliche, kulturelle und politische Aufschwung in Südtirol aufgrund der neuen erweiterten Landesautonomie begonnen hat. Wir gönnen es auch der Trentiner Bevölkerung, die durch unser politisches Handeln auch eine

Landesautonomie erhalten hat und sich dadurch auch autonom entwickeln und entfalten konnte. Sicher aber ist, daß es ohne den Volkstumskampf der Südtiroler nie zur neuen Landesautonomie für beide Provinzen gekommen wäre. Sicher scheint auch, daß die schöne, hart umkämpfte Landesautonomie bald eine Farce zu werden beginnt, wenn wir finanziell ausgehungert werden und sowieso keine Finanzhoheit besitzen. Der Landeshaushalt Südtirol für 1981, den wir kürzlich im Landtag verabschiedet haben, ist mit 700 Milliarden Lire Ein- und Ausgaben ausgeglichen und der Staat schuldet uns vom laufenden Haushalt und von den vorjährigen Haushalten noch immer die gleich hohe Summe von 700 Milliarden; also sind unsere alten Guthaben gleich hoch wie die Bilanz für 1981. Das ist doch eine untragbare und absurde Situation, in der wir uns befinden. Wir können also die Verwaltung nur aufrechterhalten, indem wir Kassavorschüsse bei einheimischen Banken aufnehmen, dafür teure Zinsen zahlen, die uns Rom nicht verrechnet und zahlt. Bis jetzt haben wir über 7 Milliarden Zinsen bezahlt und bis Jahresende könnten es leicht 9 Milliarden werden, wenn aus Rom nicht bald Gelder kommen. Und dieses ist kaum zu erwarten aufgrund der schrecklichen Naturkatastrophe, die sich in Südtalien ereignet hat.

Herr Präsident! Lassen wir die Region, das was sie noch ist! Wir sind mit den hervorragenden Verfassungsrechtlern einig, die Sie in Ihrem Bericht zitieren, daß die Region ausgehöhlt worden ist durch die Reform von 1971. Sie ist sicherlich nur aus Prestige Gründen erhalten geblieben. Sie soll nun die Kompetenzen, die noch verblieben sind, wahrnehmen, was sie ja in vorbildlicher Weise tut, aber lassen wir keine Nostalgie für die Region aufkommen, denn wir wollten sie beschneiden und aushöhlen und daß dies ge-

lungen ist, rechnen wir Südtiroler zu unseren großen Erfolgen. Einverstanden sind wir mit Ihrer angekündigten EntschlieÙung an die Adresse Roms, damit endlich die noch fehlenden Durchführungsbestimmungen erlassen werden. Allerdings bestehen wir, daÙ – und das sei auch klar gesagt – auch die fehlenden Durchführungsbestimmungen die Zustimmung der Südtiroler Vertreter in der 6er- und 12er-Kommission finden müssen, damit echter Frieden bei unseren Volksgruppen sein kann.

Zur neuen Attentatswelle, die unser Land wieder heimgesucht hat, haben wir kürzlich im Südtiroler Landtag ganz klar und unmiÙverständlich Stellung bezogen, so daÙ dieser klaren Stellungnahme nichts mehr hinzuzufügen ist. Wir wollen nur noch einmal betonen und erklären, daÙ wir jede Gewaltanwendung und jede Art von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ganz kategorisch und entschieden ablehnen, von welcher Seite diese Gewalt auch immer kommen mag. Wir sind für ein friedliches Nebeneinander und je klarer wir trennen, desto leichter ist dieser soziale Frieden zu erhalten. Dafür einzustehen, sind wir alle aufgerufen, unseren Beitrag zu leisten.

Es stimmt, Herr Präsident, daÙ diese Republik Zerfallserscheinungen aufweist. Der Skandal um den Brennstoffhandel hat längst schon Watergate-Dimensionen erreicht. Der Steuer-skandal schadet nicht nur dem Ansehen der Finanzpolizei. Bei Millionen Italienern wächst das MiÙtrauen gegenüber dem Staatsapparat schlechthin. Resignation breitet sich weiter aus, und die Korruption der Führungsschicht steckt immer breitere Schichten der Bevölkerung an.

Der römische "Espresso" schreibt in diesem Zusammenhang: "Was wir jetzt erleben, ist der langsame Selbstmord dieser Republik.

Entführungen, Mord und Totschlag sind in diesem Lande an der Tagesordnung. Dabei darf das grausame Massaker von Bologna nicht vergessen werden. Was dieses Land dringend bräuchte, ist eine starke Regierung, und dabei dürfte die Regierung von Forlani bereits die 40. nach Kriegsende sein und die Durchschnittliche Regierungszeit jeder Regierung betrug etwa bis jetzt 300 bis 306 Tage." Wenn man dies alles überlegt, versteht man so manches, was in diesem Staate vorgeht. Nicht genug mit den vielen Problemen, die durch Totschlag, Raubüberfälle, Fabriksbesetzungen, Attentate, Streiks und Finanzbankrotte entstanden sind, kam auch noch ein schreckliches Erdbeben in Süditalien hinzu. Es ist dies wohl die schlimmste Katastrophe, die Italien seit dem letzten Weltkrieg heimgesucht hat. Tausende von Toten – man spricht von mehr als 5.000 und von 7.000 Verletzten und von über 200.000 Obdachlosen –, blind zuschlagende Naturgewalt und menschliche Ohnmacht haben diesem Staate zu allen seinen Problemen die Folgen einer verheerenden Erdbebenkatastrophe aufgebürdet. Tod, Zerstörung und Hoffnungslosigkeit beherrschen die vier ärmsten Provinzen in diesem Lande. Die staatlichen Rettungs- und Hilfsaktionen sind zwar unter dem Zeichen des nationalen Notstands sofort in Gang gesetzt worden, aber das ganze AusmaÙ der Katastrophe, der schlimmsten seit dem Erdbeben in den Abruzzen von 1915, das 30.000 Menschenopfer gekostet hat, wurde viel zu spät erkannt, so daÙ Gastarbeiter aus der Schweiz oder aus Deutschland vor den regulären Hilfskolonnen im Katastrophengebiet angekommen sind.

Die Koordination aller Hinffsaktionen läÙt heute noch zu wünschen übrig. Viele Menschen muÙten unter den Trümmern elend sterben und

zugrunde gehen, weil die menschliche Hilfe aufgrund einer unbeweglichen Bürokratie zu spät gekommen ist. Das Versagen des Staates hat fast so viele Schlagzeilen gemacht wie das Erdbeben selber. Und wenn in der heutigen Tiroler Tageszeitung in Schlagworten zu lesen ist: "Chronik einer Odyssee von Hilfsbereiten aus Tirol — Rot-Kreuz-Wagen von Ort zu Ort geschickt — Versorgungslager ersticken an den Hilfsgütern — das Geschäft der Schakale mit der Not — drei Verbrecherorganisationen kämpfen um Hilfsgegenstände" so rundet das nur das Bild ab, das sich da unten zeichnet. Tränenloser Schmerz verzerrt die Gesichter der Betroffenen. Resignation und Wut sind beinahe gleich groß. Staatspräsident Pertini hat im Fernsehen die Versäumnisse mit scharfen Worten kritisiert und gegeißelt und hat dabei dem ganzen Land wohl nur aus dem Herzen gesprochen. Zwar gibt es seit 1970 ein Gesetz über den Zivilschutz, aber die Durchführungsbestimmungen dazu sind bis heute noch nicht erlassen worden, und das ist nicht zu verantworten, nachdem man weiß, daß Italien zu den seismologischen Risikogebieten einfach gehört.

Man könnte also gerüstet und einigermaßen vorbereitet sein. Nach jeder Katastrophe wird von einem schnellen Aufbau gesprochen. Doch ist die Hoffnung auf schnellen Wiederaufbau bei der betroffenen Bevölkerung sehr gering — und wohl mit Recht. Sehen Sie doch am Beispiel des sizilianischen Belice, wo 1968 ein Erdbeben 300 Menschen tötete und Tausende ihre Behausung verloren, daß 40.000 Menschen heute noch, nach 13 Jahren, in Notbaracken vegetieren und die Milliardenpenden in dunkle Kanäle versickert sind. Kein Wunder also, daß die Obdachlosen dem Präsidenten der Republik zugerufen haben bei seinem Besuch im Katastrophenge-

biet: Wir wollen kein neues Belice! Die Solidarität ist enorm groß auf der ganzen Welt, und an Mitteln würde es sicherlich nicht fehlen, die Not der betroffenen Bevölkerung zu lindern und die Dörfer wieder neu und auch schnell aufbauen zu können. Aber wenn man täglich von den Begleitumständen liest und hört, daß so viele Schakale, Aasgeier, Plünderer, Betrüger die Situation ausnützen, um sich persönlich auf Kosten dieser armen Bevölkerung zu bereichern, dann könnte die Freude am Spenden und Geben, dann könnte diese spontane Solidarität doch leicht erlahmen. Wenn man hört, daß 20.000 Kinder ohne Eltern geblieben sind, so ist dies schrecklich und wenn man sogar von Kinderhandel hört und liest, so sind das wirklich Schakale und Aasgeier, die in meinen Augen an die Wand zu stellen wären. Die Solidarität sollte nicht teilbar sein und dennoch versuchen so viele, aus dieser Not Kapital zu schlagen. Auch innerhalb der Parteien müßte in einer solchen Stunde Solidarität herrschen und dennoch versuchen die Kommunisten auch diese Situation für sich politisch auszunützen, um politisches Kapital darauszuschlagen. Hier muß einfach daran erinnert werden, daß dieselben Kommunisten ein wirkliches Zivilschutzgesetz aus Mißtrauen gegen para-militärische Mobilisierung abgelehnt hatten. Für mich ist daher ihr Verhalten heute pharisäerhaft und nicht glaubwürdig.

Ganz einverstanden, Herr Präsident, bin ich mit dem Bericht, wenn sie darin von den konkreten Arbeiten und Gesetzesinitiativen sprechen, die noch in die Zuständigkeit der Region fallen. Hier möchte ich der Regionalregierung meinen Dank anbringen, daß sie beschlossen hat, das von der Zentralregierung rückverwiesene Gesetz über die Zuerkennung einer Leibrente für die Bürgermeister dem

Regionalrat ohne Abänderung wieder vorzulegen, d.h. der Regionalrat wird das Gesetz im Beharrungswege neu beschließen, damit zum Fall der Verfassungsgerichtshof abklären kann, ob wir mit unserer sekundären Zuständigkeit die Kompetenz haben, dieses Sachgebiet zu regeln oder nicht. Sekundäre Gesetzgebungsbefugnis hat die Region auch auf dem Sachgebiet "Gemeindeordnung", Art. 5 des Statutes, und in Ausübung dieser Befugnis wurde auch das Gesetz Nr. 29 vom Jahre 1963, die Gemeindeordnung, erlassen. Da stellt sich nun die Frage, ob die Region befugt ist, den Gemeinden neue Aufgaben zuzuweisen oder deren Aufgabenbereich einzuengen oder aber neu zu gestalten. Ich möchte nun einmal zur Forderung der Gemeinden nach mehr Aufgabenzuteilung Stellung nehmen und versuchen, den Vorwurf zu entkräften, daß die Region oder die Länder nicht gewillt sind, eigene Zuständigkeiten und Befugnisse den Gemeinden abzutreten. Region und Länder können höchstens Aufgaben an die Gemeinden delegieren, aber kaum abtreten, mit der Befugnis, die sie heute auf diesem Sachgebiet haben. Dieses Recht hat sich der Staat selber vorbehalten. Die Gesetzgebungsbefugnis zweiten Grades bedeutet, daß die Region bei Erlaß ihrer Gesetze neben den Einschränkungen, denen die primäre Gesetzgebungsbefugnis unterliegt, noch die Grundsätze der staatlichen Gesetze berücksichtigen muß. Damit dürfte rechtlich gesehen, wohl feststehen, daß die Gesetzgebungsbefugnis der Region den Rechtsgrundsätzen und —prinzipien folgen muß, wie sie in den Staatsgesetzen zum Ausdruck kommen. Dieser Aussage scheint jedoch der Art. 1, dritter Absatz, des Regionalgesetzes Nr. 29 vom 21. Oktober 1963 zu widersprechen. Mit der Novellierung der Gemeindeordnung, die mit Regionalgesetz vom 31. März

1971, Nr. 6, erfolgt ist, wurde versucht, den Aufgabenbereich der Gemeinde mit einer allgemeinen Formulierung zu umschreiben, einer Formulierung, die der Altzuständigkeitsklausel im österreichischen Gemeinderecht irgendwie gleichkommt. Der Art. 1 der Gemeindeordnung, zweiter Absatz lautet:

"Als unmittelbare Wahrerin der Erfordernisse der Gemeinschaft, die sie vertritt, ergreift und fördert die Gemeinde jedes für den allgemeinen Fortschritt und die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinschaft zweckdienliche Vorhaben. Sie wendet sich überdies an die zuständigen öffentlichen Stellen, um die Erfordernisse der Gemeinschaft genau zur Kenntnis zu bringen und damit dafür in angemessener Weise gesorgt wird. Je nach ihren finanziellen Möglichkeiten kann sie im Interesse der Gemeinschaft andere Tätigkeiten entfalten, die nicht durch Gesetz anderen Körperschaften oder Verwaltungen übertragen sind". Aus dieser vagen Definition kann natürlich keine Aufgabenzuteilung und Zuteilung eines eigenen Wirkungsbereiches abgelesen werden. Dazu bedarf es eigener Gesetze, welche dieser Formulierung den notwendigen Inhalt verleihen. Im Grunde sagt der Gesetzestext dasselbe mit dem Satz aus: "Je nach ihren finanziellen Möglichkeiten kann die Gemeinde im Interesse der Gemeinschaft andere Tätigkeiten entfalten, die nicht durch Gesetz anderen Körperschaften oder Verwaltungen übertragen sind".

Es dürfte wohl nutzlos sein, mit dem Hinweis auf die allgemeine Formulierung von Abänderungen des Aufgabenbereiches der Gemeinden zu sprechen oder sogar von Einführung eines neuen Konzeptes. Damit dieses neue Konzept zum Tragen kommt, bedürfte es bei der Zuteilung der Sachbereiche in der italienischen

Rechtsordnung vielleicht eines Vakuums, das aber nicht aufgefunden wird. Der Staat hat Zuständigkeit bezüglich Gesetzgebung und Verwaltung auf allen Sachbereichen. Er hat bestimmte umfassende Bereiche mit Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnis an die Regionen mit Sonderstatut und Normalstatut abgetreten. Mit anderen Gesetzen hat der Staat den Aufgabenbereich der Gemeinden und anderer Lokalkörperschaften festgelegt. Bei den Aufgaben der Regionen, sei es mit Normal- als auch mit Sonderstatut, handelt es sich um jene Bereiche, die sie auf lokaler Ebene, auf Gemeindeebene, also auf dem Gebiet der Gemeinde, immer wahrgenommen haben und die die Gemeinde auch wahrnimmt. Deshalb spricht auch der Art. 118 der Verfassung, den Vorbehalt zugunsten der Gemeinden für jene Belange aus, die ausschließlich lokalen Interesses sind.

Diese Begrenzungen müssen jedoch laut Bestimmung der italienischen Verfassung mit Staatsgesetz geregelt werden. Im Endeffekt könnte es sich also bei Festlegung neuer Aufgaben für die Gemeinden, sofern diese mit Regionalgesetz erfolgen, lediglich um Delegierung von Funktionen und Aufgaben der Region an die Gemeinden handeln. Nach Aushöhlung der Regionalautonomie — und der Präsident möge mir den Ausdruck, den ich noch einmal gebrauche, verzeihen — aufgrund des neuen Autonomiestatutes, genehmigt mit Verfassungsgesetz Nr. 1 vom 10. November 1971, wäre seitens der Region eine solche Absicht auch kaum zu verwirklichen, da sie damit in den Kompetenzbereich der Länder Bozen und Trient eingreifen würde. Alle wesentlichen Sachbereiche wurden nämlich, wie aus dem Art. 8 des Autonomiestatutes entnommen werden kann, den beiden Ländern Bozen und Trient übertragen. Auch in

Berücksichtigung des geltenden Systems für die öffentlichen Finanzen kann man logischerweise zu keiner anderen Schlußfolgerung gelangen. Mit der Zuteilung und der Verwaltung von Aufgaben sind nämlich immer auch Ausgaben damit verbunden, Wenn die Region den Gemeinden neue Aufgaben zuordnen oder alte Aufgaben entziehen könnte, so müßte die Region auch die Befugnis haben, den Gemeinden neue Einnahmequellen zu erschließen oder die Einnahmequellen, die für die entsprechenden Sachgebiete geflossen sind, an sich zu ziehen. Diese Befugnis steht keiner Region zu, da sich der Staat selbst die öffentlichen Finanzen und das Steuerwesen beinahe mit Ausschließlichkeitsrecht vorbehalten hat. Für die Gemeinden der Region gelten folglich die Vorschriften, Gesetze und Verordnungen, die von der Region auf dem Sachgebiet ihrer Zuständigkeit erlassen werden und es gelten natürlich auch die Staatsgesetze, sofern sie nicht durch die Gesetzgebung zweiten Grades der Region ersetzt wurden. Kurz soll hier noch untersucht werden, ob die autonomen Provinzen Bozen und Trient, die in ihren Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnissen laut Autonomiestatut wenigstens einer Region mit Normalstatut gleichkommen, nicht auch die Befugnis haben, Gesetzesnormen zu erlassen, die zum Gemeinderecht gehören, das Gemeinderecht abändern oder dasselbe ergänzen. Die Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnisse der autonomen Länder decken sich weitgehend mit den im Art. 117 der Verfassung aufgezählten Sachbereichen, die den Regionen mit Normalstatut auch zuerkannt worden sind. Ausgeschlossen vom Zuständigkeitsbereich der Länder sind die sogenannten Gemeindeabgrenzungen. Im Autonomiestatut findet man keinen Hinweis auf die Zuständigkeit des Landes, direkt auf dem Sachgebiet Gemeinderecht tätig zu werden,

wenn man vom Art. 80 des Statutes absehen will, der eine Gesetzgebungsbefugnis zweiten Grades zuerkennt für die Regelung des Sachbereiches Lokalfinanzen, wo auch beide Länder gesetzgeberisch tätig geworden sind und wir in Südtirol das sogenannte Pro-Kopf-Quoten-Gesetz herausgebracht haben. Weiters sieht der Art. 81 vor, daß die Provinz Bozen für die Bedürfnisse der Zweisprachigkeit den Gemeinden Ergänzungsbeiträge gewähren kann, was wir auch beschlossen haben, den Gemeinden zu geben. Die Provinzen Bozen und Trient können also ebenso wenig wie die Region den Gemeinden neue Aufgaben zuweisen und damit muß einmal klar gesagt werden, daß einfach die Kompetenz fehlt; weder die Region noch die Länder haben die Kompetenz, den Gemeinden neue Aufgaben, wie sie oft gefordert werden von den Gemeinden, zu geben. Sie sprechen nicht von Delegierungen; sie möchten wünschenswerte eigene Kompetenzbereiche übertragen erhalten und das können weder die Region noch die Länder Bozen und Trient. Beide Körperschaften haben entweder keine Zuständigkeit auf diesen Sachbereichen oder eine Zuständigkeit zweiten Grades, die an die Rechtsprinzipien der staatlichen Gesetze gebunden ist. Die Festlegung der Aufgaben der Gemeinden muß also in Berücksichtigung der ausschließlichen Steuerhoheit und Finanzhoheit des Staates als staatliche Aufgabe anerkannt werden.

Herr Präsident! Lassen Sie mich jetzt noch zu einigen anderen Sachproblemen Stellung und einige Anregungen geben. Das Gemeindegewahlgesetz löst ein echtes Unbehagen in bezug auf die Auslegung über die Nichtwählbarkeit zu Gemeinderatsmitgliedern aus. Die Nichtwählbarkeit und die Unvereinbarkeitsgründe werden je nach Gesichtspunkt verschieden interpretiert.

Die Rechtsunsicherheit ist groß auf diesem Gebiet, und deshalb ist der Gesetzgeber aufgerufen, rechtzeitig Rechtsklarheit zu schaffen. Daher ersuche ich, daß diese Rechtsunsicherheit auf diesem Gebiet ehestens beseitigt wird und daß man nicht die nächsten Gemeinderatswahlen wieder abwartet. Das Problem läßt sich meiner Meinung nach ohne Schwierigkeiten lösen, da eine Reihe von Auslegungen hauptsächlich nur bei einem Punkt des Art. 17 des Gemeindegewahlgesetzes auftauchen. Es würde — so glaube ich — genügen, aus der Ziffer 3 den Nebensatz zu streichen, der lautet: "sowie die Verwalter dieser Körperschaften, Anstalten oder Betriebe". Geben wir doch diesen Verwaltern die Möglichkeit, daß sie zu Gemeinderatsmitgliedern gewählt werden können und schließen wir nicht die besten Leute von den Verwaltungen aus. Mir kommt vor, hier besteht ein echter Widerspruch, wenn die Gesetzesinitiative, die der P.P.T.T. eingereicht hat, zur Diskussion steht, in der gefordert wird, daß Regionalräte die Möglichkeit wieder erhalten sollten, in den Gemeinderat einzuziehen und somit eine Unvereinbarkeit wieder aufgehoben werden sollte, dann müssen wir doch in erster Linie auf Gemeindeebene diese Unsicherheit beseitigen und den Verwaltern, die irgendeinem Verein vorstehen, die Möglichkeit geben, zu Gemeinderäten gewählt werden zu können, denn wir als Regionalräte sind vollzeitbeschäftigt. Wenn also hier sogar eine solche Initiative wieder laut geworden ist, daß man wiederum diese Unvereinbarkeit zwischen Regionalrat und Gemeinderat aufheben möchte — wofür ich mich nicht ausspreche, das möchte ich ganz klar sagen, weil eben unsere Arbeit eine Vollzeitbeschäftigung ist —, so bin ich unbedingt der Meinung, daß man das Gemeindegewahlgesetz

in dieser Richtung abändern soll und muß, damit man die besten Leute nicht von der Verwaltung auf Gemeindeebene ausschließt.

Alle übrigen Ziffern desselben Artikels sind eigentlich nicht konträr. Mit dieser Streichung können dann alle innerhalb von Vereinen und Verbänden tätigen Personen ohne Schwierigkeit in den Gemeinderat gewählt werden. In kleineren Gemeinden sind es hauptsächlich diese Personen, die sich aktiv am Gemeinschaftsleben beteiligen, und daher ist es wünschenswert, daß diesen Personen kein Hindernis für den Eintritt in den Gemeinderat vorgelegt wird. Auch aus rechtlicher Sicht dürften keine größeren Schwierigkeiten diesbezüglich vorliegen. Daher schlage ich vor, das Gemeindewahlgesetz dahingehend abzuändern, daß Verwalter von Vereinen, von Verbänden und Körperschaften ohne Notwendigkeit eines vorherigen Rücktrittes in den Gemeinderat gewählt werden und dort tätig sein können.

Ferner möchte ich auch unbedingt vorschlagen, daß der Artikel 20 des Gemeindewahlgesetzes zur Gänze abgeschafft wird, der lautet: "Die Verwandten in auf- und absteigender Linie, die Verschwägerten im ersten Grad, der Adoptierende und der Adoptierte, der an Kindes Statt Annehmende und der an Kindes Statt Angenommene können nicht gleichzeitig Mitglieder desselben Gemeinderates sein". Mir kommt vor, daß dieser Artikel längst überholt ist, wenn man einerseits gestattet, daß Brüder, Zwillinge nebeneinander im Gemeinderat sitzen können, also dann verstehe ich nicht, daß diese Verwandtschaftsgrade unvereinbar sein sollen. Dann müßte man also auch sagen, daß Brüder nicht im selben Gemeinderat sitzen dürfen und ich kenne Fälle, wo bis zu drei Brüder im gleichen Gemeinderat sind. Hier würde ich un-

bedingt vorschlagen, diesen Artikel völlig zu streichen.

Wir haben auch gesehen, zu welchen Mißverständnissen und Schwierigkeiten es in bezug auf die Unvereinbarkeit kommen kann und welche Schwierigkeiten in bezug auf die Befangenheit entstehen: in der Gemeinde Brixen z.B. hat es sich zugetragen, daß der Gemeinderat beschlossen hat, der Volksbank Brixen einen Industriegrund zuzuweisen.

Ein Gemeinderat, der gleichzeitig Mitglied, einfaches Mitglied, der Volksbank ist, hat bei der Zuteilung dieses Grundes an die Volksbank mitgestimmt. Ein Vertreter einer Oppositionspartei hat geglaubt, hier eine Unregelmäßigkeit zu erblicken und hat bei Gericht Anzeige erstattet und in erster Instanz in Bozen wurde ihm sogar recht gegeben. Wir als Gemeindeaufsichtsbehörde sind auch befragt worden, ob der Gemeinderat in diesem Falle den Gemeinderatssaal verlassen muß, nachdem er nur einfaches Mitglied ist. Wir haben die Meinung vertreten, daß, wenn er nur einfaches Mitglied ohne Funktion ist, er dann ohne weiteres bei der Abstimmung dabei sein kann. Das Oberlandesgericht in Trient hat dann auch unsere Auffassung vertreten und hat in diesem Falle einen vollen Freispruch ausgesprochen. Dieser Freispruch dürfte von wesentlicher Bedeutung auf dieser Ebene, in diesem Sachbereich sein.

Zu korrigieren, scheint mir, wäre unbedingt auch eine andere Wahlbestimmung, die auch uns Regionalräte betrifft — und zwar das Regionalwahlgesetz —, die besagt, daß die kontestierten Stimmen vom Gericht überprüft und nachkontrolliert werden. Ja, ich frage mich, warum eigentlich nur die kontestierten Stimmen, wenn jemand einen Rekurs einlegt. Mir scheint, es wäre viel gerechter und auch objektiver, wenn alle annullierten Stimmen, unabhängig von einer Anfechtung, vom Gericht automatisch

überprüft würden. Also dann hätte man eine Sicherheit, eine Klarheit, und es könnte sich manches Ergebnis bei Wahlen dadurch auch ändern. Ich kenne Fälle, bei denen sich eine Änderung sicherlich ergeben hätte, wenn die Stimmen kontestiert worden wären. Ich glaube, daß dieser Aspekt, Herr Präsident, einer Überlegung wert ist und daß auch hier eine Gesetzeskorrektur notwendig und angebracht ist.

Ferner erlaube ich mir, noch einen anderen Vorschlag anzubringen, und zwar daß man das Höchstalter, wie es im Art. 10 der Gemeindeordnung vorgesehen ist, hinaufsetzt oder überhaupt abschafft. Die Gemeindeordnung sieht vor, nein nicht die Gemeindeordnung, Verzeihung, sondern das Regionalgesetz Nr. 11, Artikel 10, daß das Mindestalter für die Aufnahme von Personal 18 Jahre und das Höchstalter 35 Jahre sein muß, wobei für die Frau und für die Kinder jeweils ein Jahr hinzukommt. Diese Bestimmung hatte sicherlich ihre Gültigkeit und war gerechtfertigt, heute aber, nachdem wir nur mehr eine einzige Pensionskasse haben, scheint mir diese Bestimmung ein enormer Härtefall zu sein, und ich wäre der Meinung, daß man das Höchstalter hinaufsetzen oder vielleicht sogar abschaffen sollte, denn wenn man heute bei der Einstellung sieht, daß jemand, der bereits irgendwo gearbeitet hat und wenn man auf normale Art und Weise — und anders kann man es sonst auch nicht machen —, das Minimum an Pension zusammenbringt, dann wäre es überhaupt nicht mehr notwendig, daß man ein Höchstalter einfügt. Wichtig ist nur, daß er zur Pension gelangt, zur Mindestpension kommt, und es ergeben sich hier große Härtefälle. Es ist so, daß man oft Leute zum Nichtstun erzieht, möchte ich gerade sagen. Wenn ich zum Beispiel denke, daß gewisse Leute — nehmen wir

einmal die Schuldiener her —, die 35 Jahre jung sein müssen und wenn sie nicht diesen Dienst bekommen in diesem Alter, dann haben sie keine Aussicht mehr, in der öffentlichen Verwaltung eingestellt zu werden. Andererseits erziehen wir diese Leute fast zum Nichtstun, denn es ist sicherlich kein schwerer Beruf. Ich habe bei vielen Sprechstunden erlebt, daß Leute, die bei Baufirmen gearbeitet haben, fleißig waren und dort sich z.B. eine Krankheit zugezogen haben, dann vom Arzt einen leichteren Beruf verordnet erhalten haben, der Arzt ihnen gesagt hat, es wäre wünschenswert, wenn sie einen leichteren Beruf ergreifen könnten, daß die aber diesen leichteren Beruf nicht bekommen können, weil sie mittlerweile das Höchstalter von 35 Jahren überschritten haben. Also es sind echte Härtefälle, die man, glaube ich, jetzt ohne weiteres abbauen kann, weil es nur mehr eine einzige Pensionskasse gibt und deswegen es nicht gerechtfertigt ist, daß man an diesen 35 Jahren festhält. Wir haben auch beim Personalgesetz im Lande, das wir nächstens dem Landtag vorlegen, bereits als Landesregierung beschlossen, dieses Höchstalter von 35 Jahren wenigstens auf 40 Jahre zu heben. Ich würde glauben, man kann es überhaupt herauslassen, weil es mir nicht mehr notwendig erscheint. Ich würde aber Wert darauf legen, daß man diese Anregungen doch ernst nehmen sollte.

Dann sei mir noch erlaubt, ein anderes Problem aufzuwerfen, und zwar das Problem der Gemeindesekretäre, auf das ich auch voriges Jahr sehr ausführlich versucht habe, Stellung zu beziehen und ich möchte beinahe das wiederholen, was ich im vorigen Jahr gesagt habe. Wir brauchen gut ausgebildete Gemeindesekretäre und müssen deswegen auch diesen Beruf attraktiver machen. Wir müssen ihm wiederum das Presti-

ge geben, das dieser Beruf haben sollte: wir müssen auch einen Anreiz schaffen, damit mehr junge Menschen die Sekretärlaufbahn ergreifen. Die Not an Gemeindesekretären ist groß in Südtirol, aber auch im Trentino. Ich würde deswegen noch einmal vorschlagen, daß die Regionalregierung daran denken sollte, die Wohnungszulage, die bei uns den Gemeindesekretären nur mehr ad personam gegeben wird, — also nur mehr den Älteren —, daß man diese Wohnungszulage ausdehnen sollte auch auf die jungen Gemeindesekretäre. Es war damals der Wunsch des Regionalrates — es ist auch so beschlossen worden und das Gesetz so gemacht worden —, aber wir haben gesehen, daß wir keine Gemeindesekretäre mehr bekommen und deswegen, glaube ich, müssen wir diesen Beruf attraktiver gestalten und müssen etwas tun, damit wir wiederum zu mehr Sekretären kommen. Eine Wohnung ist sicherlich etwas, was einen Ansporn bildet, damit mehrere Leute, die die Sekretärlaufbahn ergreifen möchten, die aber andererseits sehen, daß die Verantwortung des Berufes sehr groß ist und daß sie, wenn sie einen anderen Beruf ergreifen mit weniger Verantwortung bei gleichem Gehalt, leichter durchkommen. Deswegen würde ich glauben, daß wir einen Anreiz den Gemeindesekretären geben sollten durch die Wiedereinführung der Wohnungszulage und auch eine Gerechtigkeit würden wir unter den Gemeindesekretären schaffen, denn wir haben Gemeindesekretäre 1. und 2. Klasse — möchte ich sie definieren, die privilegierten, die eben diese Wohnungszulage ad personam haben und die anderen, die die gleiche Arbeit verrichten und denen sie nicht mehr gegeben werden kann. Ich habe auch schon einmal den Vorschlag gemacht, zwischen 2.000 und 10.000 Einwohnern eine neue Klasse einzu-

führen für die Gemeinden. Ich weiß, daß dieser Vorschlag hier im Trentino wenig Anklang gefunden hat. Ich verstehe die Begründungen nicht ganz, denn wir merken jedenfalls, daß bei uns die Sekretäre lieber in eine kleine Gemeinde gehen mit 2.000 bis 3- oder 4.000 Einwohnern als in die großen Gemeinden oder in die größeren Gemeinden, die in der Nähe von 10.000 Einwohnern sind, denn sie sagen sich: ich habe weniger Arbeit, weniger Verantwortung bei gleicher Entlohnung und zudem habe ich vielleicht sogar noch die Möglichkeit, eine andere Gemeinde als Konsortium zu bekommen, so daß ich mich sehr viel besser stehe, wenngleich wir als Prinzip aufstellen möchten, jede Gemeinde sollte womöglich einen eigenen Sekretär haben. So scheint es mir wirklich nicht gerechtfertigt, daß die Gemeinden zwischen 2.000 und 10.000 Einwohnern alle gleich behandelt werden, sowohl die Sekretäre als auch die Verwalter, denn die Arbeit ist in den größeren Gemeinden sicherlich viel größer. Ich würde glauben, wenn man bei 4- oder 5.000 Einwohnern eine neue Klasse einfügen würde, daß das dann auch ein weiterer Anreiz sein könnte für die Sekretäre, auch in größeren Gemeinden Dienst zu leisten und sich für größere Gemeinden zu interessieren. Wir haben jedenfalls bei den Ausschreibungen gemerkt, bei den Wettbewerben, die gemacht worden sind, daß große Gemeinden nicht mehr zu besetzen sind.

Jetzt noch ein Wort zum Mediocredito! Ich bin mit den Ausführungen des Präsidenten einverstanden, wenn er sagt: "Das einheimische Kreditwesen müsse vermehrt die Wirtschaftspolitik der Region und der Länder berücksichtigen". Dazu ist es aber auch notwendig, daß die öffentliche Hand und das Kreditwesen in

ständigem Gespräch bleiben und nicht, wie es bisher war, daß ein jeder eigene Wege geht, ungeachtet ob dann ein Wirtschaftsprogramm realisiert werden kann oder nicht. Die Verwirklichung eines Wirtschaftsvorhabens setzt das Vorhandensein des notwendigen Kapitals voraus, mit anderen Worten: Wenn der Gesetzgeber in einem Gesetz oder Programm den Einsatz von Geld vorsieht, ist es notwendig, vorher den Geldgeber, also die Banken, zu befragen, ob das Vorhaben von der Kapitalseite her auch realisierbar ist. Ich bin daher einverstanden und würde es begrüßen, wenn in der Region und in den autonomen Ländern zwischen Vertretern der öffentlichen Hand und der heimischen Banken Kontakte und Gespräche stattfinden, damit die Wirtschaft noch besser bedient werden kann.

Was im einzelnen das Mediocredito angeht, möchte ich folgendes sagen: 1. ich vermisse noch immer die deutsche Bezeichnung für Mediocredito, die offizielle Bezeichnung wenigstens; 2. ich vermisse noch immer die schon längst fälligen Satzungsänderungen, damit die Raiffeisenkassen von Südtirol und Trentino und die Südtiroler Volksbanken Sitz und Stimmrecht in den Verwaltungsgremien der Bank erhalten; 3. hinsichtlich Absatz von Mediocredito-Obligationen bin ich der Ansicht, daß es dafür eine Lösung gibt und eine Lösung gefunden werden muß – wir befinden uns in einer außerordentlich anormalen Konjunktur, die den dringenden Einsatz von außerordentlichen Maßnahmen verlangt. Die öffentliche Hand hat es bisher versäumt, sich mit diesem Problem zu befassen. Um das nachzuholen, aber auch von der Tatsache der 66%igen Teilhaberschaft am Dotationsfonds der Bank ausgehend, muß die öffentliche Hand Initiativen zur Verbesserung der Liquidität der Bank ergreifen. Ohne in Einzelheiten ein-

zugehen, auch deswegen weil die anderen Gesprächspartner fehlen, beantrage ich die Einberufung einer Arbeitssitzung zwischen öffentlicher Hand und anderen Kapitalspartnern, wo über die Liquiditätsschwierigkeiten der genannten Bank und deren Überwindung diskutiert wird. In diesem Zusammenhang und nachdem die Problematik für unsere Wirtschaft äußerst wichtig ist, aber auch in Anbetracht der absoluten Mehrheit der drei Ents.: Region, Land Südtirol und Land Trentino am Dotationsfonds des Mediocredito, wäre es gut, wenn der zuständige Assessor für Kreditwesen den Regionalrat über den weiteren Sachverlauf unterrichten würde.

Im übrigen darf ich ankündigen, daß die Südtiroler Volkspartei trotz der nicht haltbaren Philosophie über die Notwendigkeit dieser Region für den vorgelegten Haushalt stimmen wird, sind wir ja auch im Ausschuß als Koalitionspartner vertreten und hiermit möchte ich den Regierungsmitgliedern für ihre nicht immer leichte Arbeit, die sie zu leisten haben, einen offenen Dank aussprechen. Also die Südtiroler Volkspartei wird für den Haushalt 1981 stimmen.

(Illustrissimo signor Presidente! All'inizio di questo mio intervento era mia intenzione dire una parola al collega Lunger, ma non è possibile farlo direttamente, in quanto egli viene in aula, urla, fa chiasso e polemizza e poi se ne va, avendo egli, a quanto sembra, da fare altre cose. Le sue polemiche contro lo S.V.P. che sembrano diventate morbose, desidero respingerle con un'espressione viennese, che egli dovrebbe conoscere, data la sua lunga permanenza a Vienna, nel senso che le sue esposizioni non intendiamo nemmeno ignorare, vale a dire che non ne abbiamo preso atto.

Illustre Presidente! La relazione al bilancio della Regione per l'anno 1981 è risultata piuttosto estesa in rapporto alle entrate e uscite di complessive 33 miliardi di lire. Nella sua relazione Lei ha cercato di attribuire alla Regione un'importanza inesistente e noi sudtirolesi siamo soddisfatti che questo istituto regionale non ha più quel ruolo, che poteva vantare in passato e che Lei, signor Presidente, stando alla Sua relazione, vorrebbe attribuirgli, Lei desidererebbe che la Regione ricoprisse ancora oggi il ruolo di un tempo. Devo citare il collega Benedikter, capogruppo dello S.V.P. in Consiglio regionale, che in questa sede ebbe ad affermare in merito all'inno della Regione testualmente, quanto ora mi permetto di ripetere: "Devo dire subito di non poter condividere la motivazione che si basa sulla filosofia del diritto, se si intende distinguere secondo l'esempio dell'ancor sempre attuale filosofia di S. Tomaso d'Aquino tra forma e materia e considerare l'autonomia regionale nel suo insieme come una forma adeguata dello sviluppo generale europeo allo scopo di superare compiti pubblici al livello di Comune e Stato. Vedi lo sviluppo dell'autonomia regionale in Gran Bretagna, dove la Scozia ed il Galles evidenziano, nella stessa misura dell'Alto Adige, caratteristiche etnico-linguistiche e sono innanzitutto destinate ad un Governo autonomo. Risulta pertanto che la materia, questa materia prima politica, costituita dalle Province di Bolzano e Trento, è l'unica che possa contenere in sé un'adeguata forma politica di autonomia. Se quindi l'autonomia regionale riferita alle Province risulta essere la soluzione più adeguata, della qual cosa oggi in Italia nessuno dubita, la Regione, costituita da due Province autonome, diventa una sovrastruttura superflua." Queste sono le parole

del Consigliere Benedikter. "Aggiungo inoltre" — così egli ebbe a dichiarare a suo tempo — "se l'autonomia della Provincia di Trento può essere giustificata soltanto per l'ulteriore esistenza di questa sovrastruttura, l'autonomia del Trentino è ridotta a mal partito. L'attuale Regione non è mediatrice dei gruppi etnici in Alto Adige e non è nemmeno potenza tutrice del gruppo italiano. La nuova autonomia provinciale contiene altri controlli che ci sono stati imposti — intendo la garanzia del bilancio ed il ricorso alla Corte Costituzionale ed al Consiglio di Stato da parte del gruppo italiano. Questa Regione non ha alcun titolo come sintesi delle due Province. Fintanto che esiste potrebbe tuttavia provvedere nell'ambito delle competenze rimastele di adeguare per ambedue le Province la legislazione caotica dello Stato e prendere inoltre atto delle sue competenze, come sta facendo in maniera molto positiva".

Signor Presidente, questo inno alla Regione noi sudtirolesi non lo sopportiamo volentieri, in quanto ci ricordiamo troppo bene di quel tempo, in cui le competenze e le funzioni appartenevano alla Regione e noi sudtirolesi eravamo in minoranza nel consesso regionale e lo siamo ancora oggi, per cui i nostri diritti come minoranza etnica sono stati piuttosto limitati. Ricordiamo ancora bene l'Accordo Gruber-Degasperi, nell'ambito del quale l'abile Degasperi è riuscito ad estendere a tutta la Regione Trentino-Alto Adige la autonomia che in realtà era stata proposta per il solo Alto Adige. Di conseguenza i sudtirolesi si sono nuovamente trovati in minoranza in Consiglio regionale con tutte le conseguenze a svantaggio della popolazione sudtirolese. Se la Regione fosse stata l'istituto, che Lei ora vede, e se fosse stata a fa-

vore della tutela della minoranza etnica, nel 1957 non si sarebbe svolta a Castel Firmiano la nota manifestazione. Certamente non si sarebbe giunti al motto dello S.V.P., al noto: *Los von Trient*, che fu determinante per la coerente politica dello S.V.P., che si è ripercossa sulla nuova autonomia con l'accettazione del cosiddetto pacchetto. Desideriamo tenere presente con massima chiarezza che l'espansione economica, culturale e politica è iniziata in Alto Adige con la attuazione della nuova autonomia provinciale. Noi auguriamo anche alla popolazione trentina di aver ottenuto un'autonomia provinciale e può pertanto svilupparsi autonomamente, grazie alla nostra azione politica. E' certo comunque che senza la lotta per la propria caratteristica etnica da parte dei sudtirolesi, non avremmo mai ottenuto la nuova autonomia provinciale per ambedue le Province. Sembra tuttavia che la bella autonomia provinciale, per la quale, ripeto, si è lottato strenuamente, inizi a diventare una farsa, se dovremo finanziariamente tirare la cinghia e non disponiamo di alcuna sovranità finanziaria. Il bilancio provinciale dell'Alto Adige per il 1981, che è stato recentemente approvato dal Consiglio provinciale, è in pareggio con 700 miliardi di lire, mentre lo Stato ci deve per il bilancio corrente e quelli precedenti ancor sempre 700 miliardi di lire di arretrati. I nostri vecchi crediti ammontano pertanto all'importo pari al bilancio del 1981. Questa è una situazione intollerabile ed assurda, in cui veniamo a trovarci. Possiamo continuare ad amministrare soltanto assumendo anticipi di cassa presso le banche locali, pagando cari interessi, che Roma non ci vuol riconoscere. Fino ad oggi abbiamo pagato più di 7 miliardi di lire per interes-

si e fino alla fine dell'anno questi potrebbero aumentare a 9 miliardi di lire, se Roma non provvederà a stanziarci altro denaro, la qual cosa sarà pressochè impossibile, data la grave catastrofe verificatasi nell'Italia meridionale.

Signor Presidente! Lasciamo essere la Regione, quale che è ancora in realtà! Siamo concordi con i prestigiosi esperti di diritto costituzionale, da Lei citati nella Sua relazione, che la Regione è stata svuotata con la riforma del 1971. E' certamente rimasta soltanto per motivi di prestigio. Prenda pertanto atto delle competenze che le sono ancora rimaste, come del resto fa in maniera esemplare, ma abbandoni qualsiasi nostalgia per la Regione, in quanto è stato nostro desiderio svuotarla ed il fatto che ci siamo riusciti è per noi sudtirolesi uno dei più grandi successi. Noi concordiamo naturalmente sull'invito che intende rivolgere a Roma, al fine di sollecitare le ancora mancanti norme di attuazione. Tuttavia insistiamo — sia chiaro — che le norme di attuazione ancora mancanti dovranno avere l'assenso dei rappresentanti dello S.V.P. in seno alle commissioni dei 6 e dei 12, affinché possa regnare la vera pace fra i nostri gruppi etnici.

In merito alla nuova ondata di attentati, che ha colpito nuovamente la nostra Provincia, abbiamo preso recentemente in Consiglio provinciale di Bolzano una posizione chiara ed inequivocabile, per cui nulla a tal proposito vi è da aggiungere. Desideriamo dichiarare sottolineare ancora una volta che rifiutiamo categoricamente e con decisione il ricorso alla violenza e qualsiasi forma violenta per il raggiungimento di scopi politici, da qualsiasi parte questa violenza provenga. Noi siamo per una convivenza pacifica uno accanto all'altro e più chiara sarà la nostra separazione, più facile sa-

rà mantenere la pace sociale. Noi tutti siamo chiamati ad impegnarci a tanto ed a dare il nostro contributo.

E' vero, signor Presidente, che questa Repubblica dà segni di decadimento. Lo scandalo dei petroli ha già da molto raggiunto le dimensioni del Watergate. Lo scandalo delle imposte non danneggia soltanto il prestigio della Guardia di Finanza. Davanti a milioni di italiani aumenta la sfiducia nei confronti dell'apparato dello Stato. La rassegnazione si espande ulteriormente e la corruzione dei dirigenti si propaga su ampi ceti della popolazione. L'Espresso scrive a tal proposito: "Quanto stiamo vivendo, è il lento suicidio di questa Repubblica. Rapimenti, assassinii ed omicidi sono all'ordine del giorno di questo Paese, senza dimenticare il crudele massacro di Bologna. Questo Paese avrebbe urgente bisogno di un Governo forte e l'attuale Gabinetto Forlani è il 40. Governo del dopoguerra, per cui la vita media di ogni Governo si aggira sui 300 o 306 giorni". Considerando tutte queste cose, si comprende quanto sta succedendo in questo Stato. Non erano sufficienti i molti problemi sorti per gli assassinii, i rapimenti, le occupazioni delle fabbriche, attentati, scioperi e fallimenti bancari, mancava ancora il terribile terremoto nell'Italia meridionale. E' questa la catastrofe più grave che ha colpito il territorio italiano negli anni del dopoguerra. Migliaia di morti — si parla di più di 5.000 e 7.000 feriti e più di 200.000 senza tetto —, una cieca e furente forza della natura ed impotenza umana hanno accollato a questo Stato i problemi di una disastrosa catastrofe naturale, problemi che si aggiungono a quelli già esistenti ed oggi morte, distruzione e disperazione regnano nelle quattro Province più povere italiane. I soccorsi dello Stato sono stati posti in azione subito all'insegna

dell'emergenza nazionale, ma la misura della catastrofe, la più grave dopo il terremoto negli Abruzzi del 1915, che ha costato 30.000 vite umane è stata riconosciuta troppo tardi, dimodochè i lavoratori italiani provenienti dalla Svizzera e dalla Germania hanno raggiunto le zone colpite prima delle colonne di soccorso regolari. Il coordinamento di tutti i soccorsi lascia ancor oggi desiderare. Molte persone sono miseramente perite sotto le macerie, poiché l'aiuto umano è sopraggiunto troppo tardi per l'immobilismo della burocrazia. Il mancato funzionamento della macchina dello Stato è stato oggetto di molti titoli cubitali sul giornale, quanto il terremoto stesso. Se quindi si legge sull'odierna edizione del "Tiroler Tageszeitung" i titoli ed i sottotitoli: "Cronaca di un'odissea di soccorritori del Tirolo — Mezzi della croce Rossa mandati da località in località — Depositi di coordinamento soffocano nei beni di soccorso — L'affare degli sciacalli con la miseria — Tre organizzazioni di delinquenti lottano per il materiale di soccorso". Queste poche righe delineano il quadro negativo. Un'espressione di dolore privo di lacrime segna il viso della povera gente colpita. Rassegnazione e rabbia hanno raggiunto uguali dimensioni. Il Presidente della Repubblica Pertini ha criticato alla televisione con dure parole le mancanze, parlando alla Nazione con il cuore in mano. Dal 1970 esiste una legge sulla protezione civile, ma le norme di attuazione non sono state ancora fino ad oggi emanate e ciò è irresponsabile, sapendo che l'Italia appartiene alle zone più esposte ai sismi. Si dovrebbe essere pertanto attrezzati ed in certo qual modo preparati. Dopo ogni catastrofe si parla sempre di una repentina ricostruzione, mentre la speranza in tal senso è assai esigua nell'animo delle popolazioni colpite e tutto ciò a

buon diritto. Si consideri, ad esempio, il Belice, colpito da terremoto nel 1968, che ha distrutto 300 vite umane e le abitazioni di migliaia di cittadini ed oggi, dopo 13 anni 40.000 persone vegetano in baracche di emergenza, mentre importi di miliardi di lire sono scomparsi in canali oscuri. Non ci si deve meravigliare quindi, se i senza tetto hanno urlato all'indirizzo del Presidente della Repubblica, in occasione della sua visita alle zone sinistrate: Non vogliamo un nuovo Belice! La solidarietà in tutto il mondo è enorme ed i mezzi non mancherebbero per alleviare le sofferenze delle popolazioni e per ricostruire i Paesi entro un breve lasso di tempo. Ma leggendo e sentendo giornalmente queste circostanze, scandali, accaparratori, sciacalli e truffatori, che sfruttano la situazione per arricchirsi personalmente sulla pelle di questa povera gente, lo slancio delle offerte e questa solidarietà spontanea, potrebbero paralizzarsi. Si consideri che 20.000 bambini sono rimasti orfani di entrambi i genitori, cosa terribile, ma venendo a sapere dell'esistenza di un commercio di questi bambini, si deve pur dire che si tratta di sciacalli, che a mio avviso dovrebbero essere messi al muro. La solidarietà dovrebbe essere indivisibile e ciononostante molti cercano di farsi un capitale da questo stato di emergenza. Anche nell'ambito dei partiti dovrebbe farsi luce in quest'ora una solidarietà, mentre i comunisti cercano di sfruttare politicamente a loro vantaggio questa situazione per trarre un capitale politico. Ci si deve ricordare che questi comunisti hanno rifiutato una legge per una effettiva protezione civile per sfiducia contro una mobilitazione paramilitare, per cui il loro atteggiamento mi appare oggi fariseo e non degno di credibilità.

Sono perfettamente d'accordo, signor Presi-

dente, con la parte della Sua relazione, in cui Lei parla di concreto lavoro e di iniziative legislative che non cadono nella sfera di competenza della Regione. Desidero ringraziare la Giunta regionale, per avere deliberato di ripresentare la legge concernente il riconoscimento di un assegno vitalizio a favore dei sindaci senza modifica di sorta, sebbene il Governo centrale l'avesse già respinta, vale a dire che il Consiglio regionale riapproverà la legge, seguendo la via del sostegno, per chiamare in causa la Corte Costituzionale e chiarire, se esiste a tal proposito la competenza secondaria, per regolamentare o meno tale materia. La Regione dispone di una competenza legislativa anche in materia di "ordinamento dei Comuni". A sensi dell'art. 5 dello Statuto ed in esecuzione di tale competenza nel 1963 è stata emanata la legge n. 29 concernente l'ordinamento dei Comuni. Sorge pertanto il problema, se la Regione è autorizzata ad ampliare i compiti dell'ente comunale oppure di ridurli o di ristrutturarli. Desidero prendere posizione in merito all'invito di concedere ai Comuni una maggiore sfera di azione nel tentativo di versare acqua sul rimprovero che la Regione o le Province non intendono decentrare proprie competenze e funzioni ai Comuni. La Regione e le Province possono al massimo delegare compiti ai Comuni, ma non cederli sulla base della competenza che oggi vantano in tale settore. Questo diritto lo si è riservato lo Stato stesso. La competenza legislativa di secondo grado significa che oltre alle limitazioni che soggiacciono alla competenza primaria, la Regione, legiferando in materia, deve tener conto dei principi enunciati dalle rispettive leggi nazionali. Sotto il profilo giuridico è pertanto cosa certa che la competenza legislativa della Regione deve seguire i principi

giuridici contenuti nella rispettiva legislazione statale. Sembra tuttavia che l'articolo 1, terzo comma, della legge regionale del 21 ottobre 1963, n. 29, contrasti con questa enunciazione. Con la modifica alla legge concernente l'ordinamento dei Comuni del 31 marzo 1971, n. 6, si è cercato di definire la sfera di competenza dei Comuni con una formulazione generica che si avvicina alla clausola concernente le competenze nel vecchio Diritto austriaco sui Comuni. L'art. 1 dell'ordinamento dei Comuni, secondo comma, recita:

“Quale immediato custode delle esigenze della comunità, che rappresenta, il Comune pone in atto e favorisce piani per il progresso comunitario e lo sviluppo economico della collettività. Si rivolge inoltre agli organi pubblici competenti per metterli a conoscenza delle esigenze della comunità, che vi provvede in modo adeguato. Secondo le proprie possibilità finanziarie può svolgere nell'interesse della comunità altre attività, che non risultano essere trasferite per legge ad altri enti od amministrazioni.” Da questa definizione vaga non è naturalmente possibile dedurre le funzioni e una propria sfera d'azione. Necessitano pertanto apposite leggi per dare a questa formulazione il necessario contenuto. In definitiva il testo di legge afferma lo stesso concetto: *“Secondo le proprie possibilità finanziarie il Comune può svolgere nell'interesse della Comunità altre attività, che non sono state trasferite per legge ad altri enti ed amministrazioni.”* Dovrebbe essere superfluo modificare od introdurre nuovi concetti, riferendosi a questa formulazione generica, nell'ambito delle funzioni dei Comuni. Per poter dare corpo a questo nuovo concetto, l'ordinamento giuridico italiano dovrebbe presentare un vacuum nell'ambito dell'attribuzione delle com-

petenze, la qual cosa però non esiste. Lo Stato si è riservato la competenza legislativa ed amministrativa in tutti i settori. Ha trasferito determinati e ben limitati settori come competenze amministrative mediante una specifica legislazione alle Regioni a statuto speciale ed ordinario.

Con altre leggi lo Stato ha stabilito la sfera di competenza dei Comuni e di altri enti locali. Per quanto concerne le funzioni delle Regioni, siano esse a statuto ordinario o speciale, lo Stato ha trasferito quelle materie che esso si era sempre riservate a livello locale, vale a dire comunale e che sono proprie anche dello stesso Comune. Per questo motivo l'art. 118 della Costituzione prevede la riserva a favore dei Comuni di quelle esigenze, di esclusivo interesse locale. Queste limitazioni vanno regolamentate con legge nazionale, come previsto dalla Costituzione italiana. Infine l'attribuzione di nuovi compiti ai Comuni, qualora questa avvenisse con legge regionale, potrebbe riguardare soltanto una delega di funzioni da parte della Regione ai Comuni. Dopo lo svuotamento dell'autonomia regionale — il signor Presidente mi perdoni l'espressione, alla quale ricorro ancora una volta — in base al nuovo statuto di autonomia, approvato con legge costituzionale del 10 novembre 1971, n. 1, simile intenzione da parte della Regione non sarebbe realizzabile, in quanto invaderebbe le competenze delle Province di Bolzano e Trento. Tutti i settori essenziali, come risulta dall'art. 8 dello statuto di autonomia, sono stati trasferiti alle Province di Bolzano e Trento. Anche considerando il vigente sistema della finanza pubblica non si può giungere ad altra conclusione logica. L'attribuzione e l'amministrazione di funzioni è naturalmente sempre collegata a determinate spese. Se la Regione avesse la facoltà di attribuire nuovi compiti ai Co-

muni, o di revocarne altri, l'ente regionale dovrebbe avere la possibilità di porre a disposizione dei Comuni nuove fonti di entrate o di revocare le entrate rispondenti alle funzioni cessate. Nessuna Regione ha simili competenze, dato che lo Stato si è riservato quasi esclusivamente i settori della finanza pubblica e delle imposte. Per i Comuni della Regione valgono pertanto le norme, le leggi ed i decreti che l'ente regionale può emanare nell'ambito della propria competenza e trovano applicazione pure le leggi dello Stato, se non risultano essere sostituite dalla legislazione regionale di secondo grado. Desidero esaminare brevemente in questa sede, se le Province autonome di Bolzano e Trento, che secondo lo statuto di autonomia sono almeno equiparate nelle competenze legislative ed amministrative, ad una Regione a statuto ordinario, non abbiano anche la facoltà di emanare leggi appartenenti al diritto comunale ed atte a modificare o ad integrare tale diritto. Le competenze legislative ed amministrative delle Province autonome coprono ampiamente i settori indicati dall'art. 117 della Costituzione, che sono stati riconosciuti alle Regioni a statuto ordinario. La sfera delle funzioni delle Province non prevede la competenza riguardante la cosiddetta limitazione dei confini comunali. Nello statuto di autonomia non si trova un'indicazione, che riguardi la competenza della Provincia, atta ad agire nel settore del diritto comunale, prescindendo dall'art. 80 dello statuto, che attribuisce alla Regione la legislazione di secondo grado per la regolamentazione delle finanze locali, dove le due Province possono anche legiferare, per cui la Provincia di Bolzano ha emanato la cosiddetta legge quota pro capite. L'art. 81 prevede inoltre la facoltà per la Provincia di Bolzano di concedere importi

integrativi ai Comuni, basati sull'esigenza della bilinguità, e noi abbiamo deliberato in tal senso. Le Province di Bolzano e Trento non possono concedere come la Regione nuove funzioni ai Comuni e a tal proposito si deve dire chiaramente che mancano le necessarie competenze; nè la Regione nè le Province hanno la competenza di concedere ai Comuni nuovi compiti, sollecitati dai Comuni stessi. Le amministrazioni comunali non desiderano deleghe, vorrebbero propri settori di competenze, la qual cosa non può essere concessa, ripeto, nè dalla Regione, nè dalle Province di Bolzano e Trento. Questi tre enti hanno competenza alcuna in questi settori o al massimo dispongono di una competenza di secondo grado, vincolata ai principi della legislazione statale. La determinazione dei compiti dei comuni deve essere riconosciuta come competenza statale, dato che questa risulta essere vincolata alla esclusiva sovranità finanziaria dello Stato.

Signor Presidente! Mi permetta di prendere posizione in merito ad altri problemi e di dare alcune indicazioni. La legge concernente le elezioni comunali è causa di un vero e proprio disagio riferito all'interpretazione della ineleggibilità dei Consiglieri comunali. I motivi di ineleggibilità e di incompatibilità sono interpretati nei modi più disparati. L'incertezza giuridica è notevole in questo settore, per cui il legislatore è chiamato a fare luce in tempo utile. Prego pertanto di voler eliminare al più presto la menzionata incertezza giuridica, senza peraltro attendere il prossimo turno delle elezioni comunali. Il problema è, a mio avviso, risolvibile senza grosse difficoltà, dato che le varie interpretazioni riguardano soprattutto un punto dell'art. 17 della rispondente legge. Credo che sarebbe sufficiente depennare la frase della cifra n. 3, che

recita: "nonchè gli amministratori di questi enti, istituti o aziende". Si dia a questi amministratori la possibilità di accedere ai Consigli comunali e non si escluda i migliori dalle amministrazioni. Mi sembra che qui sorga una vera e propria contraddizione, in quanto l'iniziativa legislativa presa dal P.P.T.T. richiede di concedere nuovamente ai Consiglieri regionali la possibilità di far parte dei Consigli comunali e di togliere così la relativa incompatibilità, per cui si dovrebbe innanzitutto eliminare questa incertezza a livello comunale ed offrire la possibilità ad amministratori che presiedono determinate associazioni di accedere al Consiglio comunale, visto che noi Consiglieri regionali esercitiamo il nostro mandato a tempo pieno.

Essendo stata presa l'iniziativa di togliere l'incompatibilità tra Consiglio regionale e comunale — personalmente non sono favorevole, sia ben chiaro, in quanto il nostro lavoro deve essere svolto a tempo pieno —, ma sono assolutamente dell'opinione che la legge sull'elezione dei Consigli comunali va modificata nel senso da me esposto, per non escludere i cittadini migliori dalla amministrazione a livello comunale.

Tutte le altre cifre dello stesso articolo non sembrano contenere contrarietà. Depennando quanto detto, tutte le persone attive nell'ambito di associazioni, possono essere elette senza difficoltà nei vari Consigli comunali. Nei Comuni minori sono soprattutto queste persone che partecipano attivamente alla vita pubblica, per cui è desiderabile che a queste persone non si presentino ostacoli per l'accesso al Consiglio comunale. Anche sotto il profilo giuridico non dovrebbero sorgere a tal proposito difficoltà di una certa consistenza. Propongo pertanto di modificare la legge in parola nel senso da permettere agli amministratori di associazioni ed

altri enti di accedere al Consiglio comunale, senza essere costretti a dimettersi dalla carica che già rivestono.

Desidero inoltre proporre l'abrogazione dell'art. 20 della legge in questione, che recita: "Non possono contemporaneamente far parte dello stesso Consiglio comunale gli ascendenti, i discendenti, ovvero gli affini in primo grado, l'adottante e l'adottato, l'affiliante e l'affiliato." Mi sembra che questo articolo sia già da tempo superato; se da una parte si premette che fratelli, gemelli siedano uno accanto all'altro nello stesso Consiglio comunale, non comprendo come questi gradi di parentela possano essere motivo di incompatibilità. Si dovrebbe quindi vietare a fratelli di appartenere allo stesso Consiglio comunale, mentre conosco casi, in cui fino a tre fratelli fanno parte dello stesso consesso civico. Propongo pertanto di abrogare completamente predetto articolo.

Abbiamo inoltre notato quali malintesi e difficoltà possa creare questo concetto di incompatibilità, anche in merito a questa prevenzione: il Comune di Bressanone, ad esempio, ha deliberato di assegnare un'area industriale alla Banca Popolare di Bressanone. Un Consigliere comunale, che contemporaneamente era socio, socio semplice, dell'istituto bancario in parola, ha partecipato alla votazione per l'assegnazione del terreno alla Banca. Un rappresentante dell'opposizione riteneva di identificare in questo atto una irregolarità e ha denunciato il fatto all'autorità giudiziaria, vedendosi dare ragione in prima istanza. La Provincia, come autorità di vigilanza, è stata a tal proposito sentita ed invitata a rispondere al quesito, se il Consigliere comunale di cui trattasi avrebbe dovuto lasciare l'aula del Consiglio al momento della votazione, dato che egli risultava

essere membro semplice della banca interessata. La Provincia ha insistito nell'affermare che trattandosi di un socio senza funzioni, egli poteva partecipare senz'altro alla votazione. La Corte d'Appello di Trento ha condiviso questa nostra opinione, assolvendo con formula piena il Consigliere comunale. Questa sentenza dovrebbe essere di essenziale importanza per questa materia.

Vi sarebbe inoltre da correggere un'altra norma concernente le elezioni, che riguarda anche noi Consiglieri regionali, vale a dire la rispondente legge che disciplina l'elezione del Consiglio regionale, che prevede come i voti contestati debbano essere esaminati e ricontrollati dal Tribunale. Mi chiedo per quale motivo si devono controllare soltanto i voti contestati, in caso di ricorso. Mi sembra che sarebbe più giusto ed obiettivo che il Tribunale prenda in esame automaticamente, senza ricorso, anche tutti i voti annullati. Si avrebbe così una certezza ed una chiarezza che potrebbero modificare anche l'esito delle elezioni. Conosco casi in cui si sarebbe verificata senz'altro una variazione, qualora si fossero contestati i voti. Credo, signor Presidente, che questo aspetto sia degno di considerazione e che anche in questo caso una correzione della legge sarebbe necessaria ed opportuna.

Mi permetto di presentare ancora un'altra proposta di elevare od addirittura di abolire il limite di età, di cui all'art. 10 dell'ordinamento dei Comuni. Chiedo scusa, non si tratta dell'ordinamento dei Comuni, ma della legge regionale n. 11, il cui art. 10 prevede che per l'assunzione di personale, questa deve avvenire tra il 18 e il 35 anno di età del candidato, con la aggiunta di un anno per la moglie e per ogni figlio. Questa norma era una volta certamente valida e giu-

stificata, mentre oggi, avendo una unica cassa per le pensioni, tale norma mi sembra essere di grande ostacolo, per cui sono dell'opinione di elevare il limite massimo di età, se non addirittura abolirlo, dato che, potendo all'atto dell'assunzione constatare che con la contribuzione già esistente e con il servizio futuro l'interessato può raggiungere il minimo della pensione — diversamente non sarebbe possibile —, predetto limite non avrebbe più ragione di esistere. E' importante che l'interessato possa raggiungere il requisito della pensione minima e proprio per l'esistenza dell'attuale norma si verificano casi molti difficili. Talvolta accade che si educano le persone a far niente. Penso che determinate persone — prendiamo i bidelli — non possono superare il 35 anno di età per essere assunti in servizio, vale a dire per appartenere alla pubblica amministrazione, educiamo queste persone pressochè al far niente, poichè non si tratta di un'occupazione pesante. Nel corso delle mie udienze ho constatato che molti operai, dopo aver lavorato diligentemente presso ditte edili, sono incorsi, ad esempio, in malattie che costringevano il medico curante a suggerire una professione meno pesante, la qual cosa non era possibile, avendo questi interessati superato il 35° anno di età. Esistono pertanto casi difficili nel vero senso della parola, che potrebbero essere presi in considerazione, esistendo una unica cassa pensioni, per cui il limite di età di 35 anni non è più giustificato. La Giunta provinciale di Bolzano ha deliberato di elevare il limite di 35 anni a 40 anni nella legge sul personale, che presenteremo quanto prima al Consiglio. Personalmente sono dell'avviso, che si potrebbe addirittura abrogarlo, non essendo più necessario. Ritengo importante che questo mio suggerimento venga preso in seria considerazione.

Mi si permetta inoltre di sollevare un altro problema, e precisamente quello riguardante i segretari comunali, in merito al quale lo scorso anno ho cercato di prendere posizione dettagliatamente e vorrei quasi ripetere le esposizioni fatte in quell'occasione. Abbiamo bisogno di segretari comunali qualificati, per cui è necessario rendere più attrattiva questa professione. Alla figura del segretario comunale va conferito quel prestigio che compete a questa categoria; dobbiamo creare un incentivo, affinché un maggior numero di giovani abbraccino questa carriera. In Alto Adige il bisogno di segretari comunali è enorme e credo anche nel Trentino. Mi permetto di riproporre alla Giunta regionale la reintroduzione dell'indennità di alloggio che attualmente viene concessa soltanto come assegno ad personam, vale a dire soltanto ai segretari anziani, mentre io sono del parere che predetta indennità dovrebbe essere estesa anche ai più giovani. L'attuale soluzione è stata voluta dal Consiglio regionale, per cui la legge è stata approvata nell'attuale testo, ma abbiamo dovuto constatare che non riusciamo più a reperire segretari comunali e sono pertanto dell'avviso che questa professione va strutturata in maniera più attrattiva e dobbiamo fare di tutto per convincere i giovani ad accedere a questa carriera. Un appartamento è certamente un qualche cosa che potrebbe favorire l'accesso di giovani a questa carriera, in quanto la relativa responsabilità è enorme, per cui molti preferiscono abbracciare un'altra professione a parità di remunerazione. Credo pertanto che l'indennità di alloggio potrebbe costituire un invito ai giovani che intenderebbero cimentarsi in questa professione. Attualmente vi sono segretari comunali di prima e seconda classe, così li vorrei definire, poichè i più privilegiati percepiscono l'in-

dennità in parola ad personam, mentre gli altri non godono di questo beneficio a parità di lavoro, per cui la reintroduzione dell'indennità menzionata creerebbe una situazione di maggior giustizia tra i segretari comunali. Ho già una volta proposto di inserire fra i Comuni dai 2.000 ai 10.000 abitanti una nuova classe, e sono a conoscenza che tale proposta non è stata ben accettata dagli ambienti trentini. Le motivazioni francamente non le comprendo, in quanto in Alto Adige i segretari preferiscono i Comuni minori di 2.000-3.000 o 4.000 abitanti ai Comuni di una certa consistenza, che si aggirano sui 10.000 abitanti, poichè con meno lavoro e responsabilità percepiscono lo stesso stipendio, esistendo inoltre talvolta la possibilità di ottenere come consorzio un Comune agguintivo, la qual cosa comporta un vantaggio, sebbene noi siamo dell'avviso che ogni comune dovrebbe disporre possibilmente di un segretario proprio. Non mi sembra giustificato che i Comuni tra i 2.000 e 10.000 abitanti riservino ai segretari comunali lo stesso trattamento economico, in quanto il lavoro nei Comuni maggiori è certamente più oneroso e tanto vale anche per gli amministratori. Ritengo che inserendo fra i Comuni di 4.000 o 5.000 abitanti una nuova classe, questa costituirebbe un maggior incentivo per i segretari di presentare servizio anche nei Comuni di una certa consistenza. All'atto dei concorsi abbiamo osservato che i Comuni con un certo numero di abitanti non sono più competitivi.

Brevemente in merito al Mediocredito. Concordo con il signor Presidente quand'egli afferma che il credito locale dovrebbe maggiormente considerare la politica economica della Regione e delle Province. E' necessario tuttavia che il potere pubblico e gli operatori in questo

settore conducano un colloquio continuo, onde evitare che in futuro si delinei più o meno l'attuale situazione che ognuno opera indipendentemente l'uno dall'altro, senza considerare, se un programma economico è più o meno realizzabile. La realizzazione di un piano nel settore dell'economia abbisogna innanzitutto del necessario capitale, vale a dire che prevedendo il legislatore l'impiego di denaro con una precisa legge o programma, è necessario chiedere alle banche se tale progetto è anche realizzabile sotto il profilo del capitale. Sarei pertanto d'accordo se la Regione e le due Province autonome contattassero i rappresentanti delle banche locali per così meglio servire la economia.

Per quanto concerne in particolare il Mediocredito vorrei dire quanto segue: 1) fino ad oggi non mi è nota la denominazione ufficiale in lingua tedesca per il Mediocredito; 2) attendo ancor sempre la variazione allo statuto, già da tempo proposta, per permettere alle casse rurali dell'Alto Adige e del Trentino ed alle banche popolari altoatesine di ottenere il diritto di voto in seno agli organi amministrativi della banca; 3) per quanto concerne le obbligazioni del Mediocredito sono dell'avviso che sussiste una soluzione, che va assolutamente ricercata — ci troviamo infatti in un periodo di congiuntura straordinaria ed anormale che richiede misure adeguate. L'amministrazione pubblica non ha trattato finora il problema e per recuperare tale ritardo ed in considerazione del fatto che partecipa al 60 per cento al fondo di dotazione della banca, la pubblica amministrazione, ripeto, dovrà prendere iniziative per migliorare la liquidità della banca. Senza entrare nel merito dei particolari ed anche per il fatto che in questa sede manca la controparte propongo la convocazione di una seduta di lavoro tra rappresen-

tanti della pubblica amministrazione ed altri partner di capitale, per esaminare il problema delle difficoltà di liquidità della banca in parola e del superamento di tale situazione. A tal proposito e siccome la problematica che la nostra economia è estremamente importante ed in considerazione che i tre enti, Regione, Provincia di Bolzano e Trento, detengono la maggioranza assoluta del fondo di dotazione del Mediocredito, sarebbe opportuno, che l'Assessore competente per tale settore, tenga costantemente informato il Consiglio regionale sugli ulteriori sviluppi.

Del resto posso annunciare, che lo S.V.P. nonostante la insostenibile filosofia sulla necessità di questa Regione, voterà a favore del bilancio proposto; del resto siamo rappresentati in Giunta come partner di coalizione e vorrei cogliere l'occasione per ringraziare pubblicamente i componenti della Giunta regionale per il loro lavoro svolto, che non sempre risulta facile. Lo S.V.P., ripeto, voterà quindi a favore del bilancio 1981.)

PRESIDENTE: Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Pruner!

In merito al regolamento interno, Consigliere Pruner!

PRUNER (P.P.T.T.-U.E.): Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten um eine Abschrift des Berichtes des Herrn Regionalrates Oberhauser.

PRESIDENTE: Ja das ist jederzeit möglich. Dazu braucht man, glaube ich, auch nicht das Wort zur Geschäftsordnung verlangen, nicht wahr.

PRUNER (P.P.T.T.-U.E.): Ich möchte sie heute haben.

(Vorrei pregare il signor Presidente di volermi fornire una copia della relazione del Consigliere Oberhauser.

PRESIDENTE: *Questo è possibile in qualsiasi momento, per cui credo non si debba chiedere la parola in merito al regolamento interno.*

PRUNER (P.P.T.T.-U.E.): *Vorrei averla oggi stesso.)*

PRESIDENTE: Das Wort hat Abgeordneter Mayr.

La parola al Consigliere Mayr.

MAYR (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen! Ich muß zu meinem Leidwesen eingestehen, daß die Mathematik niemals meine Stärke war und daß ich sogar bei den einfachsten Operationen, den Proportionen, Schwierigkeiten hatte. Den Abgeordneten der Provinz Bozen wurden in den letzten Tagen zwei Berichte zugestellt, einer des Herrn Präsidenten des Regionalausschusses und wenige Tage vorher ein sehr dünner Bericht — ich meine visuell dünn — des Herrn Landeshauptmannes von Südtirol und spätestens seit diesem Zeitpunkt konnte ich auch zurecht mit dem Begriff "Proportion", das heißt nun verstehe ich endlich einmal die umgekehrten proportionalen Verhältnisse. Ich bin um einiges klüger geworden...

LANGER (N.L.-N.S.): Na endlich.

MAYR (S.V.P.): ... Jawohl!

LANGER (N.L.-N.S.): "Meglio tardi che mai..."

MAYR (S.V.P.): Nein, aber das ist für mich

schon eine Errungenschaft, daß ich ausgerechnet in einem Schwachgebiet der Mathematik nun mir einen Begriff zum vollen Verständnis aneignen konnte. Ich zitiere vielleicht heute mehrmals den "Volksboten" und möchte gleich auf einen Spruch, der auf der Rückseite angeführt ist, verweisen. Hier steht: "Weniger ist oft mehr". Dabei beziehe ich nicht selbstverständlich auf den Bericht des Herrn Landeshauptmannes von Südtirol...

Unterbrechung

MAYR (S.V.P.): Herr Erschbaumer, Sie kommen schon noch dran! ... Aber ich mache hier keine Kritik, Herr Präsident der Regionalregierung, sondern ich möchte Ihnen bescheiden, daß Sie mit sehr großem persönlichen Engagement, mit sehr großem Fleiß geradezu weltbewegende Ereignisse geschildert haben und ich traue Ihnen diese schon deswegen zu, weil in jüngster Zeit ja die Region geradezu, ich möchte fast sagen, Allerwärtsreisen gemacht hat. Aber ich möchte einen Vergleich ziehen etwa zwischen Umfang der Autonomie eines autonomen Landes Südtirol oder Trentino und der Region Trentino-Südtirol. Die Verhältnisse sind uns alle klar, aber Sie gestatten mir doch zu Beginn meiner Intervention diesen kurzen Vergleich, der an sich sicherlich etwas hinkt. Wenn ich zu Beginn einiger Überlegungen, die ich hier anstellen möchte, eine Aussage mache, so möchte ich aus parteiinternen Gründen wohl vermerkt haben, daß ich die nun folgende Aussage rein persönlich mache, daß sie nicht die Zustimmung meiner Fraktion weder verlangt noch erhalten hat, sondern ich die Bewertung, die ich nun anstelle, rein persönlich mache; ich glaube, das kann auch geschehen.

Ich beginne mit einer Begebenheit, die unbedingt erwähnt werden muß, nämlich diese Reiseaktivität, die in jüngster Zeit durchgeführt worden ist, wobei ich selbstverständlich das Gesamte in das richtige Licht bringen möchte. Ich möchte nicht, daß hier über meine Aussage spekuliert wird und möchte sofort deponieren, daß ich, sehr geehrter Herr Präsident, unbedingt dafür bin, daß sie als Präsident, daß Regierungsmitglieder, daß auch Sachreferenten unbedingt Kontakte mit anderen Körperschaften, Regionen, Ländern, Staaten usw. pflegen sollen. Dies ist absolut zu befürworten. Das soll auch gepflogen werden; das gehört in der heutigen Zeit absolut auch dazu, der Erfahrungsaustausch in Sachbereichen; ich bin aber — und hier nun meine persönliche Erklärung — persönlich der Auffassung, daß das was in jüngster Zeit so rundherum geschehen ist, das Maß des Vertretbaren erreicht hat. Ich lasse es bei dem bewenden, Herr Präsident, und möchte meine Erklärung persönlich bewertet wissen und vielleicht auch mich dafür aussprechen, daß Kontakte und Verbindungen, Aussprachen und Begegnungen ohne weiteres in Zukunft auch gemacht werden sollen, in beschränkterem Ausmaße vielleicht, und daß man die Ersparnisse, die wirtschaftlichen, vielleicht bis zum Ende der Legislatur den Erdbebengeschädigten zukommen lassen könnte oder aber das Haushaltskapitel über die Zuwendungen an die Patronate aufstocken könnte. Dies ist absolut meine persönliche Meinung. Ich gestehe ein, Herr Präsident, daß ich mich sehr bemüht habe, aus den schriftlichen Beantwortungen zu Anfragen, die hier eingereicht worden sind, aus Ihren eine volle Stunde dauernden Erklärungen die Begründungen herauszuhören — Sie haben sehr viel Positives hier wiedergegeben, das unbedingt in Erwägung

gezogen werden muß und soll —, aber ich persönlich — und ich bleibe bei dieser persönlichen Meinung ohne überhebliche Kritik — bin der Meinung, daß dies derzeit das Maß des Vertretbaren erreicht hat.

Ein zweites Anliegen möchte ich vorbringen und möchte etwa jenen Weg gehen, den heute morgen der Herr Kollege Dr. Lunger gegangen ist. Er ist, wie üblich, — sollten es die Kollegen aus dem Trentino noch nicht wissen — nur vormittags anwesend. In Tirol spricht man, wenn man von bösen Leuten redet, davon, daß man vormittag mit jemandem reden muß, weil nachmittag könnte es bei diesem oder jenem Menschen Schwierigkeiten geben. Bei uns ist es völlig umgekehrt. Mit dem Kollegen muß man mit der Präsenz vormittag rechnen, den nachmittag ist er nicht mehr anwesend. Richtig schreibt unser "Volksbote" — ich darf ihn zitieren —: "Dr. Hans Lunger verdient die Bezeichnung 'Präsenzkünstler'. Um im offiziellen Landtagsprotokoll als anwesend aufzuscheinen, beehrt Dr. Lunger fast durchwegs das hohe Haus mit einer kurzfristigen Anwesenheit. Dem PDU-Volksvertreter fehlt es aber an nötigem Sitzleder und vor allem, wenn es darum geht, über heiße Eisen abzustimmen und Farbe zu bekennen, nimmt der gute Mann nicht selten Reißaus. Den verwaisten Sitzplatz hütet dann eine prall gefüllte Aktentasche". Nun, die ist heute auch nicht hier, aber trotzdem möchte ich zu diesem Herrn Kollegen, Dr. Lunger, und zu seiner Intervention heute morgen etwas sagen, beginnend mit den Anschuldigungen an die Adresse der Südtiroler Volkspartei im Zusammenhang mit den Begehren, die wir gegenüber der Institution RAI immer wieder vorgebracht haben. Schon zu Beginn dieses Jahres anlässlich der Diskussion über die Durch-

führungsbestimmung zum Autonomiestatut im Südtiroler Landtag, hat das Anliegen RAI einen breiten Raum eingenommen. Seither hat sich nichts geändert, sondern die Dinge sind in eine Richtung weitergegangen, die ich später noch aufzeigen werde. Ich glaube, es muß einmal offen gesagt werden, daß die RAI sehr großzügig ist, in ihrer derzeitigen politischen Strukturierung, — und ich erlaube mir, dies hier anzubringen in der Region, denn meines Wissens hat der Regionalrat seinerzeit Vertretungen namhaft gemacht für die Überwachungskommission, jedenfalls wir haben hier — vielleicht bin ich jetzt nicht richtig informiert....

(Unterbrechung)

MAYR (S.V.P.): ... nein, die sind nicht berücksichtigt worden, das gebe ich zu, das wußten wir auch, aber ich erinnere mich genau, daß der Regionalrat Vorschläge gemacht hat, wie andere Regionen auch, und daß dann aus den gesamten Vorschlägen Vertretungen für die Überwachungskommission herausgenommen worden sind. Und diese Überwachungskommission sollte recht bald einmal angerufen werden, denn sowie die Dinge jetzt gehen bei der RAI, scheint es mir nicht mehr sehr objektiv zu sein. Ich möchte es vorwegnehmen: Alles was links läuft und kreucht und fleucht, das findet das Wohlwollen der RAI. Das möchte ich vollauf behaupten! Man ist sehr großzügig gegenüber dem Herrn Langer und man verschweigt großzügig auch das, was von politischer Relevanz ist, aber von der Südtiroler Volkspartei kommt. Und ich möchte hier ganz unverblümt, aber auch hier wieder genau und geflissentlich unterschieden wissen zwischen Redakteuren, Mitarbeitern in der RAI, die volle Hochachtung, Wertschätzung

und für ihren Einsatz auch anerkannt werden müssen, gegenüber denjenigen, die ständig darauf aus sind, etwa der Südtiroler Volkspartei oder jemandem anderen eines am Zeug zu flicken. Ich möchte hier sorgfältig, genau unterschieden wissen.

LANGER (N.L.-N.S.): Beispiele!

MAYR (S.V.P.): Siehe die gestrigen Abendnachrichten, ganz richtig! Ich möchte vielleicht als Beispiel etwas anführen. Wenn ich mich richtig erinnere, Herr Kollege Zingerle, war es Lord Hume, der gesagt hat: "homo homini lupus".

LANGER (N.L.-N.S.): Hobbes, nicht Hume!

MAYR (S.V.P.): Lord Hume, jawohl!

LANGER (N.L.-N.S.): Hobbes, nicht Hosp!

MAYR (S.V.P.): Ja, gut, ich weiß nicht, ich bin nicht... Hosp nicht, nein Hosp nicht, noch ist er kein Lord. Es kann mit ihm sicherlich aufwärts gehen.

LANGER (N.L.-N.S.): Würde Ihnen so passen!

MAYR (S.V.P.): Es wird sicherlich aufwärts gehen mit Herrn Kollegen Hosp.

Wir, die wir alle in der Politik stehen — ich möchte deswegen den "homo homini lupus" anführen — sind vielleicht untereinander zu wenig objektiv, wenn Kollegen etwas absolut Positives bewerkstelligen und vollziehen, wenn sie in der Politik Erfolg haben, aber ich möchte die Gelegenheit benützen, um etwas hier im Zusammenhang mit der RAI wiederzugeben. Herr Kollege Dr. Zingerle hat jüngstens im Südti-

roler Landtag eine Rede gehalten.....

LANGER (N.L.-N.S.): Druckreif war die!

MAYR (S.V.P.): ... druckreif, selbstverständlich Herr Langer, ich habe sofort, — das war eigentlich die momentane, die spontane Reaktion meinerseits, erklärt "druckreif" und sie ist druckreif und, Herr Präsident, mit Verlaub und Genehmigung des zuständigen Eigentümers würde ich Ihnen diese Rede dann sehr gerne übergeben, damit Sie etwas nachlesen können....

LANGER (N.L.-N.S.): Geben Sie sie dem "Volksboten"!

MAYR (S.V.P.): ... Das werde ich am Montag bei der Parteileitung verlangen. Selbstverständlich, Herr Kollege Langer, das habe ich schon längst mir hinter die Ohren geschrieben, zumindest auszugsweise. Herr Kollege Zingerle hat hier nicht nur eine Grundsatzaussage, glaube ich, die unsere Partei schlechthin betrifft, gemacht, sondern er hat auch eine Generalabrechnung mit einigen Parteien, insbesondere mit der Neuen Linken, vollzogen, aber siehe da, wie war die Berichterstattung in der RAI. In der RAI hat man, ja, kurzfristig so erwähnt, so zwischen Schuhreklamen und überfahrenen Hunden, die da alle umgekommen sind in den letzten Tagen, daß Herr Kollege Zingerle gesprochen hat und daß es dem Herrn Langer nicht gepaßt hat und daß Herr Langer darauf scharf reagiert hat und daß Herr Langer damit nicht zufrieden war und Herr Langer und Herr Langer und nochmals lang und länger und Langer. Nun, so kann man auch Journalistik betreiben, selbstverständlich! Aber ich gehe noch weiter: Derr Herr Obmann der Südtiroler

Volkspartei in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann Südtirols, hat in der Replik zum Haushalt 1981 vor wenigen Tagen im Südtiroler Landtag eine Rede gehalten, so wie Magnago sie schon lange nicht mehr gehalten hat. Die ist einfach angekommen, die hat wieder einmal alle Gemüter in Bewegung gebracht und das war wieder etwas, was einfach politisch wieder einmal in den Raum gestellt gehört. Diese großartige und vor allem in politischer Hinsicht so relevante Aussage des ersten Repräsentanten des Landes war im Rundfunk natürlich wieder zwischen den Schuhreklamen, überfahren Hunden und anderem mehr, wiedergegeben worden, um zu sagen: Ja, Magnago hat auch gesprochen, er habe den Oppositionsparteien repliziert usw., aber Langer war wiederum nicht einverstanden, Langer hat bemängelt, Langer hat lang und länger gesprochen usw. Wenn es dann darum geht, wenn Langer hie und da ein kleiner politischer Schnitzer passiert, dann verschweigt man es. Am 13. September, Herr Langer, im Jahre des Heiles 1980, das zu Ende geht, waren Sie in den CSU-Kongreß eingeschlichen in München...

LANGER (N.L.-N.S.): Ich war als offizielle akkreditierter Journalist dort.

MAYR (S.V.P.): ... Selbstverständlich! Obwohl Sie dort hinpassen wie der Ziegenbock in den Parfümerieladen, das möchte ich nur nebenher erklären!

LANGER (N.L.-N.S.): Eher wie der Parfüm-Händler in den Ziegenstall!

MAYR (S.V.P.): ... Aber darüber schweigt man, um natürlich den Herrn Langer nicht in Schwierigkeiten zu bringen, — versteht sich, der

muß ja protegiert werden —, also man versucht ständig, der Opposition von einer öffentlichen Körperschaft her zu helfen, ihr entgegenzukommen. Und nun muß ich einmal auch abrechnen, — und ich bin eigentlich sehr betrübt, daß der Herr Lunger nicht anwesend ist, ich bin sehr froh, daß der Herr Erschbaumer anwesend ist, ich bin froh, daß der Kollege Durnwalder nicht anwesend ist, denn ich habe nicht in seinem Auftrage zu sprechen, habe ihn weder gefragt noch irgendetwas ihm erzählt —, aber ich möchte nun vom sogenannten Fall Durnwalder sprechen, und zwar deswegen, weil ich als Eppaner Bürger aus erster Nähe diesen "sogenannten Fall Durnwalder" kenne und auch auf das Verhalten der RAI hier einmal eingehen muß und möchte wissen....

Unterbrechung

MAYR (S.V.P.): ... und möchte wissen ... ja, jetzt wird es brenzlig, Herr Kollege, jetzt wird es brenzlig, Herr Kollege Erschbaumer, jetzt kommt die Stunde der Wahrheit! Ich kenne genau die Situation bei der Fabrik Euroindex, — das können Sie mir als Eppaner Bürger glauben —, ich weiß ganz genau, welche persönlichen Entgegenkommen dem Eigentümer der Herr Kollege Durnwalder zu einer bestimmten Zeit...

VIZEPRÄSIDENT: Abgeordneter Erschbaumer, die Bilanzdebatte gibt den Abgeordneten die Gelegenheit, generell zu sprechen zu den Problemen!

MAYR (S.V.P.): Das ist ein Präsident! Das ist ein Präsident!

LANGER (N.L.-N.S.): Endlich kommen Sie

drauf! Hat lang genug gedauert.

MAYR (S.V.P.): Ja, ich kann natürlich nicht nach Ihrem Wunsche reden, das werden Sie wahrscheinlich einsehen müssen!

Das aber, was Herr Kollege Erschbaumer, Herr Langer, Herr Lunger und die K.P.I. getrieben haben, das ist nicht nur Rufmord, ausgeprägtes Denunziantentum, sondern ist, schlicht und einfach gesagt, hinterwäldlerisch, hinterhältig, charakterlos und ich meine auch perfid, regulär perfid, denn ihr habt ganz genau gewußt, daß Herr Kollege Durnwalder wegen seiner Anzeigen als Bürgermeister in der Gemeinde Pfalzen überall bei Gericht freigesprochen worden ist, völlig freigesprochen worden ist. Punkt 1! Ihr wißt ganz genau, daß Herr Kollege Durnwalder seine freiberufliche Tätigkeit mit eigenem Antrag auf Streichung aus dem Berufsalbum beantragt und vollzogen hat. Ihr wißt ganz genau, um welche Dinge es sich handelte, aber drei Wochen bevor man diese Dinge hat platzen lassen, war die RAI in Eppan — drei Wochen vorher —, um mit einem Fernsehteam die Fabrik aufzunehmen, so! Und nun frage ich: In wessen Auftrag? Im Auftrag der Staatsanwaltschaft? Im Auftrag von Herrn Langer, von Herrn Lunger oder von Herrn Erschbaumer oder von den anderen Linksgerichteten, der K.P.I.? Ja, ich, Herr Präsident, würde meinen, daß es Zeit ist, daß man diese Überwachungskommission endlich einmal einschaltet. In wessen Auftrag war sie hier, dort, drei Wochen vorher, wohl gemerkt, alles zu erkunden, aufzunehmen? Ja, glaubt ihr nicht, daß wir nicht die Zeitabstände analysieren? Aber das muß einmal aufgezeigt werden. Ich frage nochmals: In wessen Auftrag? Und es soll mir geantwortet werden.

Jüngstens hat Herr Kollege Lunger, am 14.

Oktober dieses Jahres, im Südtiroler Landtag eine Anfrage eingereicht, um sich zu informieren, wie es sich mit einem Deckel in einem Schacht verhält für eine Baustelle, die seit drei, vier Jahren abgeschlossen, abgenommen, kollaudiert ist. Natürlich kann er Anfragen einreichen, über Abortdeckel, die inzwischen abhanden gekommen sind, ohne weiteres, aber wie berichtet die RAI? Die RAI berichtet — ich habe den Text hier, wohl gemerkt, vom Direktor angefordert und zugestellt erhalten — von angeblichen "Unregelmäßigkeiten", siehe da, unregelmäßig, Unregelmäßigkeiten. Sie können Einsicht nehmen, Herr Kollege, Sie können eine Ablichtung haben, ich habe sie persönlich vom Direktor rekommandiert angefordert, erhalten, und das sind Unregelmäßigkeiten, wenn ein solcher "Abortdeckel" drei, vier Jahre nach einer kollaudierten Baustelle abhanden kommt. Aber man sieht, die Opposition muß gepflogen werden, man muß die Berichterstattung so vornehmen, als ob tatsächlich irgendwelche Unregelmäßigkeiten, die böse S.V.P. könnte tatsächlich Unregelmäßigkeit vorgenommen haben.

Also all das, was der permanenten Linkslastigkeit näher liegt, das wird begünstigt, all das, was die Mehrheitsparteien tun, das wird entweder verschwiegen, übergangen oder, wie ich schon mehrmals erwähnt habe, zwischen Reklamen und anderen Durchsagen von Frühlingsfesten und ähnlichen Dingen gebracht.

Gestern hat mich so spontan, schnell, aber ganz sicher nicht unbewußt ein Journalist angegangen abends, um noch schnell zu sagen, ich möchte an einer Fernsehdiskussion teilnehmen schnell. Ja, in welcher Eigenschaft? Wollen Sie

über das Wasser mit mir reden? Nein, es geht darum, der Titel hieße: "Atti dinamitardi nuovamente bombe nel Sudtirolo, chi sta dietro?" und da soll ich teilnehmen, um wahrscheinlich

am Tage nachher durch manipulierte Presseberichte das Klima zu vergiften. Ich habe dann gesagt: Mein lieber, sehr geehrter Herr, "quod non", denn da will man dann wiederum Aussage manipulieren und wahrscheinlich auf den Frühstückstisch des Herrn Forlani bringen, wenn der Herr Parteiobmann der Südtiroler Volkspartei dort Vorsprachen pflegt am 12. dieses Monats. Diese Absicht durchschauen wir natürlich sehr leicht, aber so einfach gehen die Dinge wirklich nicht. Auch habe ich diesem Herrn erklärt und erklären müssen, ich bin ein viel zu unbedeutender Repräsentant der Südtiroler Volkspartei, dritter oder vierter Reihe, daß ich mich absolut nicht in der Lage fühle, mich plötzlich so geehrt zu fühlen, stundenlange Interviews über "bombe" und "chi sta dietro", unter diesem Titel zu machen.

LANGER (N.L.-N.S.): Tun Sie nicht so unschuldig und harmlos!

MAYR (S.V.P.): Nun, ich habe hier auch einen anderen Artikel und möchte wohlwissend unterschieden haben zwischen Democrazia Cristiana und dem Artikelschreiber vom 5.11. d.J., aber ich muß dies bringen, weil hier eine Spekulation gemacht wird, die wir als Südtiroler Volkspartei — es geht nicht um meine Person, absolut nicht um meine Person —, wir dulden hier keine Spekulationen politischer Art und ich unterscheide zwischen der Democrazia Cristiana, wohl gemerkt, als Partei — ich bin auch überzeugt, daß das nicht im Sinne der Partei Democrazia Cristiana sein kann, son-

dem nur im Sinne des Schreiberlings, der sich damit befaßt hat —: "Quando Sepp Mayr suona le campane? I trucchi degli italiani." Herrschaft! Das ist gewiß nicht meine Sprache! Ich habe eine Rede gehalten in Attersee in Oberösterreich, habe dafür einen geschriebenen Text vorgelegt, den ich schon einmal gebraucht habe, muß ich zu meinem Leidwesen eingestehen, und habe natürlich über die Zweisprachigkeit gesprochen, natürlich über diese sogenannten "Schulversuche", dieses Experimentierfeld, natürlich habe ich davon gesprochen. Darüber haben wir als Partei im Landtag durch den Herrn Kollegen, Landesrat Zelger, als Parteileitung wiederholt unsere Stellungnahme abgegeben. Das ist mein gutes Recht und auch meine Pflicht, als Vertreter der Südtiroler Volkspartei das wiederzugeben, was in diesem Büchlein von uns festgelegt worden ist. Ich habe auch von den Versuchen und von den immer neuen Begriffen, die hier natürlich plötzlich erfunden werden, "bilinguismo precoce" heißt das oder so ähnlich, und habe gesagt, das sind Tricks — das habe ich gesagt, aber nicht italienisch, ich habe gesagt "levantinische Tricks", man soll also bei der Wahrheit bleiben, "levantinische Tricks" habe ich gesagt —, aber wo hat die "Adige" — ich möchte immer unterscheiden zwischen "Adige" als Parteiorgan und zwischen dem, was diese Schreiberlinge, die schon einmal mit mir bei Gericht gewesen sind, hier wiedergeben —, welche ist die Informationsquelle? Herr Erschbaumer, Sie haben im Landtag mich auch angepöbelt, ohne den Text meiner Rede zu kennen. Wo bleibt hier die Seriosität? Herr Langer, Sie ebenfalls! Ohne den Text meiner Rede zu kennen, haben Sie erklärt: Sepp Mayr, der böse Bube, hat das und jenes erklärt! Ja, wo bleibt denn hier überhaupt die Grundlage? Sie,

haben mich als sogenannten Scharfmacher hingestellt!

LANGER (N.L.-N.S.): Aber nicht aufgrund dieser einzelnen Rede, sondern allgemein!

MAYR (S.V.P.): Das ist etwas anderes! Ich bin überhaupt kein Scharfmacher. Schauen Sie mein "Vaterunser-Gesicht" an!

LANGER (N.L.-N.S.): Denken Sie an Himmlers Visage!

MAYR (S.V.P.): Also ich bringe dies deswegen, weil ich unterscheiden möchte zwischen der Democrazia Cristiana als Partei, mit der wir zusammenarbeiten, und einigen Schreiberlingen. Und es wird gut tun und ich appelliere sicherlich hier, daß diese Dinge unterlassen werden können, denn als Quelle einer — wie es öffentlich bezeichnet worden ist — ausgewogenen Darlegung der Verhältnisse, wie sie in Südtirol sind, kann man nicht den Herrn Drechsler zitieren, meine Herren. Mit dem haben weder die Südtiroler Volkspartei noch der Unterfertigte jemals was zu tun, noch will ich oder wollte ich jemals was zu tun haben. Das muß ich in aller Offenheit erklären, denn es ist leicht hinter dem Berge zu sein, im Trocknen zu sitzen und von dort aus etwa über gewisse Dinge und Geschehnisse in unserem Lande sich lustig oder politisch interessant zu machen. Das mag ich nicht! Es muß mit offenen Karten, mit offenem Visier Politik gemacht werden und nicht mit dem Herrn Drechsler. Das, glaube ich, ist einmal zu sagen, denn jeder weiß, welche Politik wir führen. Ich bringe es hier nicht wegen des Schreiberlings der Democrazia Cristiana, des Tagblattes "Adige", bei Gott nicht, sondern

um klarzulegen: Sollte die Information dieses Schreiberlings über den Herrn Drechsler und sein Schriftstück, das da durch die ganze Welt zirkuliert, entnommen worden sein, so möchte ich mich völlig distanzieren, allerdings auch diesem Schreiberling erklären: Ich hoffe nicht, daß wir uns nochmals vor dem Richter sehen müssen.

Nun selbstverständlich habe ich bei dieser meiner Rede auf einige wesentliche Dinge verwiesen und habe mir tatsächlich die Frage gestellt: 60 Jahre nachher und der Gebrauch der deutschen Sprache in einem europäischen Staate noch immer nicht durch eine eindeutige Norm geregelt. Die Frage habe ich gestellt, selbstverständlich. Und die stellen wir uns und die verlangen wir durch klare Durchführungsbestimmungen zu unserem Autonomiestatut ohne "wenn und aber" selbstverständlich. Ich glaube, es ist endlich Zeit, denn darüber wird sicherlich auch unser Parteiobmann in diesen Tagen Gespräche auf höchster Ebene führen, denn ich glaube, wenn man das sogenannte "friedliche Zusammenleben" — und ich kann den Ausdruck schon überhaupt nicht mehr hören, "friedliches Zusammenleben" — ein korrektes Zusammenleben, wenschon ein Nebeneinander, im Respekt jede Volksgruppe vor der anderen, das verstehe ich, dann muß man aber der Volksgruppe den Gebrauch der deutschen Sprache in Wort und Schrift bei jedem Amt gewährleisten. Das, glaube ich, muß man verlangen können in dem zu Ende gehenden Jahrhundert. Ich habe hier ganz bewußt das Fernsprechverzeichnis durchgeblättert. Wenn man dann Gummer sucht, dann steht drinnen Gummer — "vedi S. Valentino in Campo", dann sucht man S. Valentino in Campo — "vedi Cornedo". Ja, wenn es inzwischen brennt, brauche ich keine Feuerwehr mehr, meine guten Leute, bis man hier überhaupt noch einen

Ort findet. Ich glaube, wenn das nicht bald geregelt wird, dann werden wir in Südtirol einfach die Initiative ergreifen müssen und auf eigene Initiative deutsche Telefonbücher herausbringen. Das wäre ja gelacht! Selbstverständlich. Und ich glaube, hier liegt es bei der heutigen Technik, all diesen mechanographischen Systemen — ich kenne mich ja überhaupt nicht aus in dieser Technik —, da gibt es keine Ausrede mehr, daß das nicht möglich ist. Das glaube ich einfach nicht! Hier braucht es etwas guten Willen und guter Wille ist in vielen Orten und bei vielen Vertretern auch der italienischen Volksgruppe vorhanden, aber der muß einmal bis an jene zentralen Stellen durchdringen, die nicht immer aus bösem Willen, sondern aus Unkenntnis der Sachlage die Dinge einfach ignorieren.

Ich habe jüngstens dem Postdirektor in Brixen zunächst, sodann der Postdirektion in Bozen zweimal geschrieben — natürlich in deutscher Sprache, wie es mein Recht ist — und habe einen Brief in italienischer Sprache zurückerhalten. Herr Präsident! Ich bin objektiv gerne bereit, wenn jemand der deutschen Sprache nicht voll mächtig ist, ihm bei der Konversation mündlich zu helfen; ich würde nicht anstehen, zu einem Schalter zu gehen und hier mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, um Auseinandersetzungen zu provozieren. Absolut nicht! Ich bin bereit, wenn sich jemand bemüht, in der Konversation ihm zu helfen, aber ich kann nicht auf das Recht, in deutscher Sprache behandelt zu werden, verzichten. Wenn mir aber der Direktor eines Postamtes in italienischer Sprache zurückschreibt, so halte ich das, auch aufgrund des jetzigen Autonomiestatutes, gelinde gesagt unkorrekt, denn ich habe als Bürger deutscher Muttersprache das Recht, in der Spra-

che angesprochen zu werden, in der ich mich an das Amt wende.

Ich hoffe, daß es bei Einzelfällen bleibt. Ich bin aber leider eines Besseren belehrt worden, denn in jüngster Zeit habe ich mir über die Stellenbesetzung bei gewissen Ämtern, über den Gebrauch der Zweisprachigkeit einige Gedanken gemacht und in diesem Zusammenhang ist mir auch recht interessant ein Rundschreiben des Nationalinstitutes für Soziale Fürsorge in die Hände geflattert oder "geflattert" worden, ich weiß nicht, wie ich sagen soll, das, siehe da, obwohl ein Dekret 752 besteht, das die Zweisprachigkeit auch bei dem Aufrücken in die höheren Dienstränge vorsieht, da wird, nachdem wir in dem Komitee die Mehrheit haben als deutsche Volksgruppe, plötzlich ein sogenannter "gruppo di lavoro" eingesetzt — es läßt sich ja alles machen, nicht wahr, die Phantasie ist einfach sehr rege und man kann plötzlich sogenannte "gruppi di lavoro" einsetzen und diese "gruppi di lavoro" sehen dann in umfangreichen Dokumentationen, die ich hier habe, selbstverständlich, vor, daß man auch, nachdem der Personalmangel objektiv besteht, kann man hier unter Hintanhaltung der Zweisprachigkeit für die höhere Dienststelle einfach sich dort einmischen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! So gehen die Dinge einfach nicht! Wir sind dafür, daß die Ämter funktionieren, aber man kann nicht von der bestehenden Norm abweichen, in keiner Weise! Und ich glaube, daß man hier tatsächlich versucht, mit Versuchen eben, wie ich erklärt habe, mit Tricks, mit "gruppi di lavoro", wie man es so recht nett nennt, die Dinge zu umgehen, die eigentlich jetzt den Gebrauch der deutschen Sprache unserer Volksgruppe zu sichern haben.

Ich muß noch einmal zurückkehren zu dem,

was der Herr Kollege Lunger, der inzwischen schon die Flucht ergriffen hat, heute morgen erklärt hat. Er hat darüber gelästert in seiner üblichen Art, daß die Südtiroler Volkspartei, insbesondere der Landesrat für Landwirtschaft, sich eines faschistischen Gesetzes bedienen würde, um die Landwirtschaft zu fördern. Dabei hat er das Gesetz 215 vom 13. Februar 1933 gemeint, das die Gründung der Bonifizierungs- bzw. Grundverbesserungskonsortien vorsieht und hat insbesondere darüber geteufelt und gewettert, daß im Vinschgau Zwangskonsortien usw. errichtet würden. Zufällig trifft es zu, daß ausgerechnet in diesen Tagen dieses Bonifizierungskonsortium, von dem irgendwie die Vaterschaft beim Herrn Kollegen Dr. Müller liegt, letzten Endes, eines der ältesten, wenn nicht überhaupt das älteste Bonifizierungskonsortium Vinschgau, hat in diesen Tagen einen Tätigkeitsbericht der letzten fünf Jahre herausgegeben, der natürlich dem Herrn Kollegen Lunger nicht recht paßt und darin kann er nachlesen, daß die Landesverwaltung beispielsweise auf dem Bereiche der Grundverbesserungsanlagen, der Beregnungsanlagen bis zu 80% dieser großartigen Vorhaben, die in diesem Tale vollzogen worden sind, finanziert hat, bezieht sich natürlich auf das Konsortium Oberes Vinschgau — das wäre jener Bereich, in dem dieser Herr seinen Urlaub zu verbringen geruht — und hat dann erklärt, bei dieser Beregnungsanlage von 560 ha, da wäre es nicht sehr demokratisch vorgegangen. Nun möchte ich etwas erklären: Gerade in diesem Fünf-Jahres-Bericht sind derartige Erfolge aufgezeigt, die den Einsatz dieser ehrenamtlich tätigen Personen und Vertreter einerseits und die den wirtschaftlichen Aufschwung bei ungefähr 2.000 ha an Grund- und Bodenverbesserungen aufzeigen und ob das die

von Tschirland, Rabland oder sonst einigen andern "Ländern" in diesem Bereich betrifft, das weiß ich jetzt nicht auswendig. Ich habe mir den Bericht aufmerksam durchgelesen und ich muß sagen: Derr Herr Kollege Lunger sollte sich die Zeit nehmen, dann wird er selbstverständlich einsehen müssen, daß dieses Gesetz, das Herr Kollege Durnwalder in seinem Tätigkeitsprogramm noch in dieser Legislatur bringen wird, und dann wird die Stunde der Wahrheit und des Offenbarungseides kommen, ob dann der Herr Kollege Lunger bereit ist, diesem Gesetzentwurf die Zustimmung zu geben.

Aber nun zurück zum Bericht des Herrn Präsidenten der Regionalregierung. Herr Präsident! Ich habe sehr aufmerksam Ihren Bericht gelesen...

Unterbrechung

MAYR (S.V.P.): ... und hier steht geschrieben: "Ich möchte nur sagen, daß wir politisch das gute Gewissen haben, uns immer in allem unseren Tun an das Koalitionsabkommen für diese 8. Gesetzgebungsperiode gehalten zu haben, das zwischen den drei Parteien, welche das Exekutivorgan bilden und unterstützen, getroffen wurde". Herr Präsident, ich bezweifle das auch nicht. Aber ich möchte jetzt an Sie eine Bitte richten, eine öffentliche Bitte, ein Ersuchen, nehmen Sie es wie Sie wollen. Ich möchte nicht die Region als die "große Mutter" oder Großmutter bezeichnen, bei Gott nicht, die Kinder etwa mit Zangengeburt, wie die Provinz Bozen, zustandegebracht hat, sondern ich möchte Sie als geschickten Vermittler in dieser Ihrer Position in einer Form ersuchen, mit einem

Anliegen im Sinne des Koalitionsabkommens, das geschlossen worden ist oder eines Zusatzabkommens — ich kann mich jetzt genau nicht mehr erinnern — aufzuräumen. Ihnen mute ich diese Fähigkeit nämlich zu! Es geht hier um die Straße in den Deutschnonsberg. Herr Präsident! Seit zwei Jahren, seit mehr als zwei Jahren wird hier herumgefeilscht, weil dieses oder jenes Stück, diese oder jene Fraktion keine Zufahrt hat, aber ich möchte Sie — ich glaube, Sie sind auch der geeignete Vertreter, in diesem Bereich vermittelnd einzugreifen — in aller Form ersuchen: Machen Sie kurzfristig hier ein Ende mit dem Hin- und Herfeilschen und versuchen Sie, daß diese Straße, mit der sich die Landesregierung, die Parteileitung der Südtiroler Volkspartei wiederholt beschäftigen mußte, endlich gebaut wird. Es ist ja unglaublich, daß wir in einem solchen Bericht weltbewegende Dinge aufzeigen und plötzlich kommt die Hand aufs Herz im Sinne des Koalitionsabkommens der Tatbestand...

Unterbrechung

MAYR (S.V.P.): ... Ich habe den Herrn Präsidenten ersucht, seine guten Dienste, Herr Kollege Mitolo,

Unterbrechung

MAYR (S.V.P.): ... Herr Kollege von der Opposition, wir wenden uns an den Koalitionspartner!

LANGER (N.L.-N.S.): Haben Sie's gehört, Herr Pruner?

MAYR (S.V.P.): Herr Kollege Molignoni, ich glaube, wenn es darum geht, armen Leuten eines

wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebiets endlich jene minimale Voraussetzung der Zufahrt zu verschaffen, dann müßte Ihr Herz auch so groß werden, wie sonst oft. Stimmt das?

Unterbrechung

MAYR (S.V.P.): Nun, etwas diese Heiterkeit zurückgelegt, meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere werte Kollegen aus der Provinz Trient: Ich glaube, es wäre nicht korrekt, sehen Sie, ich mache einen Vergleich: in der Gemeinde Romallo — Herr Präsident, wenn Sie mir einen Moment die Aufmerksamkeit schenken — gibt es eine Beregnungsanlage — ich weiß jetzt nicht auswendig 230 oder 220 oder 210 ha —, deren Ableitung aus einem öffentlichen Gewässer der Provinz Bozen erfolgt, deren Konzession in nicht allzu langer Zeit verfällt. Ich habe genau Überprüfungen angestellt. Ich kann Ihnen auch die Unterlagen liefern. Herr Präsident, ich würde mich weigern und daran glaube ich nicht, daß öffentliche Körperschaften aneinander vorbeireden können, wenn derartige Dinge anstehen; es ist unsere Pflicht, den Bauern in Romallo für ihre notwendige Beregnungsanlage weiterhin das Wasser zu geben, aber es ist eure Pflicht, auch den Leuten in Deutschnonsberg endlich die Zufahrt durch das Trentiner Territorium zu gewähren. Ich habe eine ganz andere Auffassung von den öffentlichen Körperschaften, als daß man sich aneinander vorbeiredet. Dabei will ich bei Gott nicht die konkreten Anliegen aus örtlichen Interessen, die auch immer wieder respektiert werden sollen, zu denen wir auch bereit sind, nicht verniedlichen, bei Gott nicht. Wir wissen: Überall, in jedem Dorf steht ein Kirchturm und in jedem Dorf gibt es also Interessen, aber ich würde die Kollegen der Provinz Trient wirklich ersuchen, hier endlich nach dem Rechten zu sehen und vielleicht mit etwas mehr Schwung, nach einer Lösung zu suchen. Ich glaube, bei etwas gutem

Willen wird das auch möglich sein und es wäre Zeit für die Bevölkerung, die in diesem Landesteil Südtirols lebt. Ich würde heute schon Ihnen, Herr Präsident, wenn Sie sich zum Promotor einer Sonderinitiative machen, den Dank abstaten, weil ich mir auch bewußt bin, daß man sich einfach mit solchen Dingen auseinandersetzen muß und endlich eine Lösung herbeiführen sollte.

Ein weiterer Punkt, Herr Präsident, aus Ihren Erklärungen, die ich sehr positiv, absolut positiv bewerten möchte — und ich habe natürlich keine Schwierigkeiten, weder im Herzen noch im Sinne der Parteidisziplin, dem Haushalt zuzustimmen, nur damit wir uns verstehen, also keine Spekulationen —, ich würde absolut positiv die Aussage erachten, die Sie hier gemacht haben in bezug auf die Gleichstellung der Ladinern in der Provinz Trient mit den Ladinern in der Provinz Bozen. "Was gerade die Ladinern anbelangt, fordert der Ausschuß noch einmal das Parlament auf, rasch einen Gesetzentwurf zu verabschieden, mit dem den Ladinern der Provinz Trient dieselben Rechte zuerkannt werden wie den Ladinern der Provinz Bozen". Herr Präsident! Das ist sehr richtig, das wird sicherlich einmal in den Memoiren dieser Region stehen, daß Sie als Präsident der Regionalregierung dies auch betrieben haben, aber ich glaube, daß hier wiederum intensive Schritte politischer Art mit allen Parlamentariern, auch unserer Region, unternommen werden müssen, damit diese Gleichstellung endlich erreicht wird. Ich glaube, diese Differenzierung von Staatsbürgern sollte man einfach nicht länger ausstehen lassen, denn die Ladinern, ob sie nun dies- oder jenseits eines Passes leben, sind eine eigene Volksgruppe; sie haben genau das gleiche Recht im Trentino ihre Eigenheit, ihre besondere Wesensart, ihre Gebräuche, ihre Sitten weiterzupflegen, wie dies für die Ladinern in der Provinz Bozen der Fall ist, wenngleich auch dort noch einige Dinge zu verbessern sind.

Ich möchte nun abschließen und wenn ich

zu diesem Problem der Ladiner vielleicht meine persönliche Meinung noch äußern würde, nachdem dieses Anliegen schon so lange vorgetragen worden ist, muß ich tatsächlich meine Skepsis auf eine baldige Lösung vorbringen, in der Meinung, die "Botschaft höre ich wohl" und das andere, wie es weitergeht, das wissen wir, "allein mir fehlt der Glaube".

Zum Abschluß noch etwas über die Tätigkeit, die wir in unseren gewählten Körperschaften, den Landtagen und im Regionalrat, abwickeln. Ich bin eigentlich im Grunde — und das sage ich wiederum in persönlicher Hinsicht — eher besorgt, daß wir hier tatsächlich eine Miniausführung des Parlamentes heraufbeschwören, wenn nicht recht bald die Mehrheitsparteien nach einer Neuregelung der Geschäftsordnungen trachten. Hier ist es nachzulesen in unserem Parteiorgan. Ich glaube, es ist Zeit, denn man soll uns nicht unterstellen, daß wir nicht demokratisch genug wären, aber man soll endlich auch den gewählten Vertretern die Zeit geben, daß sie ihrem Mandat vollauf Folge leisten können. Das können wir nicht tun, wenn wir tage- und nächteweise herumschwätzen über Beschlußanträge, über Anfragen, über Abortdeckel und ähnliches, wie ich schon erwähnt habe; das ist einfach für ein gewähltes Parlament nicht mehr tragbar. Ich glaube, das ist in der Provinz Trient, im Landtag, ähnlich wie in der Provinz Bozen, daß die Neue Linke, die K.P.I. und all ihre Helfershelfer, natürlich S.P.S. und P.D.U., ständig eine Flut von Anträgen, Motionen, Tagesordnungen einbringen, die einfach nicht in der Diskussion das Licht wert sind, das wir dabei an Energieverschwendung aufbringen und nicht das Papier, auf dem sie geschrieben sind. Hier, glaube ich, müssen wir als Mehrheitspartei, die Südtiroler Volkspartei, die Democrazia Cristiana und die P.S.D.I. alle nach dem

Rechten sehen, damit nicht diese Legislaturperiode fruchtlos oder vor lauter Diskussion zu Ende geht.

LANGER (N.L.-N.S.): Schönes Parlamentarismusverständnis!

MAYR (S.V.P.): Nein, das sage ich aus voller Überzeugung. Ich sage es selbstverständlich in meinem persönlichen Namen, weil ja auf Ebene des Südtiroler Landtages Initiativen im Gange sind.

Ich möchte zum Abschluß meiner Ausführungen, aber auch zur — ich möchte nicht das Wort "Erheiterung", ist nicht das richtige, aber ich finde im Moment kein anderes — etwas als Beispiel anführen — ich habe diese Dinge nicht aus der Luft gegriffen —: Gestern abend im Südtiroler Landtag haben wir einen Gesetzentwurf behandelt (Mittelschulprogramme, Kollege Zelger als Referent); die Frau Grazia — also nicht die Grazie, sondern die Frau Grazia Barbiero der K.P.I. hat eine Tagesordnung eingereicht — sie hat sich dabei selbstverständlich als Sexualseprecherin der K.P.I. vorgestellt, allein natürlich, denn die beiden männlichen Kollegen, der Chefideologe D'Ambrosio und der Herr Agrarsprecher Stecher, haben nicht mitunterzeichnet —, sondern sie hat eine Tagesordnung eingereicht über den Unterricht im Sexualbereich, Sexualität! Sechs Zeilen und in jeder Zeile vom Sex, nicht Hexameter, sondern "Sexameter"! Und ich glaube, möglichst schnell soll der Staat ein Gesetz herausbringen, wie möglich schnell, als ob das das dringendste Anliegen in diesem Staate wäre. Meine lieben Freunde, als ob das das dringendste Anliegen in diesem Staate wäre! Und hier bleibe ich bei der Aussage, die ich schon gemacht habe: Selig die Armen im Geiste, denn wenn das Sinn und Zweck ist, daß wir als gewählte Vertreter